

STIFTUNG TOPOGRAPHIE DES TERRORS

NR 181 3/2016

Gedenkstätten-Bundbrief



- 3 Dies- und jenseits des Totalitarismusparadigmas.
Gedenkstättenarbeit zu den NS-Verbrechen im geschichtspolitischen Spannungsfeld.
Ein Workshopbericht
Cornelia Siebeck und Oliver von Wrochem
- 14 »Protecting Memory«. Ein Holocaust-Gedenkprojekt als Beitrag zu einer umfassenden
Vergangenheitsaufarbeitung in der Ukraine
Aleksandra Wroblewska
- 28 Die Konzentrationslager-SS 1936–1945. Exzess- und Direkttäter.
Eine Dauerausstellung der Gedenkstätte und des Museums Sachsenhausen
Katharina Steinberg
- 35 »Vielleicht ist dein Grün mein Blau«
Der Verein Jugend für Dora e.V. engagiert sich seit zwei Jahrzehnten
für die Erinnerung an das KZ Mittelbau-Dora
Andreas Froese-Karow
- 42 Das Kriegsende im polnischen Spielfilm – »Asche und Diamant« und »Niemand ruft«
Ulrich Tempel
- 49 Erinnerungskultur und Vergangenheitspolitik – die Folgen der NS-Herrschaft und
der gesellschaftliche Wandel im Umgang mit den NS-Verbrechen. Tagungsbericht
Juliane Hummel
- 55 Das Staatskrankenhaus der Polizei im Nationalsozialismus – eine Forschungslücke.
Workstattbericht
Christoph Gollasch und Yves Müller
- 59 Veranstaltungshinweise

Fachtagung, Berlin, 29. Juni 2016
Den Opfern einen Namen geben – Gedenken und Datenschatz im Zusammenhang
mit der öffentlichen Nennung von Namen von NS-Opfern in Ausstellungen, Gedenk-
büchern und Datenbanken
- 63 62. bundesweites Gedenkstättenseminar, Nürnberg, 16.–18. Juni 2016
Zwischen Aufklärung und Sinnstiftung?
Die Besonderheit von Dokumentationszentren als Lernorte zur NS-Geschichte –
das Beispiel Reichsparteitagsgelände Nürnberg
Programm und Anmeldeformular für das 62. bundesweites Gedenkstättenseminar
- 69 Literaturhinweise

Titelbild: Holocaust-Gedenkort Bachiv/Kowel (Ukraine). Foto: Anna Wojtenko, American Jewish
Committee. Siehe auch den Beitrag von Aleksandra Wroblewska in diesem Heft.

Dies- und jenseits des Totalitarismusparadigmas

GEDENKSTÄTTENARBEIT ZU DEN NS-VERBRECHEN
IM GESCHICHTSPOLITISCHEN SPANNUNGSFELD.
EIN WORKSHOPBERICHT

Cornelia Siebeck und Oliver von Wrochem

Mussten Gedenkstätten, die an NS-Verbrechen erinnern, einst gegen große gesellschaftliche Widerstände durchgesetzt werden, gelten sie heute als unverzichtbarer Bestandteil der politischen Kultur. Infolge ihrer staatlichen Förderung stehen sie auf einer stabileren institutionellen und finanziellen Grundlage als je zuvor in der bundesrepublikanischen Geschichte. Nichtsdestotrotz herrscht unter den Akteurinnen und Akteuren im Feld derzeit eine gewisse Beunruhigung angesichts aktueller geschichtspolitischer Entwicklungen. In diesem Sinne hat etwa Detlef Garbe mit Blick auf den Status quo der bundesrepublikanischen Gedenkstättenlandschaft zu den NS-Verbrechen jüngst von einer »geschichtspolitische[n] Erfolgsgeschichte im Gegenwind« gesprochen.¹

Gemeinsam mit der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück veranstaltete die KZ-Gedenkstätte Neuengamme bereits 2013 eine Tagung zu »Gedenkstätten und Geschichtspolitik«, die sich mit geschichtspolitischen Faktoren beschäftigte, die die zeitgenössische Gedenkstättenarbeit definieren.² Der 50. Jahrestag der Einweihung des Internationalen Mahnmals auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Neuengamme im November 2015 bildete nun den Anlass, uns im Rahmen eines weiteren Workshops mit dem aktuell wahrgenommenen geschichtspolitischen »Gegenwind« zu beschäftigen.

Revival des Totalitarismusparadigmas

Zweifellos handelt es sich bei diesem »Gegenwind« um ein facettenreiches Phänomen. Besonders virulent schien uns jedoch das gegenwärtige Revival des Totalitarismusparadigmas sowohl im bundesrepublikanischen als auch im europäischen Gedächtnisdiskurs, weswegen wir uns im Vorfeld entschieden, den Fokus auf diese Entwicklung zu legen.

Zunehmend wird deutsche und europäische Geschichte im Zeichen eines reduktionistischen Totalitarismusbegriffs³ repräsentiert. In geschichtspolitischen Entschließungen und Förderrichtlinien, in zahlreichen Ausstellungen und Bildungsprogrammen, in aktuellen Denkmal- und Gedenkstätteninitiativen bahnt sich eine neue Meistererzählung an, in der die deutsche, aber auch die europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts als Kampf zwischen »Demokratie« und »Diktatur« dargestellt wird, der im Heute sein glückliches Ende gefunden hat.

Das NS-Regime wird in diesem Narrativ mit den diversen Herrschaftsformen und -phasen im sowjetischen Machtbereich zu einer »totalitären Vergangenheit« zusammengefasst, wobei verschiedenste Verbrechen- und Unrechtskomplexe in ein Analogieverhältnis gesetzt werden. Dies führt nicht nur zu historischen Entdifferenzierungen und Dekontextualisierungen, sondern auch zu jener Erinnerungskonkurrenz, die den gegenwärtigen Gedächtnisdiskurs prägt. Denn unter der Prämisse des Totalitarismusparadigmas werden die infrage stehenden historischen Phänomene und Erfahrungen nicht mehr »für sich« gewürdigt, sondern stets zueinander in Bezug gesetzt und nicht selten gegeneinander aufgewogen, wobei meist weniger historisch als normativ argumentiert wird.

Ein Trend zur normativen Vereindeutigung komplexer historischer Zusammenhänge zeichnet sich auch im Bereich der historisch-politischen Bildung ab. So publizierte der Forschungsverbund SED-Staat 2012 mit finanzieller und ideeller Unterstützung des Bundesbeauftragten für Kultur und Medien (BKM) und diverser Landeszentralen für politische Bildung ein seither viel zitiertes Plädoyer für eine rigorose Ausrichtung der zeitgeschichtlichen Bildung am Diktatur-Demokratie-Schema. Als primäres Lernziel wird hier die Identifikation mit der »freiheitlich-demokratischen Grundordnung« definiert. Didaktische Ansätze, die auf die Ausbildung eines reflexiven Geschichtsbewusstseins zielen, werden hingegen mit Nachdruck verworfen.⁴

Geschichtspolitische Spannungsverhältnisse

Die Gedenkstättenarbeit zu den NS-Verbrechen ist von den skizzierten Entwicklungen in mehrfacher Hinsicht betroffen. Gemäß der spezifischen Logik des Totalitarismusparadigmas wurde bereits in der Gedenkstättenkonzeption von 2008 ein relativer »Nachholbedarf« mit Blick auf »Gedenkstätten und Erinnerungsorte zur Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur« diagnostiziert und festgeschrieben.⁵ Die ohnehin schon bestehende Konkurrenz um Fördermittel wurde auf diese Weise zusätzlich als geschichtspolitisches Wettbewerbsverhältnis zwischen den »beiden deutschen Diktaturen«⁶ fixiert.

Vor allem aber steht der Trend zur gegenwartsaffirmativen Meistererzählung entlang des Totalitarismusparadigmas in offensichtlichem Widerspruch zum gesellschaftspolitischen Selbstverständnis der bundesrepublikanischen Gedenkstättenarbeit zu den NS-Verbrechen. Hier geht es darum, im Wissen um die Vergangenheit reflexiv auch auf die Gegenwart zu blicken. Das »negative Gedächtnis« soll dabei weniger der Selbstvergewisserung ex negativo dienen, sondern vor allem Quelle eines anhaltenden gesellschaftlichen Irritations- und Reflexionspotenzials sein.

Zudem widerspricht eine pädagogische Programmatik, die auf das Einüben eines in seinen normativen Grundzügen immer schon festgeschriebenen Narrativs sowie damit verbundener eindeutiger »Lehren« abzielt, den Prinzipien der Gedenkstättenarbeit zu den NS-Verbrechen. Hier soll kein geschlossenes Geschichtsbild transportiert, sondern empirisch fundiertes und differenziertes historisches Wissen bereitgestellt werden – mitsamt seiner Polyvalenzen und Ungewissheiten. Die an Vermittlungsprozessen Beteiligten sollen darin unterstützt werden, ein kritisch-reflexives Geschichts- und Gegenwartsbewusstsein auszubilden.⁷

Diese Spannungsverhältnisse wurden in den letzten Jahren von Protagonisten der Gedenkstättenarbeit zu den NS-Verbrechen in unterschiedlicher Akzentuierung wiederholt problematisiert.⁸ Eine Diskussion der Herausforderungen, die sich für die Gedenkstättenarbeit zu den NS-Verbrechen aus den aktuellen Problemlagen ergeben, ist jedoch bisher ausgeblieben.

Ansatz und Methodik des Workshops

Mit dem von uns initiierten zweitägigen Workshop »Dies- und jenseits des Totalitarismusparadigmas. Gedenkstättenarbeit zu den NS-Verbrechen im geschichtspolitischen Spannungsfeld der Gegenwart« sollte ein erster Schritt gemacht werden, sich mit diesen Herausforderungen auseinanderzusetzen. Unserer Einladung folgten 20 Personen, die in der historisch-politischen Bildung in- und außerhalb von Gedenkstätten tätig sind

oder sich anderweitig mit gedächtniskulturellen Fragen auseinandersetzen. Etwas mehr als die Hälfte von ihnen arbeitet in KZ-Gedenkstätten oder anderen Institutionen, die sich der Aufarbeitung nationalsozialistischer Geschichte widmen. Zwei Personen sind derzeit primär im Bereich der SBZ/DDR-Aufarbeitung beschäftigt. Weitere Teilnehmer und Teilnehmerinnen haben einen akademischen Schwerpunkt, verfügen aber zumeist auch über Praxiserfahrung in der Gedenkstättenarbeit.

Der Workshop war als gemeinsamer Explorationsprozess angelegt. Um dafür eine empirische Grundlage zu schaffen, wurde im Vorfeld eine Materialsammlung verschickt. Hier waren Beispiele für aktuelle gedächtniskulturelle Praktiken zusammengestellt, die sich am Totalitarismusparadigma orientierten, darunter Ausstellungs-, Denkmal- und Gedenkstättenprojekte sowie Konzepte für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit. Es handelte sich also um sehr verschiedene Gedächtnismedien. Auch hinsichtlich ihrer historischen Reflexivität, narrativen Schwerpunktsetzung und professionellen Qualität wiesen die Beispiele deutliche Unterschiede auf. Allen gemeinsam war jedoch ein stark normativer Impetus. Nahezu durchgängig nahmen sie für sich in Anspruch, eine Leerstelle zu füllen bzw. eine notwendige Akzentverschiebung im bestehenden Gedächtnisdiskurs vorzunehmen.

Der Workshop war in sieben je zweistündige Blöcke unterteilt. Am Anfang stand eine historisch-geschichtspolitische Standortbestimmung der bundesrepublikanischen Gedenkstättenarbeit zu den NS-Verbrechen, um die wir Detlef Garbe und Habbo Knoch gebeten hatten. Die eigentliche Diskussion verlief dann entlang von fünf Themenstellungen und diesen jeweils zugeordneten Beispielen.

In einem abschließenden Gespräch wurden die gewonnenen Erkenntnisse resümiert. Inhalte und Verlauf des Workshops sollen im Folgenden nachvollziehbar gemacht werden, wobei die intensiven und mitunter kontroversen Diskussionen nur selektiv wiedergegeben werden können. Vor allem wollen wir Aspekte aufgreifen, die sich nach unserem Eindruck im Diskussionsprozess zu einer Art »roter Fäden« verdichtet haben und von denen wir glauben, dass sie für die weitere Auseinandersetzung mit dem gegenwärtigen geschichtspolitischen Spannungsfeld von zentraler Bedeutung sind.

Historisch-geschichtspolitische Standortbestimmungen

Zu Beginn des Workshops zog Detlef Garbe mit Blick auf Geschichte und Gegenwart bundesrepublikanischer Gedenkstätten, die an NS-Verbrechen erinnern, eine zwiespältige Bilanz. Vor dem Hintergrund des 50. Jahrestages der Einweihung des Internationalen Mahnmals auf dem Gelände des ehemaligen KZ Neuengamme hielt er fest, dass seither zweifellos ein weiter Weg zurückgelegt worden sei. Wer hier von einer »Erfolgsgeschichte« spreche, dürfe jedoch nicht unterschlagen, dass die Erinnerung an die NS-Verbrechen und ihre Opfer von Politik und Mehrheitsgesellschaft jahrzehntelang verweigert wurde und erst unter den spezifischen historisch-politischen Bedingungen der deutschen Vereinigung Staatsräson geworden sei.

Der in der Politik vielfach zur Schau getragene »Aufarbeitungsstolz« diene dazu, die Bundesrepublik als geläutertes Land zu präsentieren und spalte die NS-Vergangenheit von der Gegenwart ab. Aber auch die Gedenkstätten hätten ihren Anspruch weitgehend aufgegeben, »unbequem und anstößig« zu sein. Vielerorts werde man mit allzu glatten Ausstellungen konfrontiert, die kaum mehr Fragen offen ließen. Aktuelle Themen, die einen Bezug zur NS-Vergangenheit hätten, wie etwa die Debatte um das

deutsche Besatzungsregime in Griechenland während des Zweiten Weltkriegs, würden kaum mehr aufgenommen. Um nicht zu »staatlichen Erinnerungsagenturen« zu werden, sondern lebendige und vielstimmige Erinnerungsorte zu bleiben, müssten Gedenkstätten sich stärker zur Zivilgesellschaft hin öffnen und ihre internationalen Kontakte pflegen, zumal die zu Überlebenden und ihren Nachkommen.

Anschließend reflektierte Habbo Knoch die Geschichts- und Gedenkstättenpolitik in der Bundesrepublik seit 1990. Im Zuge der geschichtspolitischen »Sinnkrise« nach der Vereinigung sei das Totalitarismusparadigma bald bestimmend geworden. Dem sei damals keine kohärente Alternativerzählung entgegengesetzt worden, auch nicht vonseiten der Akteure und Akteurinnen der Gedenkstättenarbeit zu den NS-Verbrechen, die das Konzept zu Recht kritisiert hätten. Paradoxerweise hätten diese jedoch zugleich vom Totalitarismusparadigma profitiert. Denn nicht zuletzt der politische Wille, eine Erinnerungskultur an die DDR zu etablieren, habe dazu geführt, auch das Gedächtnis an die NS-Verbrechen institutionell und damit nachhaltig zu verankern. Auch außenpolitische Erwägungen hätten hierbei eine Rolle gespielt. Da dieses Motiv jedoch in den Hintergrund trete, drohe Gedenkstätten, die an NS-Verbrechen erinnern, gegenwärtig ein Bedeutungsverlust.

Zwar existiere ein Formelkompromiss, den Holocaust als »singulär« zu bezeichnen. Dies sei inzwischen jedoch vor allem ein moralisches Bekenntnis, das nicht weiter reflektiert werde. Auf der Ebene historischer Sinnbildung erlaube das Totalitarismusparadigma, den »traumatischen Bruch« der NS-Vergangenheit zu überschreiben. An seine Stelle sei ein in die Zukunft gerichtetes Läuterungsnarrativ getreten. Auffällig sei ferner, dass anhand des Totalitarismuskonzepts ein sehr monolithisches Bild von der DDR gezeichnet werde. Vergleichbar den Repräsentationen des Nationalsozialismus in den 1950er- und 1960er-Jahren werde der Schwerpunkt dabei auf Ideologie und Terror gelegt, die gesellschaftliche Teilhabe am System werde weitgehend ausgeblendet. Geschichtskulturell habe man es hier mit einer Regression zu tun.

Erfolgsgeschichten im Zeichen des Totalitarismusparadigmas

Der erste Themenblock des Workshops stand unter der Überschrift »Eine neue deutsch-europäische Meistererzählung?«. Diskutiert wurde die Plakatausstellung »Diktatur und Demokratie im Zeitalter der Extreme. Streiflichter auf die Geschichte Europas«, die von der Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur und dem Institut für Zeitgeschichte erarbeitet wurde. Laut Werbeflyer wird »Europas 20. Jahrhundert« darin »als dramatische Geschichte zwischen Freiheit und Tyrannei, zwischen Diktatur und Demokratie« erzählt.⁹ Die Ausstellung war das Herzstück des von der Stiftung für 2014 ausgerufenen »Jahres der europäischen Zeitgeschichte«.¹⁰ Sie wurde in der Bundesrepublik in 3000 Exemplaren verbreitet, mithilfe des Auswärtigen Amtes konnte sie in zwölf Sprachen übersetzt und auch vielfach im Ausland gezeigt werden.¹¹

In der Diskussion wurde zunächst herausgestellt, dass hier entlang der Diktatur-Demokratie-Dichotomie eine deutsch-europäische Erfolgsgeschichte erzählt werde. Für die Zeit von 1917 bis 1989 werde dabei einem »demokratischen Westen« ein »undemokratischer Osten« gegenübergestellt. Beide Gesellschaftsordnungen würden im Sinne eines Top-Down-Modells primär als antagonistische Prinzipien und Herrschaftsformen gezeichnet, gesellschaftliche und ökonomische Prozesse blieben in dieser Erzählung weitgehend unberücksichtigt. Ferner wurde darauf hingewiesen, dass die Ausstellung

vonseiten der Stiftung explizit als Beitrag zu einer notwendigen Zäsurverschiebung im öffentlichen Gedächtnis gemeint sei. Anstelle eines in Westeuropa dominanten Narrativs, das auf die Zeit zwischen 1933 und 1945 als »Zivilisationsbruch« fokussiere, solle eine die osteuropäischen Nachkriegserfahrungen integrierende Erzählung treten.¹² So werde es möglich, den Zeitraum von 1917 bis 1989 als eine »Periode des Totalitarismus« zu fassen, welche im vereinten Deutschland und Europa erfolgreich überwunden sei.

Damit waren bereits die europäischen Gedächtniskonflikte angedeutet, die im nächsten Themenblock mit dem Titel »Europas Gewissen und der Totalitarismus« diskutiert wurden. Der Fokus lag hier auf den geschichtspolitischen Interventionen der 2011 gegründeten Platform of European Memory and Conscience, die sich für eine stärkere Beachtung der »kommunistischen Verbrechen« im europäischen Gedächtnisdiskurs engagiert.¹³ Betrachtet wurde zum einen die Wanderausstellung »Totalitarianism in Europe«,¹⁴ zum anderen das internationale Schulbuchprojekt »Damit wir nicht vergessen. Erinnerung an den Totalitarismus in Europa«¹⁵, das in Deutschland von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten vertrieben wird.

Der Forderung nach einer Integration der osteuropäischen Diktaturerfahrungen in den europäischen Gedächtnisdiskurs, darin waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einig, werde hier auf eine äußerst problematische Weise Ausdruck verliehen. Stets werde sie im Modus eines Konkurrenzverhältnisses zur Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg artikuliert. Mithilfe des Totalitarismuskonzepts sollten die beiden historischen Erfahrungshorizonte »gleichberechtigt« integriert werden, wobei sehr weitgehend von historischen Zusammenhängen abstrahiert werde. So werde »der Totalitarismus« als eine Art Fremdherrschaft charakterisiert, die wenige »Drahtzieher«¹⁶ mit terroristischen Methoden installierten. Folgerichtig erscheine auch Deutschland als eines der »Länder, die unter dem Totalitarismus gelitten haben«.¹⁷ Nationalsozialistische und sowjetische Herrschaft »über Europa« würden formal gleichgesetzt, wobei der »sowjetische Totalitarismus« als ursprünglich und damit als »hauptschuldig« dargestellt werde.¹⁸

Von Mitläufertum und Kollaboration sei dabei kaum einmal die Rede; wenigen Tätern und Täterinnen stünden viele Opfer sowie heroisierte Widerstandskämpferinnen und -kämpfer gegenüber. Hier wurde angemerkt, dass im Zeichen eines solchen Geschichtsbilds immer wieder auch Täter und Täterinnen bzw. Kollaborateurinnen und Kollaborateure des NS-Regimes als antikommunistische »Freiheitskämpfer« und »Freiheitskämpferinnen« geehrt würden.

Die dem Diskurs der Platform for Memory and Conscience zugrunde liegenden europäischen Gedächtniskonflikte wurden unterschiedlich bewertet. Einerseits wurde hier ein Ost-West-Konflikt vermutet, der daraus resultiere, dass die osteuropäischen Nachkriegserfahrungen im westeuropäischen Geschichtsbild tatsächlich marginalisiert seien und die EU-Beitrittsländer sich einer Gedenkkultur anschließen sollten, die stark auf den Holocaust fokussiere. Andererseits wurde argumentiert, dass besagten Gedächtniskonflikten auch unterschiedliche Stile im Umgang mit Geschichte zugrunde lägen, die keineswegs auf einen Ost-West-Gegensatz reduzierbar seien.

Deutsche Überwindungserzählungen

Die folgenden beiden Themenblöcke des Workshops beschäftigten sich mit diversen gedächtniskulturellen Praktiken, die nicht nur narrativ, sondern auch räumlich in die bestehende bundesrepublikanische Gedächtnislandschaft intervenieren.

Unter der Überschrift »Nationalgeschichte mit Happy End?« wurden zunächst Projekte diskutiert, die einen größeren nationalgeschichtlichen Bogen schlugen. Die seit 2011 auf Initiative des Bundestagspräsidiums am Reichstagsgebäude gezeigte Großbildprojektion »Dem Deutschen Volke. Eine parlamentarische Spurensuche« beginnt mit dem späten 19. Jahrhundert.¹⁹ Die von der Bundesregierung initiierte Ausstellung »Zeitreise 1914–2014«, die in einem Container zu allerlei historischen Anlässen und Orten reist, setzt mit dem Ersten Weltkrieg ein.²⁰ In beiden Fällen, so wurde in der Diskussion deutlich, werde die deutsche Geschichte als Ringen zwischen »Demokratie« und »Diktatur« dargestellt, das in den Ereignissen von 1989/90 zu einem glücklichen Ende gelangt sei. Insgesamt ziele die Dramaturgie darauf ab, zu zeigen, »dass die dunklen Kapitel inzwischen der Vergangenheit angehören.«²¹

Einen noch größeren Zeitraum integriert das 2007 vom Bundestag beschlossene Nationale Freiheits- und Einheitsdenkmal in Berlin, das auch in die revidierte Gedenkstättenkonzeption aufgenommen wurde. Es soll bis 2017 vor dem wieder aufgebauten Stadtschloss realisiert werden und dort nicht nur »an die friedliche Revolution und an die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands erinnern«, sondern »auch die freiheitlichen Bewegungen und die Einheitsbestrebungen der vergangenen Jahrhunderte würdigen.«²²

Dieses Denkmalprojekt wurde intensiv diskutiert. Mit Blick auf seine Vorgeschichte seit 1998²³ und programmatische Texte seiner Initiatoren²⁴ wurde konstatiert, dass mit dem Freiheits- und Einheitsdenkmal nicht nur ein »positiver« Gegenpol zum nahe gelegenen Holocaust-Mahnmal entstehen, sondern auch eine dialektische »Aufhebung« deutscher Geschichte in den Geschehnissen von 1989/90 versinnbildlicht werden solle. Dieses metaphysische und entkonkretisierte Narrativ werde zudem als »Gründungsmythos des vereinten Deutschland«²⁵ empfohlen. Die NS-Vergangenheit werde hier sowohl räumlich als auch narrativ in eine übergreifende nationale Erfolgsgeschichte eingebettet. Zugleich werde eine radikale Diskontinuität zwischen »demokratischer Gegenwart« und »totalitärer Vergangenheit« etabliert.

Unter der Überschrift »Die erfolgreiche Überwindung der Diktatur« beschäftigte sich ein nächster Themenblock damit, inwiefern sich dieses Überwindungsmotiv in der Gedenk- und Bildungsarbeit zur SBZ/DDR-Vergangenheit niederschlägt. Ein derartiger Trend deutet sich nicht zuletzt in einem Bundestagsbeschluss von 2013 an, der die Regierung dazu auffordert, »sich dafür einzusetzen, dass die Opfer des SED-Unrechts als Vorkämpfer für Freiheit, Demokratie und ein vereinigtes Deutschland politisch stärker gewürdigt werden.«²⁶

Zur Debatte standen hier erstens das bundes- und landesgeförderte »Menschenrechtszentrum, das 2013 unter der Ägide ehemaliger Häftlinge in einem Gefängnis mit »doppelter Vergangenheit« eingerichtet wurde;²⁷ zweitens das vonseiten der Union der Opfer der Kommunistischen Gewaltherrschaft (UOKG) geforderte und mittlerweile BKM-geförderte »Zentrale Mahnmahl für die Opfer der Kommunistischen Gewaltherrschaft« in Berlin;²⁸ und drittens der von Roland Jahn angeregte »Campus für Demokratie« auf dem Gelände der einstigen Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg, der auch vom Bundestag befürwortet wird.²⁹

Es fiel auf, dass sich alle Projekte um eine positive historische Perspektivierung bemühten. So werde selbst im ansonsten stark opferzentrierten Diskurs der UOKG betont, dass mit dem geforderten Mahnmahl ein »Ort entstehen [solle], der das Positive –

die Überwindung der Diktatur – in den Vordergrund stellt.«³⁰ Auch der »Campus der Demokratie« sei explizit als »Lernort der Diktaturüberwindung« konzipiert.³¹ Vonseiten des »Menschenrechtszentrums Cottbus« wiederum werde immer wieder betont, dass hier ehemalige Häftlinge »ihr« Gefängnis in eine Stätte der Aufklärung und Versöhnung verwandelt hätten.³² Auch vor Ort werde dem Überwindungsmotiv dort vielfach Ausdruck verliehen, etwa in Gestalt einer bemalten Kletterwand, auf der man aus einer finster gezeichneten DDR in die »westliche Freiheit« aufsteigen kann.³³

Einige Teilnehmer und Teilnehmerinnen, die das »Menschenrechtszentrum« bereits besucht hatten, berichteten überdies, dass dort trotz »doppelter Vergangenheit« primär die DDR-Zeit vorgestellt werde. Bezugnahmen auf die NS-Geschichte fänden nur sehr selektiv statt und dienten primär dem Nachweis einer »totalitärer Kontinuität« vor Ort. Damit würden Standards im Umgang mit Orten mit »doppelter Vergangenheit« missachtet.

Bildungsarbeit entlang der Diktatur–Demokratie–Dichotomie

Unter der Überschrift »Ansätze einer am Totalitarismusparadigma orientierten historisch-politischen Bildung« beschäftigte sich ein letzter Themenblock mit Konzepten der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit. Gesprächsgrundlage war hier das von der Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur geförderte Planspiel »Probe den Aufstand!«, in dem Grundschüler und -schülerinnen den Aufstand vom 17. Juni 1953 nachspielen sollen;³⁴ ferner eine von der Konrad-Adenauer-Stiftung verbreitete Lehrerhandreichung zum Thema »DDR: Mythos und Wirklichkeit«;³⁵ sowie ein Präventionsprojekt gegen Linksextremismus, das von der Gedenkstätte Hohenschönhausen im Rahmen des umstrittenen Bundesprogramms »Demokratie stärken« (2010–2014) entwickelt wurde: »Alles Geschichte? Linksextremismus in Deutschland heute«.³⁶

Alle drei Projekte, so stellten die Teilnehmer und Teilnehmerinnen fest, beanspruchten, sich im öffentlichen Diskurs bisher marginalisierten historischen Themen zuzuwenden. In der Lehrerhandreichung und im Präventionsprojekt werde zudem behauptet, dass in der Vernachlässigung des Komplexes DDR/Kommunismus/Linksextremismus ein gesellschaftliches Problem liege, da hier die Gefahr einer Verharmlosung oder gar Attraktivität bestünde.

Einige Teilnehmer und Teilnehmerinnen fühlten sich durch das dichotome Weltbild, das in den Materialien vermittelt werde, an Ansätze politischer Bildung in der Bundesrepublik der 1950er/60er-Jahre oder den Staatsbürgerkundeunterricht in der DDR erinnert. Lehrerhandreichung und Planspiel orientierten sich mit ahistorischen Gegenüberstellungen von »Demokratie« und »Diktatur« bzw. »Sozialer Marktwirtschaft« und »Planwirtschaft« an einem schlichten Gut-böse-Schema.

Im Hinblick auf das Präventionsprojekt der Gedenkstätte Hohenschönhausen wurde problematisiert, dass hier von Marx über die russische Revolution bis hin zu heutigen Antifa-Gruppen unterschiedlichste historisch-ideologische Phänomene zu einem Problemkomplex »Linksextremismus« zusammengefasst würden. Auf historische Kontextualisierungen werde dabei weitgehend verzichtet. Hauptsächliches Ziel schein zu sein, jeweilige Phänomene als tatsächlich oder potenziell »extremistisch« zu identifizieren. Einzelne Teilnehmer und Teilnehmerinnen hatten sich vor Ort mit der didaktischen Methode des Präventionsprojekts vertraut gemacht; Lernmodule würden auf einem Tablet-Computer als lineare »Beweisführung« strukturiert, ohne kontroverse Quel-

len anzubieten. Auch angesichts einer negativen Projektevaluation durch das Deutsche Jugendinstitut³⁷ sei es verwunderlich, dass die Gedenkstätte im aktuellen Bundesprogramm »Demokratie leben!« mit einem ähnlichen Vorhaben erneut gefördert werde.³⁸

Rote Fäden in der Workshopdiskussion

Im Versuch, die gedächtniskulturellen Anliegen der untersuchten Praxisbeispiele ernst zu nehmen, kam mehrfach die Frage auf, ob diese tatsächliche oder bloß vermeintliche Leerstellen des öffentlichen Gedächtnisses adressieren. Dies wurde kontrovers beurteilt.

Mit Blick auf mögliche Leerstellen wurde zudem problematisiert, dass in der westdeutschen Linken, aus der viele Akteure und Akteurinnen der Gedenkstättenarbeit zu den NS-Verbrechen stammten, eine kritische Auseinandersetzung mit »linker« Repressions- und Gewaltgeschichte lange auf Desinteresse oder den reflexhaften Vorwurf gestoßen sei, auf diese Weise die NS-Vergangenheit relativieren zu wollen. Darüber habe man versäumt, eigene Umgangsweisen mit dieser Geschichte zu finden. Grundsätzlich gelte es, sich historischen Themen nicht zu verschließen, sondern den eigenen Ansprüchen gemäße Zugänge zu finden.

Eine zentrale Frage war, was man den im Verlauf des Workshops problematisierten Narrativen entgegensetzen habe. Hinsichtlich deren Kritikwürdigkeit herrschte grundsätzlich Übereinstimmung: Anstelle der Analyse gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Prozesse und Konfliktlagen trete im Zeichen des Totalitarismusparadigmas ein dichotomes Ordnungsprinzip. Historische Komplexität werde dabei zugunsten von Eindeutigkeit und Kohärenz reduziert. Zwischen »Demokratie« und »Diktatur« sowie zwischen »demokratischer Gegenwart« und »totalitärer Vergangenheit« werde eine radikale Grenze gezogen. Die für das historisch-politische Lernen in der Demokratie zentrale Frage nach kollektiven und subjektiven Handlungsspielräumen in Vergangenheit und Gegenwart geriete im Zuge dessen stark in den Hintergrund; vornehmlich werde vermittelt, dass der Status quo gegen allerart »Feinde« verteidigt werden müsse.

Bezüglich gedächtniskultureller Gegenstrategien wurde zunächst argumentiert, dass man selbst geschlossene Geschichtsbilder mit umfassendem Welterklärungsanspruch nicht wolle. Daher müsse man hier vor allem dekonstruktiv wirken und öffentlich dafür streiten, dass historischer Sinn offen und verhandelbar bleibe. Dagegen wurde eingewandt, dass kritische Dekonstruktion und die Betonung vieler »kleiner Erzählungen« nicht ausreichten. Man müsse durchaus auch »große historische Erklärungsbögen« anbieten. Hier wurde für die Perspektive einer transnationalen Gewaltgeschichte der Moderne plädiert, die nicht erst mit dem Ersten Weltkrieg oder der Oktoberrevolution beginne und auch nicht mit 1989/90 »überwunden« sei.

Wiederholt wurde der Demokratiebegriff problematisiert, der in den analysierten historischen Narrativen und Bildungsmaterialien vermittelt wird. »Demokratie« werde primär ex negativo und eher formal als qualitativ bestimmt. Angesichts des oft apodiktischen Duktus im historischen Erzählen und in den Vermittlungskonzepten wurde kritisch konstatiert, dass Demokratielernen hier nicht auf ein »Lernen durch Demokratie« oder »Lernen für Demokratie« orientiert sei, sondern auf ein präskriptives »Lernen über Demokratie«. ³⁹ Dabei gelte Demokratie im Zeichen des Totalitarismusparadigmas nicht als ein unabgeschlossenes historisches Projekt, für das neben den bekannten formalen Prinzipien vor allem Offenheit, Verhandelbarkeit und Veränderbarkeit konstitutiv seien. Vielmehr erscheine sie als statischer Gegenpol von »Totalitarismus« und »Extremismus«.

Reflexionen und Ausblicke

Die während des Workshops diskutierten Beispiele werden von uns keineswegs als »repräsentativ« für den deutschen und europäischen Gedächtnisdiskurs angesehen. Jedoch bildet sich in ihnen ein deutlicher geschichtspolitischer und gedächtniskultureller Trend ab.

Der Workshop sollte das vielfach konstatierte Spannungsverhältnis zwischen dieser Entwicklung und dem gesellschaftspolitischen Selbstverständnis der Gedenkstättenarbeit zu den NS-Verbrechen genauer ausloten. Im Zuge dessen wurde erkennbar, dass das fragliche Spannungsverhältnis nicht nur mit Blick auf narrative und normative Inhalte besteht, sondern auch mit Blick auf Formen des Umgangs mit Geschichte. Diese ließen sich im Bild von »Im-Strich-Bürsten« und »Gegen-den-Strich-Bürsten« von Geschichte fassen, wobei Letzteres für die kritische Selbstreflexion demokratischer Gesellschaften zweifellos angemessener sei.

Am Ende des Workshops wurde selbstkritisch moniert, dass man auf das Revival des Totalitarismusparadigmas bisher nicht ausreichend reagiert habe. Im Unterschied etwa noch zu den 1990er Jahren würden keine geschichtspolitischen Grundsatzdebatten mehr geführt. Dies wurde einerseits damit begründet, dass man stark auf die eigenen Institutionen und Projekte konzentriert sei. Andererseits wurde hier die ausgeprägte Parzellierung der bundesrepublikanischen Gedächtniskultur problematisiert, die eine übergreifende Kommunikation über geschichtspolitische und gedächtniskulturelle Fragen behindere. Insbesondere zur NS- sowie SBZ/DDR-Vergangenheit hätten sich völlig disparate Aufarbeitungskulturen entwickelt, zwischen denen es kaum inhaltliche, methodische und normative Berührungspunkte gebe.

Im Kampf um Deutungsmacht, so wurde zu Bedenken gegeben, erwiesen sich die gedächtniskulturellen Stärken der Gedenkstättenarbeit zu den NS-Verbrechen oft als Schwächen. Mit einem Plädoyer für einen differenzierten, diskursiven und (selbst-) reflexiven Umgang mit Geschichte sei kaum gegen den geschichtspolitischen Trend zur Meistererzählung im Zeichen des Totalitarismusparadigmas anzukommen. Auch die Dezentralität und Pluralität der Gedenkstättenlandschaft zu den NS-Verbrechen wirke sich hier nachteilig aus. Vor allem aber fehle hier eine zentrale Institution vergleichbar der Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur, die einen stärkeren Einfluss auf den öffentlichen Gedächtnisdiskurs gewinnen könne. Die Workshopteilnehmer und -teilnehmerinnen waren sich einig, dass die Diskussion über die aktuellen geschichtspolitischen Entwicklungen fortgesetzt und vertieft werden müsse. Gedenkstätten, die an NS-Verbrechen erinnern, müssten sich stärker untereinander über gemeinsame geschichts- und gesellschaftspolitische Programmatiken und Standards im Umgang mit Geschichte verständigen; andererseits müsse Kritik an aktuellen geschichtspolitischen Entwicklungen vermehrt in die Öffentlichkeit getragen werden.

Cornelia Siebeck, Historikerin, forscht, lehrt und publiziert zu gedächtnispolitischen und -kulturellen Fragestellungen, insbesondere zu historischer Sinnbildung im öffentlichen Raum.

Dr. Oliver von Wrochem, Historiker, forscht und publiziert zum Zweiten Weltkrieg und seinen Folgen, zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus in Gesellschaft und Familie sowie zu Fragen von Geschichtskultur und historisch-politischer Bildung.

- 1 Detlef Garbe, Gedenkstätten in der Bundesrepublik: Eine geschichtspolitische Erfolgsgeschichte im Gegenwind, in: Gedenkstätten und Geschichtspolitik. Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland 16 (2015), S. 75–89.
- 2 Vgl. Oliver von Wrochem: Gedenkstätten und Geschichtspolitik, 31. 5. – 1. 6. 2013, Fürstenberg (Havel), in: H-Soz-Kult, 4. 4. 2013; Jutta Mühlenberg: Tagungsbericht Gedenkstätten und Geschichtspolitik, 31. 5. – 1. 6. 2013, Fürstenberg (Havel), in: Ebd., 2. 7. 2013; sowie die erweiterte Tagungspublikation: Gedenkstätten und Geschichtspolitik. Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland 16 (2015).
- 3 In der politischen Philosophie wird der Begriff vielstimmig diskutiert. Mit Blick auf eine spezifische Form moderner politischer »Logik« (Claude Lefort) erscheint seine Anwendung durchaus sinnvoll. Zum Verständnis der realen Bedingungen und Formen von Herrschaft und Gesellschaft trägt er allerdings nur bedingt bei. Vgl. Claude Lefort, *The Logic of Totalitarianism*. In: Ders., *The Political Forms of Modern Society. Bureaucracy, Democracy, Totalitarianism*, Cambridge 1986, S. 273–291. Zur Theoriediskussion vgl. z.B. Lars Rensmann, *Totalitarismus*. In: Gerhard Göhler u.a. (Hg.), *Politische Theorie*. 25 umkämpfte Begriffe, 2. akt. u. erw. Aufl., Wiesbaden 2011, S. 387–402.
- 4 Vgl. Klaus Schroeder u.a. (Hg.): *Später Sieg der Diktaturen? Zeitgeschichtliche Kenntnisse von Jugendlichen*, Frankfurt a.M. u.a. 2012; sowie dazu die ausführliche Rezension von Cornelia Siebeck, *Später Sieg des Kalten Krieges? Der Forschungsverbund SED-Staat empfiehlt eine Neujustierung der zeitgeschichtlichen Bildung*, in: *Gedenkstättenrundbrief* 169 (2013), S. 44–54.
- 5 Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Unterrichtung durch den Beauftragten der Bundesrepublik für Kultur und Medien, Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes. Verantwortung wahrnehmen, Aufarbeitung verstärken, Gedenken vertiefen, Drucksache 16/9875, 19. 6. 2008, S. 7.
- 6 Ebd. S. 3.
- 7 Vgl. dazu v.a. die Beiträge in Barbara Thimm u.a. (Hg.), *Verunsichernde Orte. Selbstverständnis und Weiterbildung in der Gedenkstättenpädagogik*, Frankfurt a.M. 2010; außerdem die programmatischen Überlegungen von Volkhard Knigge, *Erinnerung oder Geschichtsbewusstsein. Warum Erinnerung allein in eine Sackgasse für historisch-politische Bildung führen muss*, in: *Gedenkstättenrundbrief* 172 (2013), S. 3–15.
- 8 Vgl. u.a. Günter Morsch, *Das »neue Unbehagen an der Erinnerungskultur« und die Politik mit der Erinnerung: zwei Seiten der gleichen Medaille*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 63, 10 (2015), S. 3–13; Thomas Lutz, *Dialektik der Geschichtsdiskurse. Die Rückwirkung internationaler Debatten auf die Erinnerungskultur und die Gedenkstätten in Deutschland*, in: *Gedenkstätten und Geschichtspolitik* (wie Anm. 2), S. 14–28; Garbe, *Gedenkstätten in der Bundesrepublik* (wie Anm. 1); Knigge: *Erinnerung oder Geschichtsbewusstsein* (wie Anm. 7); Morsch, *»Eine umfassende Neubewertung der europäischen Geschichte?« Entwicklungen, Tendenzen und Probleme einer Erinnerungskultur in Europa*, in: *Gedenkstättenrundbrief* 157 (2010), S. 3–13.
- 9 Die Ausstellungsplakate, der Flyer und weitere Begleitmaterialien können unter <www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/ausstellung2014-4353.html> (7. 2. 2016) als PDF heruntergeladen werden.
- 10 Bezug genommen wurde dabei auf 1914 und 1939 (Beginn des Ersten bzw. Zweiten Weltkriegs), sowie auf 1989 (»Friedliche Revolution«) und 2004 (EU-Osterweiterung).
- 11 Vgl. Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur: *100 Jahre Geschichte von Diktatur und Demokratie in einer Ausstellung*, in: Dies.: *Tätigkeitsbericht 2014*. Berlin o.J., S. 26–29.
- 12 Vgl. ebd., S. 28; ferner Anna Kaminsky, *Neue Selbstverständigung*, in: *Frankfurter Rundschau*, 20. 4. 2015.
- 13 Eine Selbstdarstellung der Plattform findet sich unter <www.memoryandconscience.eu> (7. 2. 2016).
- 14 Vgl. Institute for the Study of Totalitarian Regimes, *Platform of European Memory and Conscience: Totalitarianism in Europe. Fascism – Nazism – Communism*. International Traveling Exhibition, o.O. 2013.
- 15 Vgl. Dies.: *Damit wir nicht vergessen. Erinnerung an den Totalitarismus in Europa*. Ein Lesebuch für Schüler höherer Klassen überall in Europa, editiert von Gillian Purves, Prag 2013.
- 16 Neela Winkelmann-Heyrovská, *Über dieses Buch*, in: Ebd., S. 3–4, hier S. 3.
- 17 Dies., *Introduction*. In: Institute for the Study of Totalitarian Regimes, *Platform of European Memory and Conscience: Totalitarianism in Europe* (wie Anm. 14), unpag.; Übers. C.S.
- 18 Vgl. ebd.; ähnlich auch Stéphane Courtois: *Die tragische Erinnerung an die totalitären Regime in Europa*, in: Dies. (Hg.): *Damit wir nicht vergessen* (wie Anm. 14), S. 9–13.
- 19 Mehr Informationen und der offizielle Flyer finden sich unter <www.bundestag.de/grossbildprojektion> (7. 2. 2015); auf youtube sind einige Mitschnitte zu finden.
- 20 Die Ausstellung kann unter <www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2014/2014-11-17-zeitreise.html> (7. 2. 2015) in Text und Filmmaterialien nachvollzogen werden.
- 21 Vgl. ebd.
- 22 Vgl. Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Unterrichtung durch den Beauftragten der Bundesrepublik für Kultur und Medien (wie Anm. 5), S. 8.

- 23 Diese kann aus Perspektive der Befürworter und Befürworterinnen nachvollzogen werden in: Andreas H. Apelt (Hg.), *Der Weg zum Denkmal für Freiheit und Einheit*, Schwalbach/Ts. 2009.
- 24 Vgl. Florian Mausbach: *Über Sinn und Ort eines nationalen Freiheits- und Einheitsdenkmals*, in: Ebd., S. 12–30; Günter Nooke: *Ein Denkmal für die Einheit in Freiheit? Formen der Auseinandersetzung mit der DDR*, in: Peter März, Hans-Joachim Veen (Hg.), *Woran erinnern? Der Kommunismus in der deutschen Erinnerungskultur*, Köln u.a. 2006, S. 111–122.
- 25 Ebd., S. 119.
- 26 Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, *Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 17/12115 – Bericht der Bundesregierung zum Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur*. Drucksache 17/13698, 3. 6. 2013, S. 6.
- 27 Eine Selbstdarstellung findet sich unter <www.menschenrechtszentrum-cottbus.de> (7. 2. 2016).
- 28 Hierzu kursieren seit 2010 verschiedene Aufrufe, vgl. <www.uokg.de> (7. 2. 2010); ein aktueller Aufruf findet sich unter <www.initiative-mahnmal.de> (7. 2. 2016). Dort kann auch eine Broschüre heruntergeladen werden: Christian Sachse, Melanie Dore: *Erinnern, Gedenken und Mahnen. Zur Diskussion über ein zentrales Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland*, 2. akt. Aufl., Berlin 2014.
- 29 Vgl. *Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Campus für Demokratie*, Berlin 2014, zu finden unter <www.bstu.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/jahn_campus.html> (7. 2. 2016).
- 30 Sachse/Dore: *Erinnern, Gedenken und Mahnen* (wie Anm. 28), S. 27.
- 31 BStU, »Ort der Aufklärung über Diktatur und Widerstand«. Eine Debatte über die Zukunft der ehemaligen Stasi-Zentrale [Bericht über eine Diskussionsveranstaltung am 27. 10. 2014], <www.bstu.bund.de/DE/InDerRegion/Berlin/Notizen/20141027_diktatur-statt-demokratie_bericht.html> (7. 2. 2016).
- 32 Vgl. z.B. das Zitat der Geschäftsführerin Silvia Wähling in: *Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Pressemitteilung Nr. 24/2015: Menschenrechtzentrum Cottbus erhält rund 312 000 Euro*, 3. 8. 2015, <www.mwfk.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.412524.de> (7. 2. 2016).
- 33 Vgl. <www.menschenrechtszentrum-cottbus.de/bildung/angebote/e-sonderangebote.html> (7. 2. 2016). Hier findet sich auch eine Kurzdarstellung des pädagogischen Angebots »Ich mach' mal rüber« – Klettern und Abenteuerspiel zur Flucht aus der DDR«.
- 34 Capito – Agentur für Bildungskommunikation, *Probe den Aufstand. Opposition und Widerstand in der DDR am Beispiel des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953, Planspiel und Unterrichtsmaterial für die Klassen 3 bis 6*, Berlin o.J. Das Planspiel kann unter <www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/uploads/2013-pdf/capito_17juni_planspiel.pdf> (7. 2. 2016) heruntergeladen werden.
- 35 Ulrich Bongertmann, *DDR: Mythos und Wirklichkeit. Wie die SED-Diktatur den Alltag der DDR-Bürger bestimmte. Didaktische Begleitung zur gleichnamigen Ausstellung*, 3. überarb. Aufl., St. Augustin/Berlin 2014. Die Handreichung kann unter <www.kas.de/wf/de/71.10091> (7. 2. 2016) heruntergeladen werden. Hier finden sich auch weitere Informationen zur gleichnamigen Wanderausstellung.
- 36 Ein Flyer findet sich unter <www.stiftung-hsh.de/downloads/CAT_212/2015_03_03_LEX_Flyer_web.pdf> (7. 2. 2016). Ausführliche Informationen bietet die bei der Gedenkstätte erhältliche Begleitbroschüre von Karsten Dustin Hoffmann, *Alles Geschichte? Linksextremismus in Deutschland heute*, Berlin 2013.
- 37 Alexandra Leistner u.a., *Gesamtbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms »Initiative Demokratie stärken«*, Berichtszeitraum 1. 1. 2011 – 31. 12. 2014, DJI, München/Halle 2014, S. 98–103, 116–119.
- 38 Das neue Projekt läuft unter der Überschrift »Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart. Aufklärung gefährdeter Jugendlicher über Linksextremismus und Gewalt«, vgl. <www.demokratie-leben.de/programmpartner/modellprojekte/modellprojekte-zur-radikalisierungspraevention.html> (7. 2. 2016).
- 39 Zu diesen drei Paradigmen vgl. Susanne Ulrich, *Mission impossible? Demokratielernen in NS-Gedenkstätten*, in: Barbara Thimm u.a. (Hg.), *Verunsichernde Orte* (wie Anm. 7), S. 53–58, hier S. 54.

»Protecting Memory«

EIN HOLOCAUST-GEDENKPROJEKT ALS BEITRAG
ZU EINER UMFASSENDEN VERGANGENHEITSAUFARBEITUNG
IN DER UKRAINE

Aleksandra Wroblewska

»Protecting Memory – Ein Projekt zur Umwandlung von Massenerschießungsstätten des Holocaust in würdige Grab- und Gedenkstätten in der Ukraine« wurde im Jahr 2010 vom American Jewish Committee Berlin (AJC) initiiert. Die fünf zu schützenden Massenerschießungsstätten in der Westukraine – Rawa-Ruska (Region Lwiw), Ostroshez (Region Riwna), Kysylyn, Prochid und Bachiw (Region Wolhynien) – wurden anhand von Vorrecherchen und lokalen Sondierungsergebnissen von Yahad-In Unum¹ bestimmt, einer Organisation, die systematisch Augenzeugeninterviews in Osteuropa sammelt und archiviert.

Die Umsetzung des Projektes ermöglichte die deutsche Bundesregierung durch Schaffung eines eigenen Haushaltstitels für die Errichtung von Gedenkstätten und die Unterschutzstellung von jüdischen Massenerschießungsstätten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Vor diesem Hintergrund startete ein Pilotprojekt, das die Auseinandersetzung mit traumatischen Orten der Vernichtung von Juden in der heutigen Ukraine und die Bewahrung der Erinnerung an die jüdischen Gemeinden anstoßen wollte. Das Vorhaben endete im Juli 2015 mit der Einweihung der fünf Gedenkstätten an den Pilotorten des Projektes unter der breiten Beteiligung der lokalen Bevölkerung sowie ukrainischer und ausländischer Gäste.

Rückblickend betrachtet hat das Projekt Anerkennung in den ukrainischen Gemeinden gefunden und es ist gelungen, das Vorhaben im Sinne der beteiligten Organisationen unter Einbezug von jüdischen und nichtjüdischen Vertretern zu realisieren. Dieser Erfolg ist sowohl einer gelungenen Konsensfindung unter den Projektpartnern als auch der in der Ukraine vorhandenen Grundhaltung zu verdanken, dass der Schutz von Holocaust-Massengräbern und das Gedenken an die Opfer notwendig und wichtig sind.

Neben den fünf im Juli 2015 eingeweihten Gedenkstätten sollte ein sechster Gedenkort im Dorf Samary (Region Wolhynien) als direktes Resultat des Projektes Erwähnung finden, der am 20. Dezember 2015 unter Beteiligung der Dorfbewohner und von Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde in Wolhynien eingeweiht wurde. An der vermuteten Stelle der Ermordung von 80 Einwohnern von Samary (74 Juden und sechs Ukrainer) am 31. November 1942 entstand auf dem abgezäunten Landstück, welches das Massengrab sichert, ein Gedenkort mit Gedenktafeln, auf denen die zum Teil erschlossenen Namen der Opfer genannt werden.

Die Idee, die Erinnerung der ehemaligen Bewohner auf diese Weise aufrechtzuerhalten, und deren vollständige Umsetzung ist auf die Initiative eines pensionierten Lehrers – Herrn Wolodymyr Onyschtchuk – zurückzuführen. Auch die Finanzierung des Denkmals erreichte er mit Hilfe von Spendenbeiträgen seiner Landsleute, was angesichts der derzeit äußerst schwierigen ökonomischen Situation in der Ukraine eine bewundernswerte Kraftanstrengung darstellt. Herr Onyschtchuk ist einer der vielen Lehrer, die am pädagogischen Programm des »Protecting Memory«-Projektes teilgenommen haben.



Das »Protecting Memory«-Projekt betrat in der Westukraine ein Gebiet mit vielen Unbekannten. Die traumatische, nicht aufgearbeitete Vergangenheit unter den nationalsozialistischen und stalinistischen Regimen, die fehlende kritische Auseinandersetzung mit eigenen nationalistischen Bestrebungen sowie die Abwesenheit des Holocaust in der ukrainischen Erinnerung an den Krieg stellten für ein Projekt, bei dem jüdische Opfer im Mittelpunkt stehen, große Herausforderungen dar. Gleichzeitig machte genau dieser Hintergrund das Projekt erforderlich. Der andauernde militärische Konflikt in der Ostukraine, der nach dem Bürgeraufstand im Frühjahr 2014 zwischen der Ukraine und Russland entflammt ist, und die wiederbelebten Feindbilder der »faschistischen Junta in Kiew«, die in diesem Zusammenhang von der russischen Propaganda gegen die Ukrainer missbraucht werden, zeigen noch einmal verstärkt, wie wichtig für eine Gesellschaft die Aufarbeitung der Vergangenheit ist, um nicht zuletzt den Manipulationsversuchen eine aufgeklärte und an Fakten orientierte Geschichtsdeutung entgegenzusetzen. Zu einer solchen Auffassung von Vergangenheitsaufarbeitung gehört es selbstverständlich auch, die »dunklen Flecken« der eigenen Geschichte zu beleuchten.

Holocaust-Gedenkort
Kyslyyn
Alle Fotos:
Anna Wojtenko/
American Jewish
Committee

I. Historische Hintergründe

Zum Zeitpunkt des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 lebte auf dem Gebiet der heutigen Ukraine die größte jüdische Gemeinschaft Europas. Sie zählte nach dem Anschluss Ostpolens an die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik (USSR) 2,45 Millionen² Menschen. Davon wurden ca. 1,6 Millionen zwischen Mitte 1941 und Mitte 1944 von den Deutschen, ihren Bündnispartnern und einheimischen Helfern ermordet. Der Großteil der Juden in der Ukraine wurde in den von ihnen am dichtesten besiedelten westlichen Teilen des Landes – insbesondere in Ostgalizien und Wolhynien – getötet. Dort machten sie ca. zehn Prozent der Gesamtbevölkerung aus, in vielen Städten oder Dörfern stellten sie sogar mehr als die Hälfte der Bevölkerung dar.

Die zwei weiteren wesentlichen Bevölkerungsgruppen – Polen und Ukrainer – machten in Wolhynien und Galizien entsprechend 21,8 Prozent und 66 Prozent der Bewohner aus.³ Mit der Wahl von Rawa-Ruska, Ostroshez, Kysylyn, Prochid und Bachiw konzentrierte sich das Pilotprojekt auf Ortschaften, die vor Kriegsbeginn einen jüdischen Bevölkerungsanteil von über 50 Prozent hatten.

Die Konflikte der Zwischenkriegszeit beeinflussten die Beziehungen zwischen den drei großen Bevölkerungsgruppen in den ostpolnischen Gebieten. Zwischen den Jahren 1918 und 1939 wurden in der Region kurzfristige Allianzen geschlossen, von denen die lokalen Einwohner betroffen waren. Ausschlaggebend für die Zeit bis zum Zweiten Weltkrieg waren Versuche auf ukrainischer Seite, einen unabhängigen Nationalstaat zu etablieren und sich dadurch sowohl von der wiederhergestellten Zweiten Republik abzusondern als auch der kompromisslosen Haltung des polnischen Staates gegenüber der ukrainischen Minderheit entgegenzutreten, die in diesen Gebieten faktisch die Mehrheit darstellte. Antijüdische Vorfälle, deren Spektrum von ökonomischen Boykotten und einem Numerus clausus für jüdischen Studenten bis hin zu Pogromen reichte, entflamten immer wieder im polnischen Staat in unterschiedlichen Zusammenhängen (Polnisch-Sowjetischer Krieg 1919–1921, wachsender Einfluss rechter Parteien nach 1935) und gehörten bis zu diesem Zeitpunkt zu einer beispiellosen Gewaltwelle in der polnischen Geschichte.

Schließlich war der Beginn des Deutsch-Polnischen Krieges im Jahr 1939 für die Geschichte der Gewalt gegen die Juden in den betreffenden Territorien relevant. Als Resultat des Nicht-Angriff-Paktes zwischen Hitler und Stalin wurden die polnischen Ostgebiete (Westwolhynien und Ostgalizien⁴) der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik (USSR) zugeschlagen. West- und Zentralpolen wurden von der Wehrmacht besetzt.⁵ Mit der Kriegserklärung Deutschlands an die Sowjetunion im Juni 1941 wechselten die Okkupationsmächte und die Deutschen übernahmen die zuvor von den Sowjets besetzten Gebiete. Für die einheimische Bevölkerung war das eine weitere Wende, die außerordentlich gewalttätige Abrechnungen mit den vermeintlichen Unterstützern des vorherigen Regimes mit sich brachte. Die Massengewalt richtete sich insbesondere gegen Juden, die im gesellschaftlichen Bewusstsein als Unterstützer des Kommunismus galten und kollektiv für die Verbrechen des NKWD verantwortlich gemacht wurden. An den weitgehend von den Deutschen gesteuerten und ausgelösten Pogromen beteiligten sich auch Einheimische.

Zwischen 1941 und praktisch bis Ende 1943 wurden die jüdischen Gemeinden Galiziens und Wolhyniens von den Deutschen und ihren einheimischen Helfern beinahe vollständig ausgelöscht. Das Ausmaß der Verbrechen beschreibt Wassili Grossman, der als Korrespondent der sowjetischen Militärzeitung »Krasnaja Swesda« (»Roter Stern«) die östlich des Dnjepr liegenden Territorien auf dem Weg nach Berlin im Herbst 1943 durchstreifte und als Erster in Worte fasste, was diese Tragödie von den anderen entsetzlichen Verbrechen unterscheidet. Seine Beobachtungen gelten sowohl für den östlichen als auch westlichen Teil der Ukraine, wo die Zerstörung und die Tragödie der Zivilisten, die ihre Toten beklagten, bedrückend waren. Die Trauer galt jedoch nur den Christen, da es zu diesem Zeitpunkt keine jüdischen Bewohner mehr gab und somit auch niemanden, der um sie trauerte.

Abgesehen von dem Transport von über 200 000 ostgalizischen Juden in das Vernichtungslager in Belzec wurde die Auslöschung der Juden in der Ukraine (außer in



Transkarpatien)⁶ durch Erschießungen vollzogen – im Unterschied zu der in den polnischen Gebieten vorrangigen Ermordung in Gaskammern. Die Tatorte in der Ukraine befanden sich unweit von Wohnorten oder (teilweise) in versteckt gelegenen Landstrichen, die sich oft in öffentliche Schauplätze verwandelten. Wenn die Einwohner die Tötung ihrer Nachbarn nicht direkt beobachten konnten, dann waren sie meistens Zeugen der Exekutionszüge durch die Ortschaften, beobachteten Fluchtversuche, hörten Schüsse und Todesschreie aus der Entfernung und waren schließlich mit den Hinterlassenschaften der Massengewalt konfrontiert – den Gräbern.

Holocaust-Gedenkort
Bachiw/Kowel

II. Die Massenerschießungsstätten des Pilotprojektes – Bestandsaufnahme im Vorfeld der baulichen Schutzmaßnahmen

Nach Einschätzung von Yahad-In Unum gibt es in der Ukraine 2000 Grabstätten des Holocaust. Dr. Lea Prais, die Leiterin des der Dokumentation der Orte gewidmeten Projektes »Untold Stories« in Yad Vashem, geht von 1200 Grabstätten aus. Die fünf ausgewählten Pilotorte des Projektes stellen somit einen Bruchteil der schutzbedürftigen Massengräber dar.⁷

Die Massenerschießungsstätten in den ausgewählten Ortschaften des Pilotprojektes repräsentierten ein breites Spektrum an topografischen Gegebenheiten. Das Massengrab in Rawa-Ruska (60 km westlich vom Lwiw) befindet sich an der Straße, die nach Potelych führt, 200 Meter vom Stadtzentrum entfernt, direkt neben dem auf dem Hügel gelegenen neueren jüdischen Friedhof. Ein unbegradigter Entwässerungsgraben durchtrennt beide Flächen. Vor dem Baubeginn wurde das Gelände regelmäßig überflutet. Die Erschießungen in Ostroshez (25 km östlich vom Luzk) wurden wenige Meter von den bewohnten Häusern entfernt auf einem Hügel, der als jüdischer Friedhof gedient hatte, vollzogen. Der schräg gelegene Hügel mit seinem steilen Abhang entblößte die letzten noch erhaltenen jüdischen Gräber, die abzurutschen drohten. Die landwirt-

schaftliche Nutzung erodierte die Grenzen des Massengrabs in Kysylyn (60 km westlich vom Luzk), das sich auf einem Feld etwa 1 km vom Dorfzentrum entfernt befindet.

In den nach dem Krieg bewaldeten Sandgruben von Balchiw (10 km nördlich vom Kowel) und Prochid (7 km nördlich vom Ratne) liegen mehrere Massengräber, in denen Juden aus den Landkreisen Kowel und Ratne umgekommen sind. In unmittelbarer Nähe der Gräber befinden sich illegale Mülldeponien. Die Verwahrlosung der Gräber ist darauf zurückzuführen, dass sie über Jahrzehnte den Naturgewalten sowie der von Menschen verursachten Schändung durch Verschmutzung, Grabräuberei und Vandalismus ausgesetzt waren. Die sowjetischen Lokalverwaltungen kümmerten sich nach dem Krieg nicht um die Bewahrung dieser Orte, in vielen Fällen wurde das Zerstörungswerk der Deutschen nahtlos fortgesetzt. Zum üblichen Umgang mit diesen traumatischen Orten gehörte die pragmatische Wiederverwertung der »kontaminierten Landschaften«⁸.

In der heutigen Zeit kommt eine andere Art der Zerstörung hinzu: sogenannte »schwarze Archäologen«, die auf der Suche nach Kriegsgegenständen und »jüdischem Gold« nicht davor zurückschrecken, direkt in den Massengräbern zu graben. Diese Aktivitäten sind den örtlichen Straforganen oftmals bekannt und meistens ist die Identität der Täter kein Geheimnis. Ungeachtet dessen werden die Verstöße nicht geahndet.

Die Bewohner der Pilotorte kannten die Gegend, in der die Massaker stattfanden, und konnten die betreffenden Orte annähernd lokalisieren (»dort im Wald«, »auf dem Feld«).⁹ Auch der Prozess der Zerstörung der Gräber zu Bauzwecken in den Ortschaften Ostroshez, Prochid und Bachiw hat sich bei einigen Augenzeugen tief ins Bewusstsein eingepägt: die makabren Bilder der Knochen und Schädel, die die Bagger freigelegt hatten, blieben ihnen in Erinnerung. In der Region um Ratne sind die Menschen fest davon überzeugt, dass auf der Straße M19, die nach Brest führt und »auf jüdischen Knochen« gebaut wurde, besonders viele tödliche Autounfälle passieren. In Ostroshez wurde der steile Hang von Kindern für Winterspiele genutzt und in der warmen Jahreszeit grasten dort Tiere. Alle Grabstätten des Projektes wurden mehrmals durchwühlt und ihre Grenzen wurden verändert. Infolgedessen befinden sich die menschlichen Überreste in einem großen Umkreis von dem eigentlichen Massengrab entfernt.

An einigen Pilotorten wurde bereits vor Projektbeginn der Opfer gedacht. Vereinzelte Überlebende und ihre Familien bzw. die Vertreter jüdischer Landsmannschaften aus dem Ausland sorgten sich aus der Ferne um das Schicksal der Gräber. Ein Zeichen ihres Engagements sind Gedenktafeln mit hebräischen Inschriften in Bachiw und Prochid. Auf dem jüdischen Friedhof in Rawa-Ruska befindet sich ein etwa zwei Meter hoher Pfeil mit einem kleinen Davidstern an der Spitze, der an die große jüdische Gemeinde Rawa-Ruskas erinnert.

Diese Privatinitiativen sind sehr typisch für die Gedenkpraxis an den Holocaust-Massenerschießungsstätten. Die Akteure versuchen die Orte nach ihren begrenzten Möglichkeiten zu markieren. Selten lassen sie sich auf kosten- und zeitaufwendige Verwaltungsprozesse ein, um das gesamte Grundstück mit den Massengräbern entsprechend zu sichern. Sie widmen sich kaum der Aufarbeitung der lokalen Geschichte, deren Ergebnisse später auf den Gedenktafeln kommuniziert werden könnten. Teilweise sind die Zeichen des Gedenkens an diesen Orten für die Einheimischen nicht lesbar, da sie nicht vorrangig für diese Zielgruppe entstanden sind. Abgesehen von diesen Privatinitiativen existiert in den lokalen Gemeinden keine organisierte kollektive Gedenkpraxis.

III. Erinnerungspolitik und kollektives Gedenken in der Ukraine – ein historischer Rückblick

In der Ukraine, wo der Holocaust mitten in der Gesellschaft stattgefunden hat und erschütternde Erinnerungsbilder und materielle Zeugnisse hinterlassen hat, gibt es kein kollektives Gedenken an die Vernichtung der Juden. Auf staatlicher Ebene werden zwar der Jahrestag der Tragödie in Babyn Jar und seit vier Jahren (!) der 27. Januar als Gedenktage begangen, doch dies geht nicht mit einer tiefgründigen kollektiven Gedenkpraxis und Bildungsmaßnahmen einher.¹⁰

Das Erbe der kommunistischen Periode in Bezug auf Fragen der Erinnerungskultur spielt dabei eine wesentliche Rolle, da nicht nur Traumata des Holocaust, sondern auch des stalinistischen Regimes bis heute nicht aufgearbeitet wurden. In der Sowjetunion herrschte in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg ein offizielles Narrativ, das sich ausschließlich auf den Sieg und die Verehrung der Sieger konzentriert hatte. Ein enger Referenzrahmen wurde einem differenzierten Blick auf die Vergangenheit entgegengesetzt. In diesem Narrativ missbrauchte man die Opfer für den großen Triumph, individuelle Schicksale wurden zu abstrakten Zahlen, die jüdischen Opfer zu »friedlichen Zivilisten« oder »sowjetischen Bürgern«, wie es den in dieser Zeit errichteten Denkmälern zu entnehmen ist. Die Verluste menschlichen Lebens als Resultat des Holocaust wurden zu den zivilen Verlusten des Krieges aufseiten der Sowjetunion gezählt, was zu einer Stärkung der Sonderposition des kommunistischen Russlands unter den Siegermächten führte.

Jegliche Gedenkveranstaltungen an die Opfer des Holocaust waren in der Sowjetunion verboten und wurden in den 60er- und 80er-Jahren verfolgt. Die jahrelang unterdrückten Erinnerungen und das verfolgte Gedenken konnten in der unabhängig gewordenen Ukraine Anfang der 90er-Jahre frei artikuliert werden. Dies gilt nicht nur für den Holocaust, sondern auch für ein anderes Thema, das vor 1991 in der offiziellen Geschichtspolitik kaum repräsentiert war: die ukrainischen Unabhängigkeitsbestrebungen, allen voran der bewaffnete Widerstandskampf der OUN (Organisation Ukrainischer Nationalisten) und UPA (Ukrainische Aufständische Armee). Seit 2004 werden diese Themen verstärkt zum Gegenstand der offiziellen Erinnerungspolitik des ukrainischen Staates. Obwohl Präsident Wiktor Janukowytsch die Stepan Bandera posthum im Jahr 2010 von Präsident Wiktor Juschtschenko verliehene Auszeichnung »Held der Ukraine« ein Jahr später aberkannt hat, ist seitdem im Westen der Ukraine eine deutliche Zunahme von Denkmalbauten zur Ehren Banderas zu beobachten.

Die Statuen, die Bandera in einer heldenhaften Pose zeigen, stehen oft an der Stelle, wo sich früher die Lenin-Statuen befanden, und sie sind ästhetisch ähnlich konzipiert. Diese Form des heldentreuen Gedenkens zeigt sich auch in der Verehrung der im derzeitigen Krieg mit Russland gefallenen Soldaten in der Ostukraine, der Helden des Kiewer Maidans und der sogenannten »Cyborgs«, d.h. der Soldaten, die den Donezker Flughafen von Mai 2014 bis Januar 2015 gegen die Separatisten verteidigt haben und trotz großer Verluste nicht aufgeben wollten.

Der Wunsch, die ukrainischen Helden als unbefleckte Figuren zu sehen, erschwert eine umfassende Aufarbeitung der ukrainischen Geschichte. Die Schattenseiten, wie z.B. die Kollaboration mit den Deutschen im Zweiten Weltkrieg, die Beteiligung am Holocaust und der polnisch-ukrainische Konflikt in Wolhynien und Ostgalizien im Jahr 1943 werden nicht thematisiert. Das ambivalente Bedürfnis, einerseits offen über

den Holocaust zu sprechen, die Toten zu beklagen und ihrer zu gedenken und andererseits die nationale Befreiungsbewegung unkritisch anzuerkennen, resultiert in einem »Konflikt der Erinnerungen«.

Auf ukrainischer Seite versucht man diesen Konflikt zu nivellieren, indem das Thema Holocaust indirekt – zum Beispiel durch im Ausland entstandene Filme und Bücher – wahrgenommen wird. Nach Ansicht von Iryna Starowojt scheint der Holocaust für die Ukrainer zwar zu existieren, aber »andernorts geschehen zu sein«, nicht unmittelbar vor Ort.¹¹ Die Literaturkritikerin beschreibt zudem den speziellen »Widerstandspunkt«, von dem aus die Ukrainer über ihre Vergangenheit zu sprechen scheinen. Das Spektrum der Reaktionen reicht hierbei von einer Verteidigungshaltung gegen Versuche, eine (vermeintliche) Unwahrheit von außen angehängt zu bekommen, bis hin zum Zwang zur Apologetik. Den Ukrainern, von denen nur die Jüngsten frei von staatlicher Propaganda aufgewachsen sind, fehlt eindeutig eine eigene Sprache, in der sie ihre Geschichte zum Ausdruck bringen können. Dieser Mangel und das Weiterbestehen der alten Muster überraschen nicht – vor allem vor dem Hintergrund, dass es bis heute sehr wenige umfassende Bücher über die traumatische Geschichte des 20. Jahrhunderts auf Ukrainisch gibt.¹²

Der Bezugsrahmen für geschichtliche Narrative in der Ukraine ist ein sehr eng gefasstes Verständnis der eignen Nation, das die Erzählungen anderer Bewohner des ukrainischen Territoriums – Juden, Polen, Tataren, Roma, Deutsche – seit Jahrzehnten ausschließt. Gleichzeitig existieren die Narrative der »Anderen« parallel zueinander und stellen eine Art Flickenteppich dar. Jeder kann darin lesen, was er möchte.

IV. Bildungsarbeit im Rahmen des Projektes

Das »Protecting Memory«-Projekt bestand aus zwei zentralen Arbeitsbereichen: Umgang mit den traumatischen Orten des Holocaust und Bildungsarbeit in den Schulen der benachbarten Städte und Dörfer. Das Ziel des Projektes war, die Orte »sichtbar« zu machen, sie der lokalen Bevölkerung ins Bewusstsein zu bringen und als Bestandteil der lokalen Topographie zu etablieren.

Ein langfristiges Ziel des Projektes bestand darin, Multiplikatoren für die Bewahrung der Erinnerung an die jüdischen Gemeinden zu gewinnen. Diese sollten zu lokalen Experten ausgebildet werden, die ihr Wissen in die Schulen oder als Ansprechpartner nach außen tragen. Bei der Umsetzung des Bildungsprogramms war die Zusammenarbeit mit dem Ukrainischen Zentrum für Holocaust-Studien (Ukrainian Center for Holocaust Studies, UCHS)¹³ aus Kiew zentral. Die Organisation hat zum großen Teil die historischen Recherchen zur Geschichte der Pilotorte des Projektes und die Leitung des pädagogischen Programms übernommen.

Im Laufe des Projektes wurde anhand der Rechercheergebnisse eine Vorlage aus Archivmaterialien erstellt, die während der Arbeit mit den Lehrern eingesetzt wurde.¹⁴ Darüber hinaus wurde den Pädagogen einführende Sekundärliteratur zur Verfügung gestellt, u.a. die Publikationen des Zentrums.

Die Teilnahme am Bildungsangebot des Zentrums erfolgte auf freiwilliger Basis und richtete sich anfänglich an eine große Gruppe Lehrer. Mit der Zeit bildete sich ein fester Kern von Teilnehmenden aus allen Pilotorten heraus. Das einzige Kriterium, das über ein Verbleiben im Projekt entschied, war die Bereitschaft, viel Privatzeit und Energie in das Programm zu investieren.

In den von den Lehrern etablierten Arbeitsgruppen konnten sie einen beliebigen Aspekt der Geschichte des Holocaust erforschen und darüber entscheiden, welches Ergebnis am Ende der Recherche entstehen soll. Trotz der Betreuung durch Historiker aus dem UCHS waren die Teilnehmenden mit einer Reihe von inhaltlichen Fragen und organisatorischen Herausforderungen konfrontiert, die sie eigenständig lösen mussten, z.B. die Arbeit in den Archiven, gestalterische Aufgaben und am Ende die Vermittlung des angeeigneten Wissens. Die Bildungsprogramme legten großen Wert auf die lokale Geschichte des Holocaust und dessen einzigartige, ortsspezifische Ausprägungen. Die Ereignisse, die in unmittelbarer Nähe der Einwohner stattgefunden hatten, entfachten den Wissensdrang der Lehrer und provozierten viele Fragen.

Angesichts der oben skizzierten Charakteristik der Erinnerungskultur in der Ukraine heutzutage stellte sich heraus, dass gerade die Beschäftigung mit dem Unmittelbaren und Naheliegenden großes Interesse weckte und den Teilnehmern ermöglichte, einen Bezug zur Vergangenheit aufzubauen. Bei der historischen Recherche rückten nicht nur Fragen nach dem Massenmord, sondern auch dem Zusammenleben zwischen den verschiedenen Nationalitäten und der jüdischen Kultur ins Zentrum. Für das Gesamtbild war es zudem wichtig, nicht nur die Massenerschießungsstätten zu kennen, sondern auch die für die jüdischen Einwohner bedeutenden Gemeinwesen zu lokalisieren. Als Informationsquellen dienten oft ältere Bewohner der Ortschaften, die ihr Erlebtes und Erfahrenes mitgeteilt haben. Manche Aussagen der Augenzeugen förderten auch Erkenntnisse über die Beteiligung von Ukrainern an der Verfolgung und Ermordung der Juden zutage.

Neben der Vermittlung von konkreten Inhalten wurde durch die Bildungsarbeit eine aktive und engagierte Haltung der Teilnehmer gefördert. Die Realisierung geplanter Projekte, z.B. Ausstellungen, Broschüren und Landkarten, machten die Aneignung von bestimmten Kompetenzen notwendig. Die Lehrer befanden sich oft in Situationen, in der sie die Grenzen dessen, was sie wussten und kannten, überschreiten mussten, um das Ziel, das sie sich gesetzt hatten, zu erreichen. Schließlich waren sie für die Vorbereitung, Gestaltung und Durchführung der Gedenkzeremonien im Juli 2015 verantwortlich. Rückblickend kann festgehalten werden, dass das Programm das lokale Interesse, sich mit dem Holocaust zu beschäftigen, deutlich erhöht und den Fokus auf konkrete Orte der Vernichtung gelenkt hat.

V. Gestaltung der Gedenkort

Die Ausweisung der oben genannten Areale als Gedenkort und die Planung der Baumaßnahmen erfolgte in enger Zusammenarbeit mit den lokalen Gemeinden. Die Entscheidung über die Umwidmung der Flurstücke, auf denen sich die Massenerschießungsstätten befinden, lag bei ihren Eigentümern und Verwaltern – den Gemeinderäten. Die Umwidmung der Areale wurde in allen fünf Fällen erfolgreich abgewickelt. Bauvorbereitende Maßnahmen wie z.B. geophysikalische und elektromagnetische Untersuchungen der Flurstücke sowie die Erstellung der Flurkarten wurden mit den Gemeinderäten besprochen und abgestimmt. Alle Baumaßnahmen wurden von ukrainischen Unternehmen durchgeführt.

Für die bauliche Gestaltung der Gedenkort wurden bestimmte Vorgaben festgelegt, die den Architekten kommuniziert wurden. Vor allem sollten alle Erdarbeiten mit Rücksicht auf religiöse Gesetze des Judentums durchgeführt werden, die jeglichen

mechanischen Eingriff in die Erdoberfläche untersagen, da diese zu einer nachhaltigen Beschädigung der Gebeine führen können. Deshalb wurden ausschließlich nicht-invasive Methoden der Gräberfindung und Bestimmung ihrer Grenzen angewandt. Die in der Vergangenheit mehrfach gestörte Totenruhe sollte auf diese Weise gewahrt werden. Mit dieser Grundeinstellung und Sorgfalt bei der Einhaltung der halachischen Regeln wurden alle Arbeiten an den Grabstätten unter Aufsicht von Vertretern des »Committee for the Preservation of the Jewish Cemeteries in Europe«¹⁵ aus London (CPJCE) durchgeführt.

Zur wichtigsten Aufgabe bei der Planung gehörte die dauerhafte Sicherung der Gräberoberflächen, um sie vor weiteren Eingriffen zu schützen. Dabei haben die oben genannten topografischen Gegebenheiten eine große Rolle gespielt. Die architektonischen Lösungen mussten speziell für jeden Ort gefunden werden, da die Flurstücke unterschiedliche Anforderungen mit sich brachten. Folgende Aspekte waren hierbei besonders relevant:

Für Rawa-Ruska war maßgeblich, dass die beiden Grundstücke – der Friedhof und die Massenerschießungsstätte – miteinander verbunden werden und der Kanal reguliert wird. In Ostroshez war es geboten, das große Territorium zusammen mit dem Friedhof auf ökonomische Weise zu umzäunen, um die Gesamtfläche der alltäglichen Nutzung zu entziehen. In Prochid und Bachiw mussten schwierige örtliche Voraussetzungen bewältigt werden: Beide Grundstücke befinden sich im dichten Wald. In Kysylyn hingegen ging es darum, den kleinen Gedenkort auf dem breiten Feld einerseits sichtbar zu machen und andererseits vor der Überwucherung durch das angebaute Getreide zu schützen.

Die Nutzung von edlen Baumaterialien war nicht erwünscht, stattdessen sollten Abfallmaterialien wie Schlacke oder Kies eingesetzt werden. Großer Wert wurde auf die Beständigkeit und Nachhaltigkeit der Einrichtungen gelegt. Der Aufwand an Pflege und Betreuung sollte auf Minimum reduziert werden. Alle fünf Orte wurden als Informationsorte geplant. Vor dem Hintergrund der fehlenden historisch-politischen Bildung zum Thema Holocaust in der Ukraine war diese Entscheidung unerlässlich. Darauf Bezug nehmend wurden die Gedenktafeln und Erinnerungssymboliken, die an den zu schützenden Orten bereits etabliert waren, in das architektonische Gesamtkonzept einbezogen. Die jahrelangen Bemühungen, die Orte zu schützen, und die dabei entstandenen Formen individueller Gedenkpraxen sollten auf diese Weise erhalten bleiben.

Die lokale Geschichte des Holocaust wurde auf dreisprachigen Informationstafeln dargestellt – in Ukrainisch, Englisch und Hebräisch. In die Gestaltung flossen die Ergebnisse der historischen Recherchen sowie fotografische Dokumente ein. Landkarten und Ortspläne aus der Vorkriegszeit wurden rekonstruiert und in die Informationstafeln eingebracht, um die Bedeutung der jüdischen Gemeinden zu veranschaulichen.

Als Herzstück der Gedenkort wurden dreisprachige Inschriften auf Ukrainisch, Hebräisch und Englisch konzipiert, die auf Tafeln bzw. Gedenksteinen in das Objekt integriert werden sollten. Es wurde angestrebt, dass diese Informationen – im Gegensatz zu den in der Ukraine verbreiteten Gedenkformeln – überprüfbare historische Fakten über die Opfer und Täter vermitteln. Dieser Entschluss war maßgebend für die Art der Präsentation von Informationen an den Pilotorten: Die Geschichte sollte dort verständlich, wahrhaftig und offen kommuniziert werden. Dies ist der sicherste Schutz gegen die Instrumentalisierung der Vergangenheit und der Opfer.



Einweihungszeremonie
Bachiw/Kowel



Einweihungszeremonie
Bachiw/Kowel



Einweihungszeremonie
Ostroshez

VI. Bauliche Umsetzung der Gedenkort

Die Projektpartner haben einstimmig die geeignetsten Entwürfe ukrainischer Architekten ausgewählt. An einigen Punkten mussten die Designs im weiteren Projektverlauf an die Richtlinien und die Gegebenheiten vor Ort angepasst werden. Während sich vor allem die Konzepte für Kysylyn, Prochid und Bachiw durch ihre Individualität und Kreativität auszeichnen, waren die Vorschläge für Rawa-Ruska und Ostroshez eher pragmatisch und traditionell konzipiert. Bestimmte Bauelemente – eine fast vier Meter hohe Betonsäule mit Informationstafeln und eine Betonstele mit dem Lageplan der Gedenkstätte – wurden an allen Orten verwendet und stellen eine Verbindung zwischen den Gedenkstätten her. Trotz des unterschiedlichen Charakters der Gedenkarchitektur fügen sich die Informationsstelen in alle Gedenkort gleich gut ein.

In Rawa-Ruska wurde ein Projekt unter der Leitung von Wolodymyr Motyka umgesetzt.¹⁶ Die Hauptschießungsstätte und die Friedhofsfläche wurden durch einen Pfad verbunden und der Entwässerungsgraben wurde reguliert. Eine aus Mazewas (jüdische Grabsteine) bestehende Gedenkwand wurde auf dem Friedhofshügel aufgestellt.

Einweihungszeremonie
Bachiw/Kowel



Sie erinnert an ein Tor, das zugleich einen Eingang und eine Absperrungsmauer symbolisiert. Die Hauptschießungsstätte wurde mit einer Betonmauer umzäunt. Die Fläche des Grabes innerhalb der Mauer sichern Steine aus dem regionalen Bergbau. In einem überdachten Pavillon, der mit dem traditionellen jüdischen Ohel¹⁷ assoziiert werden kann, befindet sich eine Marmorplatte mit Inschriften zum Gedenken an die 3000 Opfer.

Das 400 Quadratmeter große Gelände des Massengrabs in Kysylyn¹⁸ wurde mit einer Erdschicht und terrassenartig angehäuften Kieselsteinen bedeckt. An diese Fläche schließt ein Platz mit einer Holzbank und der Gedenktafel an. Sowohl die Sitzgelegenheit als auch die Tafel wurden an einem Gerüst aus Metallboxen befestigt, die mit Steinen ausgefüllt wurden. Die in die rostrote Eisentafel eingravierten Inschriften erinnern an 500 jüdische Opfer. Zum Massengrab führt ein etwa 100 Meter langer Pfad, der den am Feldrand liegenden Parkplatz mit dem zentralen Gedenkort verbindet. Holzpfähle begrenzen die Gesamtanlage und schützen vor landwirtschaftlichen Maschinen.

Das zentrale Element der architektonischen Umsetzung in Prochid ist ein Weg, der symbolisch für den letzten Weg der Ermordeten steht und die verschiedenen Elemente

der Gedenkstätte miteinander vereint. Die Linie des Pfades bricht mehrfach ab, an manchen Stellen wird sie durch einen anderen Nebenpfad durchkreuzt. Die Betonschwellen, die insgesamt vier Massengräber umreißen, greifen die asymmetrische Form der Wege auf. Die Oberflächen der Gräber wurden mit reichlich blaugrauer Schlacke versiegelt. Am Ende des Pfades, beim letzten und größten Massengrab, befindet sich ein zentraler Platz mit einer Sitzgelegenheit und einem Betonkubus. An den drei Seiten der kubischen Konstruktion sind Gedenkplatten mit Inschriften in jeweils einer der drei Sprachen angebracht. Die unregelmäßigen, spitzen Formen der Graboberflächen, die von den Betonschwellen vorgezeichnet sind, assoziieren Bruchstücke oder Splitter. Der Architekt erinnert mit der Form eines zerbrochenen Davidsterns an die Herkunft der 1300 dort verscharrten Menschen.

In Ostroshez wurde ein pragmatisches Konzept umgesetzt, das eine effiziente Lösung für den Schutz der 3800 Quadratmeter großen Hügelfläche zur Grundlage hatte. Das Gelände wurde mit einer Hecke umpflanzt, um es vor freilaufenden Tieren zu schützen und die Bodenerosion zu stoppen. Ein Granitstein mit Inschriften wurde



Einweihungszeremonie
Ostroshez

an einer Seite des Hügels auf einem mit Beton befestigten Platz aufgestellt und erinnert an die Vernichtung von 800 jüdischen Bewohnern, die auf dem Gelände erschossen wurden.

Die Gesamtfläche in Bachiw beträgt 2300 Quadratmeter mit einem Höhenunterschied auf dem Gelände von fünf Metern. Zentral auf einer Erhebung befindet sich eine von der israelischen Landsmannschaft aus Kowel errichtete Gedenktafel. Diese auf einem Sockel angebrachte Tafel wurde in die architektonische Planung integriert. Die vier Massengräber, die in unterschiedlichen Abständen zueinander auf dem Gelände liegen, wurden mit unregelmäßigen, aus Erde geformten Hügeln abgedeckt. Diese Erdanhäufungen wurden in Dreiecke aufgeteilt, die abwechselnd mit schwarzem und rotem Kies überdeckt wurden. Die aneinander liegenden Farbflächen bilden eine Komposition, die an ein Schachbrett oder Mosaik erinnert. Das Zusammenspiel der Dreiecke kann als ein Versuch gesehen werden, die zersplitterten Bestandteile des Davidsterns wieder zusammzusetzen. Auf der Erhebung auf dem zentralen Platz wurden eine dreieckförmige Gedenktafel und eine dreieckige Sitzbank errichtet. Der Sitzplatz befindet sich

zwischen der alten und der neuen Schrifttafel und ermöglicht, beide Tafeln gleichberechtigt zu betrachten. Aufgrund der Ergebnisse der historischen Recherche wurde eine Inschrift formuliert, die mehr als 8000 Ermordete beklagt.

VII. Schlusswort

Die Einweihung der Gedenkstätten in der Westukraine im Juni 2015 führte die zwei zentralen Aspekte des Projektes – die Bildungsarbeit und die Schutzmaßnahmen – noch einmal zusammen. Das engagierte Auftreten der Gemeindemitglieder während der Zeremonien und die breite Beteiligung der Einwohner zeugten davon, dass die neu etablierten Gedenkstätten von nun an zu den Orten gehören. Das zivilgesellschaftliche Engagement, das sich während des Projektes beobachten ließ, und das Vorhandensein der Ressourcen, um ein derart komplexes Projekt umzusetzen, lassen hoffen, dass es möglich geworden ist, die Geschichte der Juden und des Holocaust in die Nachkriegsordnung des ukrainischen Staates einzutragen.

Das gewaltige Erbe der Vernichtung ist in der Ukraine besonders stark erfahrbar. Sollte es nicht gelingen, der Opfer würdig zu gedenken und sie ruhen zu lassen, wird sich der verheerende Zustand der Gräber nicht nur für die Angehörigen der Opfer, sondern auch für diejenigen, die in der unmittelbaren Nähe der »kontaminierten Landschaften« leben, bedrückend auswirken.

Aleksandra Wroblewska, Kulturwissenschaftlerin, war vom Mai 2011 bis Juli 2015 als Koordinatorin des Projektes beschäftigt und hat in dieser Zeit die Arbeit in Berlin und in der Ukraine betreut.

Das »Protecting Memory«-Projekt erfolgte Dank der Finanzierung des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland.

Die folgenden lokalen Partner ermöglichten die Umsetzung des Projektes: das Ukrainische Zentrum für Holocaust-Studien in Kiew (Ukrainian Center for Holocaust Studies, UCHS), der Verein »Nova Doba« in Lemberg, die Religiöse Gemeinde des Progressiven Judentums in Wolhynien und das Ukrainische Jüdische Komitee (UJC). Das Komitee für den Schutz Jüdischer Friedhöfe in Europa (CPJCE) in London war im Rahmen des Projekts für die Einhaltung der halachischen Regeln zuständig. Yahad-In Unum stellte die Ergebnisse seiner Recherchen zu den Projektorten zur Verfügung.

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, der Zentralrat der Juden in Deutschland und die Konferenz der Europäischen Rabbis (The Conference of European Rabbis, CER) standen dem Projekt beratend zur Seite.

Der historische Beirat des Projekts wurde zu den Inschriften und Texten für die Informationstafeln sowie zu Fragen in Bezug auf die architektonische Gestaltung der Orte und die Darstellung auf den Informationstafeln konsultiert. Im Beirat waren vertreten: Dr. Andrej Angrick (Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur), Dr. Ulrich Baumann und Uwe Neumärker (beide Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas), Prof. Dr. Habbo Knoch (Universität zu Köln), Dr. Thomas Lutz (Stiftung Topographie des Terrors) und Prof. Dr. Günter Morsch (Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten). Die Forschungsarbeit verantworteten die Historiker Svetlana Burmistr, Ray Brandon und Mikhail Tyaglyy (UCHS).

- 1 Yahad-In Unum ist eine Organisation in Paris, die sich der Lokalisierung von Massenerschießungsstätten von Juden und Roma in Osteuropa widmet.
Für weitere Information siehe: www.yahadinunum.org/?lang=en
- 2 Es handelt sich um eine Schätzung ohne die Zahl der Flüchtlinge, die aus West- und Zentralpolen in die Ostgebiete kamen. Vgl. Brandon, Ray & Lower, Wendy (2010): *The Shoah in Ukraine. History, Testimony, Memorialization*, Indianapolis: Indiana University Press.
- 3 Hryciuk, Grzegorz (2005): *Przemiany narodowościowe i ludnościowe w Galicji Wschodniej i na Wołyniu w latach 1931–1948*, Toruń: Wydawnictwo Adam Marszałek, S. 162–199. In der UdSSR war die Zahl der Juden und Polen viel geringer: Ukrainer (78 Prozent), Russen (11 Prozent), Juden (5,1 Prozent), Polen (1,5 Prozent). Vgl. die Einschätzung von Eberhardt, Piotr (1994): *Przemiany narodowościowe na Ukrainie XX wieku*. Warszawa: Obóz, S. 142.
- 4 Darüber hinaus wurden das südliche Bessarabien und die Nordbukowina von der sowjetischen Armee besetzt. In diesen Gebieten lebten ca. 120 000 Juden.
- 5 Die jüdischen Bewohner der Grenzgebiete zu Galizien erlebten bereits 1939 die gezielt verübte Gewalt von Deutschen und Ukrainern. Vgl. Struve, Kai (2015): *Gewalt gegen Juden*. In: *Deutsche Herrschaft, ukrainischer Nationalismus, antijüdische Gewalt. Der Sommer 1941 in der Westukraine*, Berlin: de Gruyter Oldenbourg.
- 6 Das Schicksal der Juden aus Transkarpatien glich dem Schicksal der meisten ungarischen Juden, die 1944 im Auschwitz ermordet wurden.
- 7 In allen vier Orten des Pilotprojektes, außer Ostroshez, wurden im Laufe der Zeit mehrere kleinere sowie umfangreiche jüdische Massengräber entdeckt. Ihre Lokalisierung war nicht so eindeutig, wie das bei den ausgewählten Massengräbern des Projektes der Fall war.
- 8 »Kontaminierte Landschaften« ist ein Begriff von Martin Pollack, vgl. Pollack, Martin (2014): *Kontaminierte Landschaften*, Wien: Residenzverlag.
- 9 Die Umfragen des UCHS, die im Jahr 2011 unter den Schülern durchgeführt wurden, zeigten, dass über 50 Prozent der Befragten die Erschießungsstätten des Projektes nennen können.
- 10 Im Rahmen der informellen Bildung übernehmen manche ukrainische NGOs die Holocaust-Education. Zu der bedeutendsten Institution auf diesem Feld gehört neben UCHS das Zentrum für Urbane Geschichte in Lwiw, siehe: www.lvivcenter.org/
- 11 Starowojt, Iryna, ein Gespräch mit Jewhenija Nestorowytsch. In: *Zbruc: Про Українські війни пам'ятей*, 23. 1. 2014, online abrufbar: zbruc.eu/node/17973
- 12 Die bedeutendsten Publikationen zum Holocaust in der Ukraine sind erst in den 2000er-Jahren erschienen. Eine der ersten Positionen war *Harvest of Despair: Life and Death in Ukraine Under Nazi Rule* von Karel C. Berkhoff im Jahr 2004. Es folgten: Bartov, Omer (2010): *Erased. Vanishing traces of Jewish Galicia in Present-Day Ukraine*, Snyder, Timothy (2011): *Bloodlands: Europe between Hitler and Stalin*, Brandon, Ray & Lower, Wendy (2015): *The Shoah in Ukraine. History, Testimony, Memorialization*.
- 13 UCHS in Kiew ist die bedeutendste Nichtregierungsorganisation in der Ukraine, die sich der Bildungsarbeit und Erforschung des Holocaust widmet. Für weitere Informationen: www.holocaust.kiev.ua/eng/
- 14 UCHS (2014): *Від першої особи: історія Голокосту у свідченнях очевидців*, Kiew UCHS (2012) *Історія Голокосту: освіта та пам'ять*. Посібник для вчителя, Kiew
- 15 Das Komitee für den Schutz Jüdischer Friedhöfe (CPJCE) ist eine Organisation aus London, die sich um den Schutz der jüdischen Friedhöfe und Massenerschießungsstätten in Europa bemüht.
Für weitere Informationen siehe: www.1000yearsofjewishheritage.com/About.html
- 16 Der Bauingenieur war auch für die Entwicklung des architektonischen Entwurfs für Ostroshez zuständig.
- 17 Ohel ist eine bestimmte Struktur, die über das Grab einer prominenten jüdischen Persönlichkeit gebaut wird.
- 18 Das architektonische Konzept für Kyslyln, Bachiw und Prochid haben die Architekten Dmitry Shujkov, Aryna Aheeva und Anton Olyjnyk aus Kiew erarbeitet.

Die Konzentrationslager-SS 1936–1945

EXZESS- UND DIREKTTÄTER. EINE DAUERAUSSTELLUNG
DER GEDENKSTÄTTE UND DES MUSEUMS SACHSENHAUSEN

Katharina Steinberg

Im März 2015 eröffnete die Gedenkstätte Sachsenhausen im »Turm A«, dem ehemaligen Eingangsgebäude zum Häftlingslager, eine neue Dauerausstellung über die Konzentrationslager-SS. Die Ausstellung nimmt die Exzess- und Direkttäter in den Blick, die willkürlich und häufig, ohne einen Befehl dafür erhalten zu haben, Häftlinge folterten, töteten oder ermordeten. Es ist die zweite Ausstellung der Gedenkstätte, die sich hauptsächlich mit den SS-Tätern am Standort Oranienburg auseinandersetzt. Die Erste über die Inspektion der Konzentrationslager wurde im November 2013 im »T-Gebäude« eröffnet, das sich wenige Hundert Meter vom Gedenkstättenengelände entfernt befindet. Die Dokumentation zeigt, wie die KZ-Inspektion durch ihr Verwaltungshandeln das Leben und Sterben der Häftlinge in den Konzentrationslagern des NS-Regimes bestimmte.

Die meisten Ausstellungen über Täter in den Konzentrationslagern sind erst in den vergangenen zehn Jahren konzipiert worden. Die Gedenkstätten sahen ihre Aufgabe lange Zeit darin, der Opfer der Konzentrationslager zu gedenken und deren Leidensgeschichte zu erzählen. Sie befürchteten, eine Präsentation der Täter in einer Ausstellung könne als Würdigung missverstanden werden oder Faszination hervorrufen.¹ Seit der deutschen Einheit hat sich das Selbstverständnis der Gedenkstätten gewandelt. Sie verstehen sich als »moderne zeithistorische Museen mit besonderen humanitären und bildungspolitischen Aufgaben«², die die gesamte Geschichte der Konzentrationslager einschließlich ihrer Nachgeschichte erzählen und erklären. Dies schließt die Auseinandersetzung mit den Tätern ein. Hinzu kommt: »[D]ie von großen Teilen der Gesellschaft immer wieder beschworene Wiederholungsgefahr, die in der Forderung des »Nie wieder!« zum Ausdruck kommt, geht bekanntlich vor allem von den Tätern und weniger von den Opfern aus.«³ Um dieser Gefahr entgegenzutreten, müssen sich die Gedenkstätten und ihre Besucher mit den Tätern, ihren Motiven und mit dem Kontext befassen, in dem SS-Männer zu Tätern werden konnten.

In den Ausstellungen der meisten KZ-Gedenkstätten existieren inzwischen besondere Abschnitte, die das SS-Personal thematisieren. Ausschließlich mit den Tätern der Konzentrationslager beschäftigen sich die 2004 eröffnete Ausstellung über die Aufseherinnen des KZ Ravensbrück, die 2010 eröffnete Ausstellung über den Alltag und die Verbrechen der Ravensbrücker SS-Offiziere im ehemaligen »Führerhaus« und die 2005 eröffnete Ausstellung »Dienststelle KZ-Neuengamme: Die Lager-SS« in den ehemaligen Garagen der SS. Beide Ravensbrücker Ausstellungen informieren über die Herkunft der Täter und Täterinnen, über ihre Stellung in der Konzentrationslagerstruktur, über ihre Motive und Handlungsoptionen.⁴ Die Ausstellung in Neuengamme thematisiert anhand von Biografien und Dokumenten die Organisation der SS sowie die Bewachung im Stammlager und in den Außenlagern von Neuengamme. Alle drei Ausstellungen folgen einem biografischen Ansatz. Auch die Gedenkstätte Sachsenhausen zeigt in ihren Täteraussstellungen biografische Portraits. Den Ausstellungen liegt jedoch ein anderes Konzept zugrunde, das der Gedenkstättenleiter und Ausstellungskurator Günter Morsch entwickelt hat. Es fragt nach den Strukturen, die es den Tätern



Der »Turm A« 2012.
Alle Fotos:
Friedhelm Hoffmann,
Gedenkstätte und
Museum Sachsen-
hausen

ermöglichten, Gewalt anzuwenden. Das Konzept unterscheidet zwischen normativer und außernormativer Gewalt und geht davon aus, dass die Situation der Häftlinge in den Konzentrationslagern von diesen beiden Gewaltformen bestimmt wurde. Dabei wurde normative Gewalt durch Hierarchien und Strukturen, durch Regeln und Normen wie die Lagerordnung, Geschäftsverteilungspläne oder Befehlsblätter und Formulare der IKL geprägt.⁵ Außernormative Gewalt ist dagegen Gewalt, die willkürlich und nach eigenem Gutdünken der SS angewendet wurde. Morsch nimmt an, dass in den verschiedenen Phasen der Konzentrationslager das Ausmaß und der Schwerpunkt der beiden Gewaltformen wechselten. Von 1939 bis 1942 waren der außernormativen Gewalt kaum Grenzen gesetzt. Besonders brutale SS-Männer wurden als Blockführer eingesetzt, die die Häftlinge folterten und dafür nicht bestraft, sondern in ihrem Verhalten bestärkt wurden. Als die Zwangsarbeit in den Konzentrationslagern ab 1942 an Bedeutung für die Kriegsproduktion gewann, drängten die KZ-Kommandanten die außernormative Gewalt zurück: Die Lagerordnung wurde strenger ausgelegt, und die brutalsten SS-Männer wurden entlassen oder versetzt. Willkürliche Gewaltakte, die bis 1942 zugelassen oder gar gefördert worden waren, wurden nun gelegentlich geahndet. Vorherrschend war jetzt die normative Gewalt. Außernormative und normative Gewalt existierten also nicht unabhängig voneinander, sondern bedingten sich gegenseitig und wechselten sich ab, je nachdem, welches Ziel die NS-Politik verfolgte. Wie Hans Mommsen feststellt, war es für die NS-Herrschaft charakteristisch, dass Täter kollektiv vorgingen und in Gruppenzusammenhängen handelten. Die individuellen Charaktere traten dahinter zurück.⁶ Das Konzept von normativer und außernormativer Gewalt greift diese Erkenntnis auf: Neben den Biografien werden auch Strukturen untersucht, die es den SS-Männern erleichterten oder erschwerten, exzessiv gegen die Häftlinge vorzugehen.

Die Täter-Ausstellungen in der Gedenkstätte Sachsenhausen fokussieren jeweils eine der beiden Gewaltformen: Während die Ausstellung über die KZ-Inspektion im »T-Gebäude« die normative Gewalt thematisiert, die die sogenannten Schreibtischtäter ausübten, konzentriert sich die Ausstellung im »Turm A« auf die außernormative Gewalt der Exzesstäter. Die Ausstellung reflektiert die Verschränkung von biografischen und

strukturellen Faktoren, indem sie exemplarische Exzesstaten, deren Kontext und Hergang, in den Mittelpunkt stellt. Dabei werden sowohl die Opfer als auch die SS-Männer, die die Verbrechen begingen, dargestellt.

Wie alle Ausstellungen der Gedenkstätte Sachsenhausen hat auch die Ausstellung zu den Exzess- und Direkttätern einen thematischen Bezug zu dem historischen Ort, an dem sie gezeigt wird. So gehörten die meisten Exzess- und Direkttäter der Schutzhaftlagerabteilung an, die von 1936 bis 1945 ihren Sitz im »Turm A« hatte. Die Ausstellung erstreckt sich über vier Räume im Obergeschoss des weitgehend original erhaltenen Gebäudes. Sie beginnt im ehemaligen Büro der Rapportführer und thematisiert Verbrechen, die in der sogenannten »Isolierung« begangen worden sind. Die »Isolierung« wurde 1938 eingerichtet und bestand zunächst aus vier, später aus sechs Baracken. Die SS wies vor allem missliebige Häftlinge wie Juden, Sinti und Roma und Homosexuelle zur Bestrafung dorthin ein.⁷ Zwischen 1938 und 1942 arbeiteten hier besonders brutale SS-Männer wie Richard Bugdalle, den die Häftlinge »Brutalla« nannten, oder Gustav Sorge, der bei den Häftlingen »Eiserner Gustav« hieß. Die Besucher des »Turm A« können von den Fenstern des ersten Ausstellungsraums auf die Standorte der ehemaligen Baracken der »Isolierung« blicken. So wird der thematische Bezug zum historischen Ort auch innerhalb der Ausstellung umgesetzt.

Vier beispielhafte Exzesstaten aus der »Isolierung« werden im ersten Ausstellungsraum gezeigt, darunter die Tat von Martin Knittler, der sich nach Zeugenaussagen an der Ermordung der beiden tschechischen Häftlinge Pavel Prokop und Dr. Ivan Sekanina beteiligte. Wie alle in der Ausstellung thematisierten Verbrechen folgt die Darstellung dem folgenden Schema: 1. Vorstellung der Opfer oder der Opfergruppe, 2. Darstellung der Tat, 3. Porträtierung des Täters. Zunächst lernt der Besucher daher Sekanina und Prokop kennen: Fotos von Sekanina, der als Rechtsanwalt tätig war, und Prokop, einem Verleger, führen in die Biografie der Tschechen ein, die beide der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei angehörten. Nach dem Verbot der KPC 1938 arbeiteten Prokop und Sekanina illegal für ihre Partei weiter. 1939 wurden sie von der Gestapo verhaftet und in das KZ Sachsenhausen eingeliefert.

Im zweiten Teil wird das Verbrechen an den beiden Tschechen dargestellt, das aus Zeugenaussagen rekonstruiert werden konnte. Unter einer fadenscheinigen Begründung wurden Sekanina und Prokop im Frühjahr 1940 in die »Isolierung« eingeliefert. Dort folterten die Blockführer Knittler, Sorge und Bugdalle die beiden tschechischen Häftlinge auf so brutale Weise, dass sie verstarben. Eingesprochene Zeitzeugenberichte und Zeugenaussagen, die über einen Touchscreen abgerufen werden können, schildern die Ermordung von Prokop und Sekanina.

Im dritten Teil ist der Besucher mit einem der Täter, Martin Knittler, konfrontiert. Knittler wird auf einem ein Meter großen Ganzkörperfoto gezeigt, das aus der Akte des Rasse- und Siedlungshauptamtes stammt. Bewusst wurde hier ein Foto ausgewählt, von dem Faszination ausgeht, weil es Knittler als machtbewussten SS-Mann zeigt. Dem Besucher soll so das Selbstbild der Täter vermittelt werden. Denn auch aus dieser Selbstsicht speiste sich die Macht, die die SS-Männer über die Häftlinge hatten. Die Ausstellung weicht hier von der üblichen neutralen und reduzierten Präsentation von Exponaten der Täter ab, wie sie z.B. ganz bewusst in der Ausstellung über die SS in der Wewelsburg verfolgt wird.⁸ Gebrochen wird die Faszination des Fotos durch die Konfrontation mit den Opfern und der Brutalität der Tat.



Blick in den Ausstellungsraum über die Exzesstaten der SS auf dem »Appellplatz«



Blick in den Ausstellungsraum über die Geschichte des »Turm A«



Das Learning Center der Ausstellung mit dem virtuellen Regal

Klappt der Besucher das Täterfoto zurück, kann er einem Organigramm entnehmen, in welcher Position Knittler 1940 im KZ Sachsenhausen tätig und wo er in der Hierarchie des KZ-Systems verortet war. Das Organigramm verweist außerdem auf die Vorgesetzten und Kollegen Knittlers, die das verübte Verbrechen billigten oder Knittler bei seiner Tat unterstützten. Anschließend wird Knittler, der 1941 auch an der Ermordung der sowjetischen Kriegsgefangenen im KZ Sachsenhausen teilnahm, biografisch porträtiert. Für seine Taten wurde Knittler nicht bestraft, weil er sich in der Untersuchungshaft dem Prozess durch Selbstmord entzog. Über den Touchscreen kann der Besucher weitere ausführlichere Informationen über Knittler und seine Mittäter, seine Vorgesetzten und Kollegen abrufen. Gezeigt werden Fotos, persönliche Dokumente wie selbst verfasste Lebensläufe und Zitate von ehemaligen Häftlingen über die SS-Männer.

Neben dem Verbrechen an den beiden Tschechen werden in diesem Ausstellungsraum die Ermordung eines Düsseldorfer Rechtsanwalts sowie eines jüdischen und eines homosexuellen Häftlings gezeigt, die stellvertretend für die jeweilige Opfergruppe porträtiert werden. In der Mitte des Raumes findet der Besucher eine Vitrine mit Schlagwaffen und SS-Stiefeln: Die Täter in der »Isolierung« schlugen ihre Opfer meist mit Peitschen, Schlagstöcken oder Knüppeln oder fügten ihnen mit ihren Stiefeln entsetzliche Verletzungen zu. Die Präsentation von Waffen ist in Gedenkstätten durchaus umstritten. Es wird befürchtet, die Waffen könnten gerade bei jugendlichen Besuchern Faszination für Gewalt hervorrufen. Die Gedenkstätte Sachsenhausen hat sich dennoch dafür entschieden, die Waffen zu zeigen, weil die damit verübten brutalen Taten der SS den Alltag der Häftlinge bestimmten.

Im nächsten Ausstellungsraum, in dem sich das Dienstzimmer des Zweiten Schutzhaftlagerführers befand, werden Exzess- und Direkttaten auf dem »Appellplatz« thematisiert. Durch die Fenster kann der Besucher direkt auf den ehemaligen »Appellplatz« schauen. Die SS nutzte diesen Ort zur Machtdemonstration, indem sie Häftlinge vor den Augen aller Inhaftierten bestrafte und folterte. Häufig erschoss sie Häftlinge willkürlich aus den Fenstern im unteren Stockwerk des »Turm A«. Auch deswegen werden in diesem Ausstellungsraum in einer Vitrine originale Schusswaffen präsentiert, die die Lager-SS benutzte. Dargestellt wird neben drei weiteren Verbrechenskomplexen die Geschichte von sieben Häftlingen, die im Jahr 1936 aus dem KZ Sachsenhausen flohen. Anna Seghers verarbeitete diese Flucht in ihrem Roman »Das siebte Kreuz«. Biografisch porträtiert wird Karl Göntges, dessen Name als einziger der sieben Häftlinge bekannt ist, von dem jedoch bisher kein Foto gefunden werden konnte. Er kam als »Vorbeugungshäftling« nach Sachsenhausen. Mit sechs weiteren Häftlingen flüchtete er durch einen Tunnel unter einer Baracke aus dem Lager. Auf Befehl des KZ-Kommandanten Karl Otto Koch stellte die SS sieben Pfähle auf dem »Appellplatz« auf und ließ das gesamte Lager zu einem stundenlangen Appell antreten. Über einen Touchscreen kann der Besucher den beeindruckenden Bericht des ehemaligen Häftlings Harry Naujoks über diese Situation anhören. Nach wenigen Tagen fing die SS die sechs namenlos gebliebenen Häftlinge wieder ein, brachte sie zurück nach Sachsenhausen und hängte sie an den Pfählen auf. Der siebte Pfahl blieb leer, weil es Karl Göntges gelungen war, nach Belgien zu fliehen. Als die Wehrmacht Belgien 1940 überfiel, konnte die SS Göntges jedoch fassen und lieferte ihn wieder in das KZ Sachsenhausen ein. Dort folterten SS-Blockführer Göntges so lange, bis er sich verzweifelt in den elektrisch geladenen Draht stürzte.

Dieser Fall zeigt exemplarisch, dass Exzesstaten nicht nur von den unteren SS-Männern begangen worden sind. So war es der Kommandant von Sachsenhausen, der den Befehl gab, die sechs wieder eingefangenen Häftlinge auf dem »Appellplatz« an Pfähle zu hängen. Biografisch porträtiert werden daher Karl Otto Koch und Willy Blume, der sich an der Bestrafung der Häftlinge beteiligt hatte. Koch wurde 1944 von der SS wegen Korruption und Mordes angeklagt und am 5. April 1945 hingerichtet. Willy Blume wurde nach dem Krieg zunächst verurteilt. Das Urteil wurde jedoch aufgehoben, weil das Gericht den Hauptbelastungszeugen, einen ehemaligen politischen Häftling, als unzuverlässig einstufte.

Wegen der lückenhaften Quellenlage stützen sich die in der Ausstellung dargestellten Verbrechen hauptsächlich auf Gerichtsprozesse, die in der Bundesrepublik und in der DDR gegen die Täter geführt worden sind. Dadurch könnte der Eindruck erweckt werden, als seien die SS-Männer mehrheitlich für ihre Verbrechen zur Rechenschaft gezogen worden. Das Gegenteil ist der Fall: Nur etwa fünf Prozent der SS-Männer mussten sich für ihren Dienst im KZ Sachsenhausen verantworten. Für die Ausstellung mussten jedoch Fälle ausgewählt werden, bei denen der Tathergang genau rekonstruiert werden konnte, und dafür stellen Gerichtsakten die wichtigste Quelle dar. In der Ausstellung wird auf die völlig unzulängliche juristische Ahndung der Verbrechen hingewiesen.

Im dritten Raum, in dem der Erste Schutzhaftlagerführer sein Büro hatte, kann sich der Besucher über die Geschichte des Ausstellungsortes informieren. Der »Turm A« wurde 1936 als einfaches einstöckiges Gebäude errichtet, dessen Fachwerk SS-Runen zierte. Das Fachwerk nahm dem Gebäude aber die gewünschte repräsentative und einschüchternde Wirkung, sodass es zunächst verputzt und 1938 aufgestockt wurde.⁹ Von 1936 bis 1945 hatte die Schutzhaftlagerabteilung hier ihren Sitz. Neben Arbeitszimmern befanden sich Aufenthaltsräume und die Postzensurstelle im »Turm A«. Über die Nutzung des Gebäudes in der Zeit des sowjetischen Speziallagers von Herbst 1945 bis Frühjahr 1950 ist lediglich bekannt, dass die Zentrale Kommandantur im Torgebäude untergebracht war. Die Nationale Mahn- und Gedenkstätte der DDR nutzte den »Turm A« als Dienstgebäude für die Mitarbeiter. So befand sich das Arbeitszimmer des Gedenkstätdirektors im ehemaligen Büro des Ersten Schutzhaftlagerführers. Von 2004 bis zur Eröffnung der Ausstellung stand das Gebäude schließlich leer und ist nun erstmals für Besucher zugänglich.

Die wechselvolle Nutzung des Gebäudes dokumentieren zahlreiche Fotos, Zeichnungen von Überlebenden, Raupläne und Entwürfe für die Gestaltung des ehemaligen Lagergeländes nach 1950. Außerdem wird in diesem Raum das Prinzip des Panopticons erläutert, das die Architektur des Konzentrationslagers Sachsenhausen bestimmte. Der Architekt des Lagers, Bernhard Kuiper, nutzte die natürliche Dreiecksform des Geländes und positionierte den »Turm A« in der Mitte der Basis des gleichseitigen Dreiecks. Die Baracken wurden in einem Halbkreis um das Eingangsgebäude herum errichtet. Dies ermöglichte es dem diensthabenden SS-Mann, vom Obergeschoss des »Turm A« aus mit einem Maschinengewehr das gesamte Häftlingslager zu überwachen. Wie verschiedene Häftlingszeichnungen zeigen, war den Häftlingen die Bedrohung durch das auf dem



SS-Blockführer tritt auf einem am Boden liegenden KZ-Häftling herum. Zeichnung von Ab Nicolaas, Häftling im KZ Sachsenhausen von 1941–1945; 1945, Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen. Häftlingszeichnungen wie diese von Ab Nicolaas veranschaulichen die willkürlichen Misshandlungen, denen die Häftlinge ausgesetzt waren.

Turm positionierte Maschinengewehr deutlich bewusst. Die Bedeutung des »Turm A« für die Häftlinge spiegelt sich auch in dem gezeigten Holzmodell des Gebäudes wider: Niederländische und deutsche ehemalige Häftlinge fertigten es in den 1970er-Jahren an und schenkten es der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte. Detailgetreu bauten die Überlebenden sogar das Maschinengewehr im zweiten Stock nach.

Im vierten Raum ist das Learning Center der Ausstellung untergebracht. Der Besucher kann sich hier mit den Biografien von mehr als 70 SS-Tätern vertiefend beschäftigen. Im sogenannten virtuellen Regal werden drei kurze Filme präsentiert, die aus den vorliegenden Quellen erstellt wurden und weitere Exzesstaten zeigen. Das virtuelle Regal informiert außerdem anhand von drei beispielhaften Fällen darüber, wie die KZ-Inspektion das Leben der Häftlinge in den von ihr verwalteten Konzentrationslagern über Formulare und Anordnungen bestimmte. Die ehemaligen Konzentrationslager, darauf weist Ines Bachmann hin, sind »immer auch Orte der Täter und Täterinnen – auf sie nicht einzugehen, würde bedeuten, die Geschichte der Konzentrationslager nicht vollständig zu erzählen.«¹⁰ Sachsenhausen zeigt diese Täter nicht nur im Rahmen ihrer Biografien, sondern vermittelt auch die Kontextabhängigkeit ihrer Taten. Die Ausstellung über die KZ-Inspektion und die Exzesstäter zeigen außerdem, wie die Anwendung von normativer und außernormativer Gewalt das Schicksal der Häftlinge bestimmte.

In Kürze erscheint der Ausstellungskatalog mit einer Einleitung von Günter Morsch und einem Essay des brandenburgischen Generalstaatsanwaltes Erardo C. Rautenberg über Fritz Bauer und die strafrechtliche Auseinandersetzung mit dem NS-Unrecht in der Bundesrepublik. Der Katalog enthält außerdem alle Ausstellungstexte und Abbildungen von zahlreichen Fotos, Zeichnungen, Dokumenten und Objekten der Ausstellung.

Dr. Katharina Steinberg war während ihres wissenschaftlichen Volontariats in der Gedenkstätte und dem Museum Sachsenhausen als Projektkoordinatorin für die Ausstellung im »Turm A« tätig.

- 1 Solche Befürchtungen begleiteten z.B. die Ausstellung in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück; Alyn Beßmann, Insa Eschebach: Konzeptionelle Überlegungen zu einer Ausstellung im ehemaligen Führerhaus der Gedenkstätte Ravensbrück, in: GedenkstättenRundbrief 145 (2008), S. 40.
- 2 Günter Morsch: Vorwort, in: Astrid Ley, Günter Morsch (Hrsg.): Das Konzentrationslager Sachsenhausen 1936–1945. Ereignisse und Entwicklungen, Berlin 2010, S. 9.
- 3 Vgl. Günter Morsch: »Die Konzentrationslager-SS 1936–45. Exzess- und Direkttäter«. Eine Dauerausstellung im »Turm A«. Einleitung (in Vorbereitung).
- 4 Vgl. Alyn Beßmann, Insa Eschebach: Konzeptionelle Überlegungen zu einer Ausstellung im ehemaligen Führerhaus der Gedenkstätte Ravensbrück, in: GedenkstättenRundbrief 145 (2008), S. 44 f.; Das »Führerhaus«: Alltag und Verbrechen der Ravensbrücker SS-Offiziere, unter: www.ravensbrueck.de/mgr/index.html. Abruf am 3. 9. 2015.
- 5 Vgl. Günter Morsch: »Die Konzentrationslager-SS 1936–45. Exzess- und Direkttäter«. Eine Dauerausstellung im »Turm A«. Einleitung (in Vorbereitung).
- 6 Hans Mommsen: Forschungskontroversen zum Nationalsozialismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 14–15 (2007), S. 17.
- 7 Astrid Ley, Günter Morsch (Hrsg.): Das Konzentrationslager Sachsenhausen 1936–1945. Ereignisse und Entwicklungen, Berlin 2010, S. 38.
- 8 Moritz Pfeiffer: »Ideologie und Terror der SS«. Zur neuen Dauerausstellung in der Erinnerungs- und Gedenkstätte Wewelsburg 1933–1945«, in: GedenkstättenRundbrief 157 (2010), S. 22.
- 9 Günter Morsch: Sachsenhausen. Das »Konzentrationslager bei der Reichshauptstadt«. Gründung und Ausbau, Berlin 2014, S. 33 f.
- 10 Ines Brachmann: Die Vermittlung des Themas Täterschaft an KZ-Gedenkstätten – Potentiale und Herausforderungen, in: GedenkstättenRundbrief 175 (2014), S. 33.

»Vielleicht ist dein Grün mein Blau«

DER VEREIN JUGEND FÜR DORA E.V.
ENGAGIERT SICH SEIT ZWEI JAHRZEHNTE FÜR DIE ERINNERUNG
AN DAS KZ MITTELBAU-DORA

Andreas Froese-Karow

Seit 20 Jahren setzt sich der Verein Jugend für Dora e.V. für ein lebendiges Gedenken an das Konzentrationslager Mittelbau-Dora in der Harzregion ein¹. Dieses runde Jubiläum feiern die Mitglieder des Vereins – etwa 60 Jugendliche und junge Erwachsene – nun mit einer Sonderausstellung, die derzeit in der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora zu sehen ist. Sie zeigt die wechselvolle Geschichte eines wohl einzigartigen Vereins, der sich mit kreativen, innovativen und Aufmerksamkeit erzeugenden Projekten dafür einsetzt, die Erinnerung an das KZ Mittelbau-Dora im öffentlichen Raum wieder sichtbar und bewusst zu machen.

1. Die »Fahnen der Erinnerung«: Ein grenzübergreifendes Gedenkprojekt

Im April 1945 rückten US-amerikanische Truppen in die Harzregion vor und befreiten den »Lagerkomplex Mittelbau«: ein System mit etwa 40 KZ-Außenlagern rund um das Hauptlager Dora bei Nordhausen. Zwischen den Jahren 1943 und 1945 wurden insgesamt 60 000 Häftlinge aus ganz Europa dorthin zur Zwangsarbeit deportiert. Mindestens jeder Dritte von ihnen überlebte die grausamen Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Lagern nicht. Tausende Häftlinge starben zudem noch kurz vor Kriegsende auf den Räumungstransporten und Todesmärschen, auf die die SS-Angehörigen im Frühjahr 1945 die KZ-Häftlinge vor den heranrückenden US-amerikanischen Truppen zwangen.

70 Jahre später, im April 2015, werden die räumlichen Ausmaße des einstigen »Lagerkomplex Mittelbau« in der Harzregion wieder sichtbar. Binnen weniger Tage stehen in 32 Gemeinden plötzlich sichtbare Gedenkzeichen auf den zentralen Hauptstraßen und Marktplätzen: die sogenannten »Fahnen der Erinnerung«. Von Weitem zu erkennen und gut lesbar, tragen sie die Namen aller ehemaligen Außenlager des KZ-Mittelbau-Dora und die bewusst offen gehaltene Frage »Was bleibt?«. Bodenaufkleber auf dem Asphalt informieren die Öffentlichkeit neben den Fahnen über die konkrete Geschichte des jeweiligen KZ-Außenlagers, das sich auf dem heutigen Gebiet der einzelnen Gemeinde befand. Zeitgleich und grenzübergreifend prägen die »Fahnen der Erinnerung« im Frühjahr 2015 das Erscheinungsbild der gesamten Region zwischen Artern und Osterode, zwischen Ilsenburg und Rehungen².

Das Gebiet, das den damaligen Bereich der rund 40 Lager umfasst, erstreckt sich nun über die drei Bundesländer Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Trotz seiner zentralen Lage mitten in Deutschland ist es bis heute eine von Grenzen und Grenzziehungen geprägte Region geblieben. Nach Kriegsende durchtrennten zunächst die alliierten Besatzungszonen, später über viele Jahrzehnte hinweg die innerdeutsche Grenze den Harz. Damit verschwand die Erinnerung an die einstigen Mittelbau-Lager aus dem kulturellen Gedächtnis der Region. Auch auf der lokalen Ebene in vielen Städten und Gemeinden: An den einstigen Standorten der Appellplätze und Baracken befinden sich heute nachkriegszeitliche Gebäude, Wiesen und Wälder. Oft ohne sicht-

baren Hinweis auf die KZ-Vergangenheit. Von den früheren Konzentrationslagern an diesen Orten ist meist nichts mehr zu sehen. So ist es kaum verwunderlich, dass sich der genaue Standort mancher ehemaliger Lager inzwischen gar nicht mehr bestimmen lässt.

Umso überraschter sind viele Anwohner im April 2015 beim Anblick des seltsamen Treibens auf den Straßen und Plätzen in ihren Gemeinden: Gruppen junger Menschen, die auffallende Fahnen aufstellen und bunte Bodenaufkleber anbringen, die Informationsbroschüren verteilen und den Dialog mit den Passanten suchen. In den Gesprächen erfahren sie mehr: dass es sich um eine Aktion des Vereins Jugend für Dora e.V. zum 70. Jahrestag der Befreiung des KZ Mittelbau-Dora handelt. Dass auch ihre Heimatstädte und -dörfer eine KZ-Geschichte haben. Und dass die jungen Menschen sich ehrenamtlich mit Spaß und Freude für ihren Verein engagieren. Genau so funktioniert die Idee der »Fahnen der Erinnerung«: Die Bevölkerung vor Ort wird aufmerksam und neugierig, Anwohner und Stadtverwaltungen beginnen sich für die KZ-Geschichte »vor ihrer Haustür« zu interessieren, Medien berichten über das Gedenkprojekt und das inhaltliche Anliegen der Vereinsmitglieder³.

Die Botschaft der jungen Menschen klingt einfach: Die Erinnerung an den »Lagerkomplex Mittelbau« beschränkt sich nicht nur institutionell auf die heutige KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora, sondern betrifft gleichermaßen auch alle Städte und Dörfer, in denen sich ein oder mehrere Außenlager des KZ Mittelbau-Dora befanden. Nicht in allen Gemeinden mit einer KZ-Vergangenheit ist dies selbstverständlich. Dennoch beteiligen sich erfreulicherweise alle 32 Kommunen im Harz: Vorab genehmigen sie dem Verein das öffentliche Aufstellen der Fahnen und übernehmen sogar die Herstellungskosten für die Fahnen auf ihren Straßen und Plätzen. Bei den Feierlichkeiten zum Jahrestag der Befreiung des KZ Mittelbau-Dora im April 2015 besuchen viele Überlebende nicht nur die KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora, sondern auch die Fahnen in »ihren« einstigen Außenlager-Gemeinden. Und wenige Wochen später erhält das Projekt »Fahnen der Erinnerung« sogar den ersten Anerkennungspreis des Thüringer Demokratiepreises 2015. Die offizielle Begründung der Jury: »Fahnen der Erinnerung« sei eine einfache und grenzübergreifende Projektidee, die zeige, wie sich von zivilgesellschaftlicher Seite eine aktive und lebendige Mitmach-Gedenkkultur im öffentlichen Raum gestalten lasse⁴.

2. Rückblick: Die Anfänge eines »ungewöhnlichen Jugendvereins«

Dass es den Mitgliedern des Vereins Jugend für Dora e.V. einmal gelingen würde, das erste grenzübergreifende Gedenkprojekt zur Geschichte des KZ Mittelbau-Dora in der gesamten Harzregion zu organisieren, war bei der Gründung des Vereins vor 20 Jahren noch nicht abzusehen. Es waren zunächst die Überlebenden des KZ Mittelbau-Dora selbst, die beim 50. Jahrestag ihrer Befreiung im April 1995 den Wunsch nach einem Verein mit jungen Menschen äußerten. Dessen Mitglieder – so der Wunsch der Überlebenden – mögen die Erinnerung an die Mittelbau-Lager in der Harzregion in die nächsten Jahrzehnte und Generationen weitertragen. Eine konstruktive Idee und zugleich eine vorausschauende Antwort, mit der die Überlebenden in den 1990er-Jahren aktiv auf das zukünftige »Ende ihrer Zeitzeugenschaft« reagierten.

Ihrem öffentlichen Aufruf in den lokalen Medien folgten schließlich vier junge Menschen, die sich am 8. Mai 1995 zur Gründungssitzung des Vereins in Nordhau-



Zum 70. Jahrestag der Befreiung des KZ Mittelbau-Dora wehten die »Fahnen der Erinnerung« des Vereins »Jugend für Dora« in der gesamten Harzregion. Foto: Jugend für Dora e.V.

sen trafen⁵. Name, Aufgaben und Logo der neuen Vereinigung »Jugend für Dora« waren schnell gefunden, zwei Jahre später folgte die offizielle Eintragung als Verein beim Amtsgericht Nordhausen. Auch einige Überlebende des KZ Mittelbau-Dora schrieben das Gericht an und baten um eine unbürokratische Aufnahme der Vereinigung in das lokale Vereinsregister⁶. So entstand ein Verein, der es sich laut seiner Satzung zur Aufgabe machte, »einen Beitrag zum Verständnis der Geschichte des Nationalsozialismus zu leisten. Im Einzelnen bedeutet das Bewusstmachung historischer Orte und Ereignisse und ihre Wirkung in Vergangenheit und Gegenwart, Aufklärungsarbeit, Informationsbereitstellung, Bewahrung des Gedenkens und der Erinnerung, generationsübergreifende Sensibilisierung und Zusammenarbeit sowie interkulturelle Kommunikation und Kooperation in verschiedenen Projekten.«⁷ Dafür sollte die KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora, damals noch in der Trägerschaft des Landkreises Nordhausen, als ein Ort der Begegnung bekannt gemacht und genutzt werden.

In den folgenden Jahren traten weitere Mitglieder dem noch jungen Verein bei. Schon mit ihren ersten Gedenkprojekten begaben sie sich sichtbar und gestaltend in den öffentlichen Raum: Sie konzentrierten ihr ehrenamtliches Engagement auf historische Tatorte an den ehemaligen Lagerstandorten im Harz, die sie wieder sichtbar und wahrnehmbar im Bewusstsein der Bevölkerung verankern wollten⁸. So beispielsweise in Ellrich: In dieser Kleinstadt an der Grenze zwischen Niedersachsen und Thüringen befand sich bis April 1945 das KZ Ellrich-Juliusshütte, mit etwa 8000 Häftlingen das größte der Mittelbau-Außenlager. Später verlief dort die innerdeutsche Grenze direkt über den ehemaligen Appellplatz. Das Gelände war für die Öffentlichkeit nicht zugänglich. Bedeckt von der Natur und den DDR-Grenzanlagen, geriet es schnell in Vergessenheit. Bis schließlich die Mitglieder von »Jugend für Dora« in den 1990er-Jahren die



Bodenaufkleber informierten die Bewohner der Gemeinden über die konkrete Geschichte der KZ-Außenlager in ihrer jeweiligen Gemeinde. Foto: Jugend für Dora e.V.

bereits vorhandenen Initiativen in der Bevölkerung aufgegriffen und zusammengeführt⁹. Sie begannen mit der Freilegung der vom Unkraut überwucherten Fundamente, erarbeiteten Hinweistafeln und Informationsmaterialien zur Geschichte des früheren Konzentrationslagers und suchten den Kontakt zu den Überlebenden¹⁰. Seitdem finden bis heute vor Ort jährliche Gedenkfeiern der Stadt Ellrich und der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora statt, an denen die KZ-Überlebenden, die lokale Bevölkerung und die Vereinsmitglieder gemeinsam teilnehmen.

Die öffentliche »Wiederentdeckung« der Geschichte des ehemaligen KZ Ellrich-Juliushütte ist ein gelungenes Beispiel dafür, wie sich der Verein Jugend für Dora vor Ort in der Harzregion für eine optische und inhaltliche Sichtbarmachung der historischen Tatorte im Bewusstsein der Bevölkerung einsetzt. Stets war es ein zentrales Anliegen der jungen Menschen, auf die enge Verflechtung des nationalsozialistischen Lagersystems und des Systems der KZ-Zwangsarbeit mit der regionalen Kriegswirtschaft und der damaligen Zivilgesellschaft hinzuweisen.

In geradezu provokanter Weise verdeutlichte dies das Projekt »LeidFaden« im August 2003: Mit pinker Wandfarbe zeichneten die Mitglieder quer durch die Stadt Nordhausen drei durchgehende Linien auf das Straßenpflaster, unterbrochen nur durch Schriftzitate ehemaliger KZ-Häftlinge, die von ihren damaligen Erlebnissen im KZ-Außenlager Boelcke-Kaserne berichteten, das sich einst mitten in der Stadt befand¹¹. Ziel dieser Gedenkaktion im Rahmen des Internationalen Sommerworkcamps 2003 war es, die Bevölkerung auf die Existenz des Ehrenfriedhofes in der Stadt aufmerksam zu machen. Dort sind mehr als 2500 ermordete Häftlinge des Konzentrationslagers Boelcke-Kaserne bestattet. Viele Nordhäuser Anwohner begrüßten diese Form der sichtbaren Vergegenwärtigung der KZ-Vergangenheit ihrer Stadt. Anderen ging sie zu weit: Mit Schrubbern eilten manche auf die Straße, um die farbige Linie vor ihrem Haus wieder wegzuwaschen. Solche Spannungen und Irritationen im Verhältnis zwischen Teilen der Bevölkerung und den Mitgliedern von »Jugend für Dora« zeigten sich immer wieder bei den Gedenkprojekten des Vereins. Mal galten die engagierten jungen Menschen einigen Behörden und Bürgern als zu wild und provokant, mal wurden sie als ein »unreifer« oder »idealistischer Kinder- und Jugendverein« belächelt und nicht ernst genommen.

3. Schrittweise Professionalisierung der Vereinsarbeit

Doch die Mitglieder von »Jugend für Dora« ließen sich davon nicht verunsichern, sondern setzten ihre Vereins- und Gedenkarbeit fort. Um auf ihr thematisches Anliegen weiterhin aufmerksam zu machen, gestalteten sie öffentliche Vorträge, Lesungen, Filmvorführungen und Publikationen. Sie organisierten Studienfahrten zu anderen Gedenkorten und veranstalteten die jährlichen Internationalen Workcamps in der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora für junge Menschen aus aller Welt. Vor allem deren Spuren sind bis heute auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora zu sehen: Ob die Freilegung der Fundamente des ehemaligen Arrestzellenbaus oder die Kennzeichnung der früheren Baracken-Standorte und -umrisse mit weißer Farbe und Steinen im Wald¹². Wegen ihres Ansatzes, »Brücken zwischen der Vergangenheit und der Gegenwart zu bauen« und gleichzeitig zwischen verschiedenen Nationen und Kulturen Verständnis und Akzeptanz zu fördern«, erhielt »Jugend für Dora« im November 2007 den Regine-Hildebrandt-Preis für zivilgesellschaftliches Engagement.



Blick in die Jubiläumsausstellung »Vielleicht ist dein Grün mein Blau«. Foto: Jugend für Dora e.V.

Doch zu den wohl wichtigsten Erlebnissen der jungen Menschen zählten nicht die öffentlichen Ehrungen und Preisverleihungen, sondern die Begegnungen und Gespräche mit den Überlebenden des KZ Mittelbau-Dora. Nicht nur bei den Jahrestagen der Befreiung in der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora, sondern auch bei privaten Besuchen, zu denen viele Überlebende die Vereinsmitglieder zu sich nach Hause einluden. Mit einigen entwickelten sich geradezu familiäre Beziehungen, die die Vereinsmitglieder auch zur fachlichen Dokumentation der historischen Zeugnisse für die Nachwelt einsetzten.

»Die Zukunft der Zeitzeugen« hieß ein mehrjähriges mediales Interview-Projekt, das sie 2010 veröffentlichten¹³. Im Jahr 2014 folgte ein fünfsprachiger Bildband, den die Vereinsmitglieder vor allem den Überlebenden widmeten¹⁴. Darin ließen sie die Zeitzeugen in lebensgeschichtlichen Interviews zu Wort kommen und fragten sie nach ihren persönlichen Vorstellungen für zukünftige Formen der Erinnerung und des Gedenkens.

Die Frage, was »Jugend für Dora« genau ist, lässt sich auch heute – 20 Jahre nach seiner Gründung – nicht leicht beantworten. Weder handelt es sich um einen klassischen Förderverein noch um eine Jugendorganisation der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora. Der Verein ist ein unabhängiger Zusammenschluss, der in Nordhausen und in der gesamten Harzregion als ein eigenständiger und selbstbewusster Akteur auftritt. Und der heute längst mehr als ein reiner »Jugendverein« ist: Die inzwischen erwachsen gewordenen Mitglieder haben viele Erfahrungen gesammelt und ihre vereinsinterne Arbeitsweise professionalisiert. Um neue Projekte durchzuführen, treffen sie sich zu regelmäßigen Sitzungen, bilden Arbeitsgruppen, schreiben Protokolle und stimmen über Beschlussvorlagen ab. Aus den turbulenten Gründungs- und Anfangsjahren der organisatorischen Improvisation entwickelte sich ein Verein, der eine moderne Medien- und Öffentlichkeitsarbeit mit Internetseite und Social Media, mit Pressemitteilungen,



Bei der Eröffnung der Jubiläumsausstellung »Vielleicht ist dein Grün mein Blau«. Foto: Jugend für Dora e.V.

Vereinslogo und Briefköpfen im Corporate Design betreibt. Auch die notwendige Vereinsbürokratie mit Rechnungswesen, Steuererklärungen und Projektmittelanträgen gehört dazu. Manchmal eine logistische Herausforderung, da die meisten Mitglieder von »Jugend für Dora« heute nicht mehr in der Harzregion, sondern deutschlandweit wohnen. Viele arbeiten im Bildungs-, Wissenschafts- und Gedenkstättenbereich. Dennoch reisen sie in ihrer Freizeit weiterhin zu den Vereinstreffen nach Nordhausen an. Stets gilt es in der Vereinsarbeit, ein Gleichgewicht zwischen den enormen Altersunterschieden und Erfahrungsspannen der Mitglieder zu finden. Doch einen Teil ihrer ursprünglichen, eher unbürokratischen Arbeitsweise des kreativen, unabhängigen und bisweilen mutigen Querdenkens in der öffentlichen Gedenkarbeit, ihre Freude am Ausprobieren und am gemeinsamen Austausch haben sich alle im Verein bis heute bewahrt.

4. Die Jubiläums-Ausstellung des Vereins: Rückblicke, Einblicke, Ausblicke

Zwei Jahrzehnte »Jugend für Dora« haben sichtbare Spuren hinterlassen. Das zeigen die jungen und jung gebliebenen Vereinsmitglieder in ihrer Ausstellung, die sie anlässlich ihres runden Jubiläums gemeinsam erarbeitet haben. Eine geradezu spielerische Gestaltung mit Holzregalen, deren Präsentation von Texten, Fotos, Objekten und Medienstationen den Besucher in eine kreative Werkstatt blicken lässt, präsentiert ausgewählte Meilensteine der Vereinsarbeit von den Anfängen bis heute. Fünf thematische Ausstellungskapitel strukturieren das vielseitige Engagement des Vereins in die Bereiche Gründung, Projekte, Jahrestag, Workcamps und Vereinskultur. Wie aktualitäts- und gegenwartsbezogen manche Vereinsprojekte auch jenseits des thematischen Bezugs zur KZ-Geschichte sind, zeigt beispielsweise eine Medienstation mit Stimmen und Eindrücken zum Thema »Flüchtlingsschicksale und Migration«, die »Jugend für Dora« im Jahr 2010 von Betroffenen sammelte, die nach ihrer Flucht in Nordthüringen eine vorübergehende Bleibe fanden. Mancher Besucher der Ausstellung äußerte sich »einerseits nachdenklich, andererseits fasziniert vom ausgeprägten Gespür der Jeunes engagés für Themen, die demnächst – sprich, heute – unter den Nägeln brennen.«¹⁵

Der Titel »Vielleicht ist dein Grün mein Blau – 20 Jahre Jugend für Dora« mag manche zunächst irritieren. Hinter dieser Formel steckt jedoch das eigentliche Geheimnis der inneren Vereinskultur von »Jugend für Dora«. Auch wenn die Mitglieder oftmals heftige inhaltliche Auseinandersetzungen mit Debatten bis in die späten Nachtstunden austragen, pflegen sie einen gegenseitigen Umgang voller Respekt und Wertschätzung. Und am Ende jeder ausführlichen Diskussion stehen immer basisdemokratische Entscheidungen und Mehrheitsbeschlüsse, die alle gemeinsam mittragen. Weitere Ausstellungsstücke wie Schlafsäcke, Fotos vom gemeinsamen Kochen und Essen zeigen, wie sich engagierte Vereinsarbeit und wertschätzende Vereinskultur in »Jugend für Dora« untrennbar miteinander verbinden.

5. Schlussbetrachtung: Der Blick zurück nach vorn

Nach zwei Jahrzehnten Vereinsarbeit blicken die Mitglieder von »Jugend für Dora« auch nach vorne. Nicht nur mit Vorfreude auf die nächsten 20 Jahre zivilgesellschaftliches Engagement, sondern auch mit Trauer und Unbehagen. Dass die Begegnungen mit den Überlebenden immer seltener werden, ist allen bewusst. Deren Vermächtnis, die Erinnerung an das KZ Mittelbau-Dora für die Zukunft zu bewahren und lebendig

zu gestalten, nehmen die jungen Menschen weiterhin wahr. Das wissen auch die Mitarbeitenden der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora zu schätzen. Anerkennend würdigte Gedenkstättenleiter Dr. Stefan Hördler nach dem 70. Jahrestag der Befreiung des KZ Mittelbau-Dora das Engagement des Vereins: »Was die Überlebenden besonders stark bewegt hat – und damit haben wir in der Gedenkstätte einen wahren Schatz – das war Jugend für Dora, die mit großem Engagement alle Tage vorbereitet und begleitet haben.«¹⁶ Die Harzregion darf sich auf die weitere Gedenk- und Vereinsarbeit von »Jugend für Dora« freuen.

Andreas Froese-Karow, Historiker, leitet seit 2015 die Gedenkstätte Feldscheune Insenschnibbe Gardelegen und ist Mitglied im Verein Jugend für Dora e.V.

Die Ausstellung »Vielleicht in dein Grün mein Blau – 20 Jahre Jugend für Dora« ist derzeit in der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora zu sehen. Weitere Informationen gibt es online unter www.dora.de und www.jugend-fuer-dora.de.

- 1 Für wertvolle Hinweise zur frühen Geschichte des Vereins danke ich Brita Heinrichs.
- 2 Eine Web-Dokumentation des Gedenkprojekts »Fahnen der Erinnerung« präsentiert der Verein Jugend für Dora e.V. auf der Internetseite des Projekts unter www.fahnendererinnerung.wordpress.com (zuletzt aufgerufen am 9. 2. 2016) und auf seiner Homepage unter www.jugend-fuer-dora.de (zuletzt aufgerufen am 9. 2. 2016).
- 3 MDR-Interview: »Fahnen der Erinnerung« für Gemeinden mit KZ-Außenlagern, 7. 4. 2015 www.mdr.de/thueringen/nord-thueringen/fahnen-erinnerung-kz-mittelbau-dora100.html (zuletzt aufgerufen am 9. 2. 2016).
- 4 Thüringer Allgemeine, 1. 6. 2015.
- 5 Thüringer Allgemeine Nordhausen, 4. 5. 1995.
- 6 Brief des Comité Européen Dora, Ellrich, Harzungen »Pour la Mémoire« an das Amtsgericht Nordhausen vom 16. Mai 1997, Archiv des Vereins Jugend für Dora e.V.
- 7 www.jugend-fuer-dora.de/#about (zuletzt aufgerufen am 9. 2. 2016).
- 8 Scheuer, Brita: »Jugend für Dora« – ein ungewöhnlicher Jugendverein stellt sich vor, in: Gegen Vergessen, für Demokratie 21 (1999), S. 29–31; Langbein, Norman/Habermann, Joy/August, Dorothea: Jugend für Dora – Internationale Jugendvereinigung, Nordhausen 1997; Jugend für Dora e.V.: Youth for Dora – International Youth Association, Nordhausen 2000; Jugend für Dora e.V.: Jeunesse pour Dora – Association internationale pour la jeunesse, Nordhausen 2000.
- 9 Auf Initiative einzelner Anwohner gab es ab 1990 einen ersten Gedenkstein am ehemaligen Krematorium und ein befestigtes Wegenetz, das das überwucherte Gelände wieder zugänglich machte. 1993 stiftete die belgische Stadt Leuven einen weiteren Gedenkstein, der sich seitdem auf dem Gelände des ehemaligen Appellplatzes befindet.
- 10 Prochaska, Kathy: Jugend für Dora: Internationale Jugendvereinigung. Eine Dokumentation – drei Jahre Vereinsarbeit, Duderstadt 2000.
- 11 Scheuer, Brita: LeidFaden – ein Wegzeichenprojekt in Nordhausen. In Kooperation von Jugend für Dora e.V. und Civitas im August 2003, Heiligenstadt 2003.
- 12 Scheuer, Brita/Jugend für Dora e.V./Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora: ... sichtbar gemacht ... bekannt gemacht ... nachgedacht. Ein Wegweiser zum Kennenlernen der Häftlingsbaracken anhand persönlicher Erinnerungen. 5. Internationales Sommerworkcamp vom 2. bis 18. Juli 2000 in der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora, Weimar/Nordhausen 2000.
- 13 Ulbricht, Josephine/Winter, Martin Clemens/Jugend für Dora e.V./KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora: Die Zukunft der Zeitzeugen, Nordhausen 2010.
- 14 Jugend für Dora (Hg.): Gemeinsam – Together – Ensemble – Wspólnie – вме'сте, Nordhausen 2014.
- 15 Laberthier, Bruno: Stationen und Meilensteine. Eine Ausstellung des Vereins Jugend für Dora e.V. in Nordhausen, in: Faustkultur, 19. 10. 2015, www.faustkultur.de/2441-0-Ausstellung-Jugend-fuer-Dora.html#.VlvVpo6duig (zuletzt aufgerufen am 9. 2. 2016).
- 16 MDR-Interview: Stefan Hördler über die Gedenktage in Mittelbau-Dora, 20. 4. 2015, www.mdr.de/thueringen/kultur/buchenwald-gedenken/audio1147180.html (zuletzt aufgerufen am 9. 2. 2016).

Das Kriegsende im polnischen Spielfilm

»ASCHE UND DIAMANT« UND »NIEMAND RUFT«

Ulrich Tempel

»Ich hätte gern ein normales Leben«, sagt Maciek, der Protagonist in »Asche und Diamant« von Andrzej Wajda (1958), in einer der Schlüsselszenen des Films zu Krystyna, die er kurz zuvor im Hotel »Metropol« kennengelernt hat. Bożek, sein Alter Ego im Film »Niemand ruft« von Kazimierz Kutz (1960), bekennt in einem seiner Gedanken-Monologe kurz vor der Flucht aus dem fiktiven Ort Zielno in den sogenannten »Wiedergewonnen Gebieten«: »Wir wollen wie Menschen leben«. Zwei Aussagen, die am Ende des Zweiten Weltkrieges als selbstverständliche Vorstellung für ein wieder zu erlangendes »normales« Leben stehen. Doch sowohl Maciek als auch Bożek sind sich des Wunschcharakters ihrer Äußerungen bewusst und ahnen, dass das Kriegsende keineswegs den erhofften Neuanfang bringt. Maciek stirbt, Bożek flieht in eine ungewisse Zukunft.

Die Stiftung Topographie des Terrors veranstaltete im Herbst 2015 gemeinsam mit dem Polnischen Institut Berlin und unterstützt vom Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften eine Filmreihe mit dem Titel »Kriegsende im polnischen Spielfilm«. Der thematische Fokus lag auf dem Kriegsende in einem weiteren Sinn, auch Entwicklungen der unmittelbaren Nachkriegszeit sollten berücksichtigt werden. Aus ungefähr zehn Filmen, die bei der Auswahl zur Diskussion standen, wurden vier Filme ausgewählt. Am Anfang der Reihe standen die eingangs erwähnten Filme von Andrzej Wajda und Kazimierz Kutz. Als ein Film, der auch die längerfristigen psychischen Auswirkungen mit in den Blick nimmt, wurde »Ein Jahr der ruhigen Sonne« von Krzysztof Zanussi (1984) gezeigt. »Róża« von Wojciech Smarzowski (2011) beendete die Reihe.

Es ist offenkundig, dass Filme mit historischen Themen oft mehr über die Zeit ihrer Entstehung (und deren Konfliktlagen) aussagen als über den behandelten Zeitabschnitt. Daher stand in den sich an die Filmvorführung anschließenden Gesprächen neben dem aktuellen Forschungsstand zum Thema »Polen 1945« die Diskussion der Entstehungsbedingungen der Filme und ihrer literarischen Vorlagen im Mittelpunkt. Für die Filme »Asche und Diamant« und »Niemand ruft« beauftragte das Polnische Institut eine neue Untertitelung, die einem überwiegend deutschsprachigen Publikum einen wesentlich einfacheren und intensiveren Zugang zu den beiden Filmen ermöglichte.¹ Diese beiden Filme sollen auch Gegenstand der weiteren Betrachtung sein.

Das Kriegsende 1945 und die unmittelbare Nachkriegszeit in Polen

2015 wurde in ganz Europa des 70. Jahrestages des Kriegsendes gedacht. Dabei wurde deutlich, wie unterschiedlich sich das Kriegsende in den verschiedenen Ländern gestaltete. Polen erlebte ein »langes Kriegsende«; bereits im Januar 1945 marschierten sowjetische und polnische Truppen in Warschau ein. Polen hatte neben der Sowjetunion besonders hart gelitten, die gravierenden Folgen von Besatzung und Krieg waren unüberschaubar. Auf der Tagung von Jalta im Februar 1945 wurde zudem die anvisierte Westverschiebung Polens bestätigt. Bevölkerungsveränderungen und Zwangsmigrationen größten Ausmaßes waren damit verbunden. War es die Rote Armee, die



Beide Abbildungen:
 »Nikt nie woła« –
 »Niemand ruft«. Fotos:
 Filmoteka Narodowa

Polen von der deutschen Besatzung befreite, so machten die Sowjets schnell deutlich, dass sie massiv auf die Nachkriegsentwicklung Einfluss nehmen wollten. Über die Ausgestaltung des neuen Staates gab es in der polnischen Gesellschaft stark konkurrierende Auffassungen. Viele Menschen befürchteten bereits 1945, dass die Sowjetunion eine demokratische Entwicklung verhindern wollte.

2015 nahmen zwei Ausstellungen jeweils den gesamten Zeitraum des Jahres 1945 in den Blick. Das Museum des Zweiten Weltkriegs in Gdańsk/Danzig veranstaltete eine Sonderausstellung mit dem Titel »'45 end of war in 45 artefacts« und griff damit eine im Moment beliebte Ausstellungsform auf.² In der Ausstellung wurden die verschiedenen Themenbereiche des Jahres angesprochen: die deutschen Kriegsverbrechen, das Kriegsende, das Schicksal der Deutschen nach dem Krieg, der Beginn der sowjetischen Vorherrschaft und der Beginn des Widerstands dagegen.

Im Deutschen Historischen Museum in Berlin wurde 2015 die Ausstellung »1945 – Niederlage, Befreiung, Neuanfang« gezeigt. Sie thematisierte das Kriegsende in zwölf Ländern Europas. Den Ausstellungsteil zur Entwicklung in Polen kuratierte Marcin Zaremba, der in einem begleitenden Aufsatz das gesamte Jahr 1945 abhandelte.³ So widmete er sich neben der Befreiung, den Folgen von Krieg und Besatzung und den Zwangsmigrationen auch den beginnenden Repressionen und dem »ungleichen Kampf um die Macht«.⁴ Zaremba gibt skizzenhaft einen ungemein plastischen Eindruck von der Situation des Jahres 1945. Leichen von Menschen und Tieren liegen in den Straßen und können erst nach und nach bestattet werden. In vielen Städten ist ein ganz besonderer Gestank allgegenwärtig, Ruinen-



landschaften sind weitverbreitet. Exhumierungen werden vorgenommen, Menschen suchen verzweifelt nach vermissten Familienangehörigen. Es kommt zu einer »fast vollständigen Desorganisation des gesellschaftlichen Lebens«.⁵

Für die Erstinformation zum Thema Kriegsende und unmittelbare Nachkriegszeit in Polen steht dem deutschsprachigen Leser seit 2010 der Band »Geschichte Polens im 20. Jahrhundert« zu Verfügung, in dem es ein längeres Kapitel mit der Überschrift »Die Übergangsperiode (1945–1948)« gibt.⁶ Das vielfältig und kontrovers diskutierte Buch von Jan T. Gross »Angst. Antisemitismus nach Auschwitz in Polen« (»Fear«, engl. 2006) publizierte der Suhrkamp-Verlag 2012 in deutscher Sprache.⁷ Im Januar 2016 erschien eine wichtige polnische Studie von Marcin Zaremba nun auch auf Deutsch: »Die große Angst. Polen 1944–1947. Leben im Ausnahmezustand«.⁸ In Polen sorgte diese umfangreiche Studie 2012 unter dem Titel »Wielka Trwoga. Polska 1944–1947. Ludowa reakcja na kryzys« für große Aufmerksamkeit.

Die Darstellung widmet sich auf einer breiten Quellenbasis und mit ungewöhnlichem methodischem Instrumentarium der Zeit des Kriegsendes und der unmittelbaren Nachkriegszeit in Polen. Zentral ist bei Zaremba der Begriff der Angst, vielmehr der »großen Angst«, wie die Formulierung im Titel lautet. Den Begriff »Angst« als eine der wichtigen Kategorien zur Beschreibung der emotionalen Verfasstheit weiter Teile der polnischen Bevölkerung in dieser Zeit zu benutzen, erscheint einleuchtend. Im Folgenden soll untersucht werden, inwieweit diese grundlegende Beobachtung Zarembas auch auf die beiden Filme von Andrzej Wajda und Kazimierz Kutz anwendbar ist. Es geht nicht darum, den Aussagewert bezüglich historischer Details und Abläufe zu beurteilen, sondern zu prüfen, ob die als zentral angenommene »Angststimmung« in den Filmen von Bedeutung ist.

»Asche und Diamant« (1958)

»Asche und Diamant« und »Niemand ruft« werden der »Polnischen Filmschule« zugeschrieben. Damit wird eine Richtung bezeichnet, die das polnische Kino zwischen Mitte der 1950er- und Mitte der 1960er-Jahre prägte. Inwiefern es sich tatsächlich um eine Schule handelt, steht heute zur Diskussion. Dennoch lassen sich Gemeinsamkeiten benennen⁹: Die Filmschaffenden sind zumeist in den 1920er-Jahren geboren, erhielten nach 1945 eine ähnliche, sehr intensive künstlerische Ausbildung und setzen sich in der Regel kritisch mit dem romantischen Erbe auseinander. Am wichtigsten sind aber vielleicht die thematischen Überschneidungen: Im Mittelpunkt vieler Filme steht die Auseinandersetzung mit Krieg und Besatzung.

»Asche und Diamant« ist nach »Generation« (1955) und »Kanal« (1957), dem viel beachteten Film über den Warschauer Aufstand, Wajdas dritter Spielfilm, der die sogenannte »Kriegstrilogie« abschließt.¹⁰ Als Vorlage nutzte Wajda den gleichnamigen Roman von Jerzy Andrzejewski (1948), den er gemeinsam mit dem Autor für das Drehbuch adaptierte. Die Unterschiede zum Roman sind offensichtlich: Die Handlung wird auf einen Tag, den 8. Mai 1945, verdichtet, einzelne Handlungsstränge werden völlig gestrichen, das Personal wird stark reduziert und die Person des Maciek herausgehoben.

Maciek und sein enger Vertrauter Andrzej, die einer antikommunistischen Untergrundeinheit angehören, erhalten den Auftrag, den neuen Bezirkssekretär Szczuka zu töten. Durch eine Verwechslung sterben jedoch zwei Arbeiter des nahen Zementwerkes. Maciek und Andrzej gelangen in das Städtchen Ostrowiec und treffen im



»Popiół i diament« –
»Asche und Diamant«.
Foto: Filmoteka
Narodowa

Hotel »Metropol«, in dem praktisch die gesamte Handlung des Films spielt, auf den Bezirkssekretär. Der militärische Vorgesetzte der beiden entscheidet, dass ein erneuter Versuch unternommen werden solle, Szczuka auszuschalten. Im Hotel selbst feiert ein Teil der Bevölkerung des Ortes das Ende des Krieges. Der neue Bürgermeister, der eine politische Karriere in Warschau vor Augen hat, lädt die neuen Honorationen der Stadt zum Bankett, u.a. Szczuka und den sowjetischen Ortskommandanten. Das Bankett endet im Chaos, das insbesondere der betrunkene Assistent des Bürgermeisters verursacht. Die Feier im Restaurant kulminiert in der Morgendämmerung in einer abstrusen Polonaise. Maciek, der an der Bar Krystyna trifft und mit ihr eine Beziehung eingeht, entscheidet sich schließlich, das Attentat auszuführen. Auf dem Weg zum Bahnhof gerät er eher zufällig an eine Patrouille, vor der er flieht. Ein Schuss trifft ihn, und er stirbt auf einer Müllhalde.

Wajdas Film ist vieles in einem: eine spannungsgeladene Geschichte um die Ausführung eines politischen Attentats, eine Liebesgeschichte zweier lebenshungriger junger Menschen, ein Gesellschaftsbild zum Zeitpunkt des unmittelbaren Kriegsendes mit symbolischen Anleihen insbesondere aus der Zeit der polnischen Romantik und nicht zuletzt ein Bruderkampf oder eher sogar eine Vater-Sohn-Auseinandersetzung um konkurrierende politische Auffassungen. Klaus Eder erkennt darüber hinaus ein »zählerisches Prinzip«: Wajda »ordnet Figuren und Situationen so an, dass sie ein Maximum an dramatischer und melodramatischer Wirkung, ein Maximum an ironischen Kontrasten, ein Maximum an tragischem Potential hergeben.«¹¹

Maciek, dessen Tötungsaktionen am Anfang und am Ende des Films stehen, nimmt das Publikum in unmittelbarer Weise für sich ein. Andrzej gegenüber äußert er nachdrücklich seine Zweifel und Bedenken, den bewaffneten Kampf fortzusetzen. Doch schließlich fügt er sich in das militärische Befehlssystem. Er bringt nicht die Kraft auf, einen Neuanfang zu wagen. Szczuka dagegen, müde, gealtert, scheint, entgegen seiner Beteuerungen, ebenfalls zu erschöpft für einen aktiven Neuanfang. Seine Frau

ist tot und die Schwägerin, die er besucht, mehr als abweisend. Zudem erreicht ihn die Nachricht, dass sein Sohn Mitglied einer antikommunistischen Untergrundeinheit ist, verhaftet wurde und im örtlichen Gefängnis verhört wird.

Maciek und Szczuka standen und stehen auf unterschiedlichen Seiten. In einer der bekanntesten Szenen des Films erinnern Maciek und Andrzej mit brennenden Wodkagläsern an ihre im Warschauer Aufstand umgekommenen Mitkämpfer. Szczuka lässt in einem Gespräch mit einem Vertrauten die Zeit des Spanischen Bürgerkriegs wiederaufleben. Zwei Mal treffen Maciek und Szczuka vor der nächtlichen Mordszene aufeinander, und es scheint eine unausgesprochene Verbundenheit zwischen ihnen zu bestehen. Maciek schießt Szczuka nieder, doch dieser stirbt in seinen Armen.

»Niemand ruft« (1960)

Kazimierz Kutz beginnt seine Arbeit als Regisseur mit dem Film »Tapferkeitskreuz« (1958/59). Der Episodenfilm ist mit »Niemand ruft« thematisch eng verbunden und vereinigt drei Geschichten: Ein Soldat kehrt zurück in die Heimat, trifft jedoch nur auf ein abgebranntes Dorf; zwei Soldaten bringen es nicht über das Herz, einen Hund der SS zu erschießen; die Witwe eines Offiziers flieht vor dem Leben im Schatten ihres Mannes. Kutz erzählt, psychologisch einfühlsam, bewegende Geschichten in realistischen Bildern. Sein zweiter Film »Niemand ruft« bedeutet in ästhetischer Hinsicht einen Bruch, wie er stärker nicht sein könnte.¹²

In der Eingangssequenz sitzt der Protagonist Bożek auf dem Dach eines Flüchtlingszuges, der in den Bahnhof einer kleinen Stadt in den sogenannten »Wiedergewonnenen Gebieten« einfährt. Durch einen inneren Monolog Bożeks erfahren wir seinen Hintergrund: »Ich habe nicht auf die Roten geschossen.« Bożek ist auf der Flucht. Mit dem gleichen Zug trifft in dem fiktiven Zielno Lucyna mit ihrer kleinen Schwester Alicja ein. Bożek bezieht ein kleines, verfallenes Haus am Rand der Stadt und meldet sich zur Arbeit auf dem Amt. Lucyna findet Unterkunft im Internat einer Pädagogischen Schule. Fast zwangsläufig treffen die beiden aufeinander, gehen auf den Markt und zu einem Wandertheater, essen Eis und besuchen das Kino. Bożek spricht jedoch nicht über seine Geschichte. Plötzlich trifft er zufällig auf Zygmunt, einen Menschen aus seiner Vergangenheit. Seine Getriebenheit verstärkt sich schlagartig. Obwohl er sich Lucyna offenbart, scheint ihre Beziehung keine Zukunft zu haben. Er zieht zu einer Arbeitskollegin, die ihm ein Zimmer überlässt. Die Situation spitzt sich zu, Lucyna fordert Bożek zur Flucht auf. Bożek verlässt die Stadt in eine ungewisse Zukunft.

Der ganze Film ist geprägt von einer radikalen Ästhetik. Eine stark rhythmisierte Musik unterlegt insbesondere die inneren Monologe Bożeks. Viele Szenen spielen sich in geschlossenen Räumen ab: in Bożeks kleinem Haus, im Flur des Internats oder auf dem Amt, in der Wohnung der Arbeitskollegin oder in einer Gaststätte. So bekommt der Film über weite Strecken den Charakter eines Kammerspiels. Das Filmpersonal ist überschaubar: Neben Bożek, Lucyna, ihrer Schwester, Zygmunt und der Arbeitskollegin gibt es noch Bożeks Vorgesetzte, Mutter und Sohn der Arbeitskollegin und einen Flüchtling aus dem polnischen Osten, der davon spricht, Bürgermeister werden zu wollen.

Viele Szenen des Films wirken wie Versuchsanordnungen: Lucyna und Bożek stehen und laufen minutenlang vor bröckelnden Häuserwänden, rauen Fassaden, die dem Blick des Zuschauers keine Ablenkung gestatten und die Konzentration auf die Protagonisten richten. Lucyna und Bożek sitzen im Restaurant nicht gegenüber, sondern,

nebeneinander, wie aufgereiht in einer symmetrischen Komposition. Lucyna und Bożek sitzen in Bożeks Haus an einem Tisch und strecken ihre Beine unter die Platte, doch wirken sie wie gefangen, da die Tischbeine kurz über dem Fußboden durch Längsverstrebungen verbunden sind.

Die »große Angst« und die Angst des Einzelnen

Die thematische Ausgangslage beider Filme ist verblüffend ähnlich. Zwei junge Männer werden während ihrer Tätigkeit im antikommunistischen Untergrund mit der Aufforderung zur Tötung politischer Gegner konfrontiert. Maciek führt den ersten Auftrag ohne Zögern aus, in wenigen Stunden aber verliert er den Glauben an die Sinnhaftigkeit des bewaffneten Kampfes. Bożek verweigert sich und flieht. Diese Grundsituation wirkt keineswegs konstruiert, da bewaffnete Aktionen von Gruppen gegen die von der Sowjetunion eingeführte neue Ordnung bis 1947 andauerten.¹³ Zur Zeit der Entstehung der Filme Ende der 1950er-Jahre in der Volksrepublik Polen war zur Beschreibung der unmittelbaren Nachkriegszeit nur die Darstellung solcher Aktionen vorstellbar; stalinistische Gewalt blieb ausgespart.

Im Film »Asche und Diamant« gewinnt die Zeit des Kriegsendes in vielfältiger Form Gestalt. Die Menschen der Stadt schauen auf dem Marktplatz eine Militärwochenschau, in der vom Ende des Krieges berichtet wird. Fast alle sind damit beschäftigt, ihren Platz in der sich dramatisch verändernden Gegenwart zu finden. Einheiten sowjetischer Soldaten ziehen wiederholt durch den Ort. In »Niemand ruft« tritt die Thematik der Westverschiebung Polens hinzu. In dem Film gibt es verschiedene Hinweise, dass noch vor Kurzem Deutsche in dem Ort lebten. Eine Ladeninschrift wird überstrichen und Lucyna findet deutsche Bücher in dem Haus, das Bożek bezogen hat.

Doch die Gestaltung beider Filme ist höchst unterschiedlich. Andrzej Gwóźdź nennt »Niemand ruft« einen »Anti-Wajda-Film«. ¹⁴ Werden in »Asche und Diamant« politische Positionen vertreten, erreicht das Pathos vieler Äußerungen besondere Höhen und fällt ein ausgeprägter Einsatz von Symbolen ins Auge, so findet sich in Kutz' Film nichts von alledem. Dieser Film ist eine Studie der emotionalen Situation seiner beiden Protagonisten. Lucyna ist in der Lage, ihre Emotionen in Worte zu fassen, auch wenn sie in getragener Weise artikuliert werden. Bożeks direkte Äußerungen wirken oft nur wie Ausflüchte, hektische Planungen für ein zukünftiges Leben, die fast zeitgleich wieder relativiert werden. Sein innerer Monolog verdeutlicht seine tatsächliche Verfasstheit.

In beiden Filmen gibt es Szenen, die der durchaus aufkeimenden Hoffnung, es könne doch eine Chance für einen Neubeginn geben, Einhalt gebieten. Maciek und Krystyna flüchten in eine Kirchenruine, als es zu regnen beginnt. Maciek gesteht Krystyna seine Liebe und äußert seinen tiefen Wunsch nach einem »normalen« Leben. Doch plötzlich sieht er die aufgebahrten Erschossenen, und die Vergangenheit ist genauso präsent wie zuvor. Ein Schrei zerstört die Stille. Auch in »Niemand ruft« suchen die beiden Protagonisten Schutz vor dem Regen. Sie haben Bożeks Mantel über ihre Köpfe gezogen, sodass er einen Passanten nicht bemerkt und mit ihm zusammenstößt. Es ist Zygmunt, der ihn umgehend aus der Verbundenheit mit Lucyna herausreißt. Lucyna gelingt es nicht einmal, Bożek aus dem Regen in den Schutz des Hauses zu ziehen.

Maciek in »Asche und Diamant« überspielt seine Unsicherheit. Sein wichtigstes Accessoire, die dunkle Sonnenbrille, unterstützt seinen lässigen Gestus. Doch ist die Brille auch eine späte Folge der Dunkelheit in den Warschauer Kanälen während des

Aufstands, die ihm fortan das Sonnenlicht zu grell erscheinen lässt. Maciek ermordet Szczuka, doch ist er keinesfalls überzeugt von seinem Tun. Hektisch wäscht er sich das Blut ab. Unaufmerksam hetzt er zum Bahnhof – und läuft einer Patrouille direkt in die Arme. Er wirkt wie ein von der Angst Getriebener.

Wird bei Maciek die Angst erst spät zur wichtigsten Gefühlslage, ist sie bei Bożek von Anfang an unübersehbar. Andrzej Gwóźdź bezeichnet den ganzen Film als »ein Studium der Angst«.¹⁵ Die Entstehungszeit der Filme ist die Zeit der Entstalinisierung nach dem »polnischen Oktober« 1956, die sich für weite Teile der Bevölkerung mit der Hoffnung auf eine Öffnung der Gesellschaft verband. Ein etwas differenzierterer Blick auf die Zeit des Kriegsendes und der unmittelbaren Nachkriegszeit war nun möglich. Von einem Panorama, das die weitgehende Desorganisation und Zerrüttung der Gesellschaft, die Zeit der »großen Angst« darstellt, wie es in »Róza« von Wojciech Smarzowski aufscheint, konnte (noch) keine Rede sein. Doch insbesondere in »Niemand ruft« wirkt das Agieren des Hauptdarstellers wie eine Kristallisation der grundlegenden Angst und Verunsicherung in weiten Teilen der Bevölkerung in einer einzelnen Person.

Ulrich Tempel, erstes Staatsexamen Geschichte und Deutsch und Diplom-Archivar (FH), ist Archivar der Stiftung Topographie des Terrors. Seit 2009 organisierte er mehrere Filmreihen mit dem Polnischen Institut Berlin.

Der Autor des Aufsatzes dankt Kornet Miglus und dem Polnischen Institut für langjährige inspirierende Zusammenarbeit.

1 Kontakt: <http://berlin.polnischekultur.de/> (12. 2. 2016)

2 www.muzeum1939.pl/en/end_of_war

3 Zaremba, Marcin: Polen – Trümmer und Trauma, in: 1945 Niederlage Befreiung Neuanfang. Zwölf Länder Europas nach dem Zweiten Weltkrieg, Darmstadt 2015, S. 62–69.

4 Ebd., S. 66.

5 Ebd., S. 64.

6 Borodziej, Włodzimierz: Geschichte Polens im 20. Jahrhundert, München 2010, S. 253–278.

7 Gross, Jan T.: Angst. Antisemitismus nach Auschwitz in Polen, Frankfurt/M. 2012.

8 Zaremba, Marcin: Die große Angst. Polen 1944–1947. Leben im Ausnahmezustand, Paderborn 2016.

9 Vgl.: Jockheck, Lars: Neue Freiheiten, neue Zwänge [Einführung], in: Konrad Klejsa u.a. (Hg.): Der Polnische Film. Von seinen Anfängen bis zur Gegenwart, Marburg 2013, S. 124–145, hier: S. 132–137

10 Zu »Asche und Diamant« vgl.: Eder, Klaus u.a.: Andrzej Wajda, München 1980, S. 111–120; Meyer, Stefan; Thalheim, Robert: Asche oder Diamant? Polnische Geschichte in den Filmen Andrzej Wajdas, Berlin 2000, S. 48–57; Barck, Joanna: 1958. Asche und Diamant, in: Kampkötter, Christian u.a. (Hg.): Klassiker des polnischen Films, Marburg 2015, S. 45–54; Coates, Paul: The Red & The White. The Cinema of People's Poland, London 2005, S. 16–47; Falkowska, Janina: Andrzej Wajda. History, Politics and Nostalgia in Polish Cinema, New York 2007, S. 53–64.

11 Eder 1980, S. 119.

12 Saryusz-Wolska, Magdalena: Kazimierz Kutz' Variationen zu Niederschlesien. Vier Ebenen von Film und Geschichte in »Niemand ruft« (1960), in: Historie. Jahrbuch des Zentrums für Historische Forschung, Folge 5, 2011/12, S. 203–224; Gwóźdź, Andrzej: Ästhetische Entwürfe. Über eine neue Welle, die es vielleicht nie gab, in: Konrad Klejsa u.a. (Hg.): Der Polnische Film. Von seinen Anfängen bis zur Gegenwart, Marburg 2013, S. 146–167, hier: S. 156–161.

13 Zaremba 2015, S. 66.

14 Gwóźdź 2013, S. 157.

15 Ebd., S. 158.

Erinnerungskultur und Vergangenheitspolitik

DIE FOLGEN DER NS-HERRSCHAFT UND DER GESELLSCHAFTLICHE WANDEL IM UMGANG MIT DEN NS-VERBRECHEN.
TAGUNGSBERICHT

Juliane Hummel

Bereits seit 1993 bietet die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten (bzw. das vormalige Referat »Gedenkstätten« der 2004 aufgelösten niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung) eine jährliche Tagung für die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitenden von Gedenkstätten, Vereinen und Initiativen an, die sich mit der niedersächsischen NS-Regionalgeschichte und ihren Folgen beschäftigen. Diese dreitägigen Veranstaltungen dienen der Fortbildung, dem Austausch und der Vernetzung. 2015 bot der 70. Jahrestag des Kriegsendes und der Befreiung einen Anlass, die langfristigen Folgen der NS-Herrschaft unter verschiedenen Aspekten zu diskutieren, die Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag und ihre mediale und politische Begleitung kritisch zu betrachten sowie die Herausforderungen und Perspektiven für die Erinnerungskultur und die eigene Arbeit zu erörtern. Rund 80 Teilnehmende waren der Einladung zu der von Silke Petry, Arnold Jürgens und Rolf Keller konzipierten und organisierten Tagung gefolgt, die vom 9. bis 11. Oktober in Hannover stattfand.

Das erste Panel der Tagung rückte die universitäre Perspektive in den Fokus. Norbert Frei (Jena) formulierte eine erste Standortbestimmung der Erinnerungskultur 70 Jahre nach Kriegsende und zog eine vorläufige Bilanz des Gedenkjahrs 2015. Nach seiner Beobachtung habe das »Epochenjahr 1945« nur eine kurzzeitige punktuelle Konjunktur in Medien und Öffentlichkeit erfahren. Seine Analyse fragte nach den Akteuren und den Inhalten des Erinnerns, nachdem die Autorität der Überlebenden kaum mehr vorhanden sei. In einem Exkurs blickte er zunächst auf die staatspolitische Gedenkpraxis anhand der Reden der Bundespräsidenten seit Beginn der 1970er-Jahre zurück. Hier haben sich Gedenkmuster entwickelt, die auch 2015 nicht aufgekündigt wurden. Nach der Weizsäcker-Rede von 1985 hätten keine großen politischen Auseinandersetzungen über die Deutung des Kriegsendes (Befreiung oder Niederlage?) mehr stattgefunden. Wie an den 8. Mai 1945 aus transnationaler Perspektive erinnert wird, verdeutlichte Frei unter anderem anhand der Ausstellung »1945 – Niederlage. Befreiung. Neuanfang. Zwölf Länder Europas nach dem Zweiten Weltkrieg« des Deutschen Historischen Museum Berlin. Die Schau vermeide eine klare historische Positionierung und eine Stellungnahme, verdeutliche den Trend hin zur »histoire croisée« und zum »historischen Allerlei«. Frei fragte sich, inwieweit eine solche Perspektive erhellend ist oder ob ein solchermaßen urteilsloser Blick und der Verzicht auf eine historiografische Einordnung nicht auch ein Verlust sei und die historischen Details verschwimmen lässt. Auf der Habenseite des »unaufgeregten Nacharbeitens« stünde aber auch die Auseinandersetzung mit neuen Themen, wie zum Beispiel sexuelle Gewalt und »Besatzungskinder«. In einem weiteren Punkt ging Frei auf die Debatte der Vermittlung des Nationalsozialismus angesichts des Verschwindens der Generation der Zeitzeugen ein. Das schwindende Interesse am Gegenstand könnte als Rekurs auf die zu starke Fixierung auf die Zeitzeugen interpretiert werden. Es habe zudem den Anschein, dass die Vorstellung einer kollektiven Verantwortung heute als Anachronismus gelte. Im Mittelpunkt

stünde vielmehr ein »empathisches Erinnern« statt der Vermittlung eines kritischen Geschichtsbewusstseins. Der Geschichtsunterricht würde auf »erinnern lernen« zulasten der Vermittlung von historischem Wissen verkürzt; Geschichte ließe sich jedoch nicht auf Erinnerung reduzieren. Frei kritisierte in diesem Zusammenhang die Indifferenz und Gedankenlosigkeit der Politik und die eingeübte Gedenkrhetorik der Politiker und empfahl mehr Verbindlichkeit und Differenzierung bei der Betrachtung und Bewertung der NS-Geschichte.

Mit »Konjunkturen der »Wiedergutmachung« seit 1945« setzte sich Constantin Goschler (Bochum) auseinander und formulierte drei Thesen: Die Geschichte der »Wiedergutmachung« reflektiere zum einen unterschiedliche Artikulationschancen von Opfergruppen, zum anderen die Veränderung in der Bewertung von »normaler« Gewalt im Krieg und exzessiver Gewalt der NS-Verbrechen, zum Dritten die Veränderung im Umgang mit den Verbrechen der Vergangenheit. Zwischen 1945 und 1965 – während der Phasen der Wiedergutmachung unter alliierter Kontrolle bzw. der Westintegration – stand die Wiedergutmachung von »Unrecht« im Vordergrund. Der Fokus lag auf Verfolgten aus dem Deutschen Reich und deutschen Flüchtlingen. Ab 1968 sei ein Einschnitt zu vermerken, in dem bürgerschaftliches Engagement die Wiedergutmachung von »erlittenem Leid« und von »vergessenen Opfern« ins Zentrum rückte und die bisherige Praxis kritisierte. Mit der Wiedervereinigung Anfang der 1990er-Jahre, dem Verhandlungsabschluss über den 10-Milliarden-Entschädigungsfonds vor allem für zivile Zwangsarbeiter aus Osteuropa und der Einrichtung der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« sei die frühere Logik schließlich aufgehoben worden, indem »finanzielle Schadensersatzleistung« zugunsten einer »Anerkennungsleistung für erlittenes Leid« verhandelt wurde. »Leid« sei aber aus juristischer Sicht nicht messbar. In Anbetracht der zunehmend karitativen Betätigungsfelder der EVZ fragte Goschler ausblickend, ob mit dem Ende der Erlebnisgeneration auch das Ende der Entschädigungen gekommen sei oder ob die Auseinandersetzungen darum – vergleichbar mit der Debatte um die Restitution von Kunstwerken – weiter andauern werden. Die Frage, ob die bundesrepublikanische Geschichte der Wiedergutmachung eine Erfolgs- oder eher eine Skandalgeschichte sei, sei nicht eindeutig zu beantworten.

Christoph Rass (Osnabrück) als »Akteur auf Mikroebene« stellte anhand zweier Beispiele Formen kritischer Auseinandersetzung mit Vergangenheit und Geschichtspolitik heraus. Zunächst schilderte er anhand des Falls des Wehrmachtsgenerals und späteren Beraters Konrad Adenauers Gerhard von Schwerin, der als »Retter von Aachen« galt, wie in der Nachkriegszeit lokale Eliten und Veteranennetzwerke juristische Aufarbeitungen torpedierten. Erst in den 1980er-Jahren zerfiel das Kartell der Verbündeten. Das Beispiel mache auch deutlich, wie Geschichtskultur durch Assemblagen, Cluster und Akteure erzeugt wird. In einem zweiten Beispiel stellte Rass seine Ergebnisse des 2011 in Auftrag gegebenen Gutachtens zum Personal des Bundesnachrichtendienstes vor. Die von ihm durchgeführte quantitative Sozialprofilanalyse von 3000 Lebensläufen wies einen hohen Anteil an ehemaligem Wehrmachts- und SS-Personal auf. Abschließend bemerkte Rass, wie sehr Geschichtsbilder von gesellschaftlichem Wandel geprägt und Phasenverläufe in den Aushandlungsprozessen sichtbar seien. Deutungen und Narrative müssten ständig neu verhandelt werden.

Mit dem Referat »NS-Geschichte und Erinnerungsorte. Aktuelle wissenschaftliche Diskurse und Forschungstrends« setzte Detlef Schmiechen-Ackermann (Hannover) am



Constantin Goschler über »Konjunkturen der »Wiedergutmachung« seit 1945». Alle Fotos: Christian Wolpers, Stiftung niedersächsische Gedenkstätten

zweiten Tag der Veranstaltung den Themenblock der universitären Sichtweisen fort. Er betonte die Notwendigkeit einer Perspektiverweiterung des aktuellen Gedenkstättendiskurses auf die »Volksgemeinschaft«. Erst der analytische Blick auf das breit gefächerte Verhaltensspektrum in der Gesellschaft und die Integrationskraft des NS-Regimes sowie das Verhältnis zwischen Individuum und Gemeinschaft erlaube differenziertere Erkenntnisse über das Funktionieren der NS-Ausgrenzungspolitik. Anschließend stellte Schmiechen-Ackermann zwei aus seiner Sicht gelungene Beispiele der musealen Umsetzung dieses Ansatzes vor: die im Mai 2015 eröffnete Ausstellung »Gelsenkirchen im Nationalsozialismus«, die u.a. die Frage nach der Bereitschaft zum Mitleid bis hin zur Beteiligung an Verbrechen thematisiert, und die 2013 eröffnete Gedenkstätte Les Milles bei Aix-en-Provence, die den Schwerpunkt auf politisches Lernen legt und auch das Thema Kollaboration behandelt.

Der zweite Themenblock der Tagung stand unter dem Thema »justizielle Aufarbeitung der NS-Verbrechen«. Die Debatte um die Kriegsverbrecher Anfang der 1950er-Jahre, die stark von einer anti-alliierten öffentlichen Meinung geprägt war (»Siegerjustiz«), schilderte Ernst Würzburger (Höxter) am Beispiel des SS-Hauptsturmführers Hans Schmidt. Dieser wurde im Dachauer Prozess 1947 aufgrund seiner Tätigkeit im KZ Buchenwald zum Tod verurteilt, 1951 in Landsberg als letzter Kriegsverbrecher hingerichtet und in seinem Heimatort Höxter bestattet. Während seiner Haftzeit reichten verschiedene Eliten, Interessengruppen, politischer Akteure und Privatpersonen mehrere Gnadengesuche ein, die vor allem durch Ressentiments gegenüber der »Siegerjustiz« motiviert waren. Schmidts Beerdigung, zu der über 5000 Personen aus ganz Deutschland anreisten, wurde von der rechtsextremen Sozialistischen Reichspartei als Forum genutzt, was schließlich eine Debatte im Bundestag auslöste.

Einen Überblick über die strafrechtliche Verfolgung von NS-Verbrechen durch deutsche Gerichte in Westdeutschland seit 1945 gab Edith Raim (Augsburg). Zunächst schilderte sie die Ausgangsbedingungen in den Jahren 1945 bis 1950, als sich der Wille der Alliierten zu einem Wiederaufbau des Justizapparats unter personellem Ausschluss

früherer NSDAP-Mitglieder als illusorisch erwies. Als Rechtsgrundlage dienten das bereinigte Strafgesetzbuch und das Kontrollratsgesetz Nr. 10, welches allerdings in der amerikanischen Zone keine Anwendung fand. Insgesamt fanden rund 51 000 Verfahren deutscher Gerichte statt, 90% der Urteile fielen bis 1955, wobei 1948 der quantitative Höhepunkt erreicht war. Insgesamt waren 14 000 Personen angeklagt, 6000 wurden verurteilt, davon 1000 wegen Tötungsdelikten. Ein Vergleich zwischen Ost und West zeige, dass in den westlichen Zonen hauptsächlich wegen Vergehen im Zuge der »Reichskristallnacht« ermittelt, in der Ostzone hingegen vor allem Verbrechen an politischen Gegnern verfolgt wurden. Die Qualität der Verfahren war sehr uneinheitlich. Eine systematische Ermittlung von NS-Verbrechenskomplexen setzte erst 1958 mit der Einrichtung der Zentralen Stelle in Ludwigsburg ein.

Die nächsten beiden Referate zeigten auf beeindruckende Weise, wie die lokale NS-Vergangenheit auch 70 Jahre nach Kriegsende stellenweise ignoriert bzw. tabuisiert wird. Anhand der Biografie des Hamelners Otto Müller-Haccius zeigte Bernhard Gelderblom (Hamel) die steile Nachkriegskarriere eines hohen NS-Funktionärs auf, der weder strafrechtlich verfolgt noch zu Lebzeiten mit seinen Taten konfrontiert wurde. Müller-Haccius, 1933–39 stellvertretender Leiter des »preußischen Provinzialverbands«, ab 1939 Regierungspräsident in Graz und stellvertretender Gauleiter und SS-Oberführer, 1944/45 Regierungspräsident des Bezirks Ost-Oberschlesien und zwischenzeitlich auch mit der Germanisierungspolitik in Slowenien befasst, wurde 1948 durch Einstufung als »Mitläufer« entnazifiziert. Im selben Jahr wird er Syndicus der »Arbeitsgemeinschaft der Unternehmer für Industrie, Handel und Gewerbe im mittleren Wesergebiet (AdU) e.V.«, tritt 1953 der CDU bei, gehört dem Rat der Stadt Hameln an, ist Gründungsmitglied des dortigen Rotary Clubs und wird ab 1963 für sechs Jahre in den niedersächsischen Landtag gewählt. Bis heute ist eine kommunal-öffentliche Reflexion des Falles ausgeblieben.

Der fehlende Wille zur Auseinandersetzung mit der NS-Zeit und zu einer eindeutigen Positionierung auch 70 Jahre nach Kriegsende konstatierte auch Jens Binner (Peine) für die Stadt Peine, die exemplarisch für viele kleinere Städte und Gemeinden stünde. Dies wird zum Beispiel bestätigt durch den Umgang mit Straßennamen sowie der öffentlichen Haltung gegenüber NS-zeitlichen kommunalen Amtsträgern, wie dem Bürgermeister Wiard Bronleewe, und Eliten aus der Wirtschaft, wie dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Ilseder Hütte Ewald Hecker. Auch in Ortschroniken werde die Zeit des Nationalsozialismus häufig ausgespart oder verharmlost. Deutlich werde, dass Geschichte als Steinbruch dient, um ein vorher festgelegtes Bild zu unterlegen. Der Nationalsozialismus werde als »historische Verirrung« wahrgenommen, die irgendwo, aber nicht in der Heimat, ihre Wurzeln hatte.

Ein weiterer Programmteil widmete sich anhand von zwei Beispielen künstlerischen Formen der Erinnerungskultur. Beate Meyer (Hamburg) berichtete über das Projekt »Stolpersteine« des Kölner Künstlers Gunter Demnig in Hamburg. Dort sei das dezentrale Projekt inzwischen gut durchorganisiert und die hohe Resonanz spiegelt das große bürgerschaftliche Engagement. Inzwischen sind rund 5000 Steine verlegt. Hamburg habe die Chance ergriffen, ein weiteres großes Projekt zur Erstellung von Biografien anzuschließen, an das auch Vorträge, Rundgänge etc. angebunden sind. Konflikte bestünden hauptsächlich mit dem Künstler, der sich ein »Bestimmungsrecht« unter anderem hinsichtlich der zu dokumentierenden Opfergruppen und in Bezug auf die Verwendung von historiografischen Vokabeln vorbehält. Aus dem Kreis der Tagungs-

teilnehmenden wurden weitere Konfliktfälle zwischen Verwaltung, engagierten Bürgern, Gedenkstätten und dem Künstler benannt.

Anschließend folgte eine Exkursion zum Gesamtkunstwerk »Rosebusch Verlassenschaften« des Künstlerpaars Hans-Jürgen und Almut Breuste, die sich in ihrem Schaffen intensiv mit der NS-Zeit auseinandergesetzt haben. Seit 1997 tragen sie in der Turbinenhalle eines ehemaligen E-Werks in Hannover-Ahlem Tonnen an Kunstmaterial zusammen. Weitere ihrer Kunstwerke finden sich an vielen Orten im öffentlichen Raum, z.B. in Hannover und Bergen-Belsen.

Danach stand die Entwicklung der Gedenkstätten und -arbeit in Niedersachsen im Mittelpunkt des Programms. Andreas Ehresmann (Sandbostel) stellte zunächst anhand der Geschichte der Gedenkstätte Lager Sandbostel im Spiegel der Zeitgeschichte dar, wie sich ab den 1950er-Jahren die lokale Topografie der Erinnerung zunächst auf den Lagerfriedhof fokussierte. Der Ort des Lagers selbst wurde umgenutzt und rückte erst in den 1970/80er-Jahren durch bürgerschaftlich Engagierte in den Blick. Trotz eines steinigen Weges entgegen konservativen Stimmungen im lokalen Umfeld konnte dort 2014 die Gedenkstätte eröffnet werden. Inzwischen gebe es allgemeinen gesellschaftlichen Konsens, und die Gedenkstätte werde auch in der Region akzeptiert. Allerdings gebe es immer wieder Probleme, die viel Disziplin und Diplomatie erfordern, beispielsweise bei den anhaltenden Diskussionen um eine Erweiterung des Areals durch Ankauf weiterer Baracken.

Elke Zacharias (Salzgitter) berichtete von der Entwicklung der Veranstaltungen zum Jahrestag der Befreiung im Salzgittergebiet. Zunächst war auch dort der Friedhof Jammertal Schauplatz der Gedenkveranstaltungen, bis in den 1980er-Jahren Ehrenamtliche sowie der Betriebsrat der Salzgitter AG trotz Widerstand der Konzernleitung Gedenkstunden auf dem früheren Appellplatz des KZ Drütte durchführten. Seit 2010 stehen bei diesen Veranstaltungen thematische Aspekte im Mittelpunkt, vorbereitet und durchgeführt von Auszubildenden der Salzgitter AG. Dadurch habe sich nicht nur das durchschnittliche Alter der Teilnehmer verjüngt, sondern es entstehen auch starke Bindungen der Akteure an den Ort, womit eine nachhaltige Wirkung über den Tag und das Gedenkritual hinaus erzielt werde.

Anschließend umriss Jens-Christian Wagner (Celle) Perspektiven für die Gedenkstättenarbeit und Erinnerungskultur in den kommenden Jahren. Zunächst stellte er die Entwicklung der Rezeption des NS und der Gedenkstätten seit 1945 in der BRD und der DDR dar. Mit der inzwischen zum Teil erfolgten Institutionalisierung der Gedenkstättenarbeit durch den Bund und der dadurch finanziell möglichen Professionalisierung, die auch die Phase des ehrenamtlichen Engagements teilweise ablöse, stellte er die Frage, ob die Geschichte der Gedenkstätten eine Erfolgsgeschichte sei. Durchaus mache sich auch Unbehagen breit: Wagner kritisierte unter anderem mangelnde Konzepte in der didaktischen Vermittlung und Standortbestimmung (»Shoah Education« und Menschenrechtserziehung), ritualisierte Gedenkformen und staatliche Selbstinszenierung bei Gedenkfeiern, die Tendenz zur Fokussierung des Erinnerens und Lernens auf die jüdischen Opfer, einen problematischen Opferbegriff und den fehlenden Blick auf die Täter sowie die Reduzierung auf das dokumentarische Prinzip in Ausstellungen. Künftig müsse als Bildungsziel das Erlangen eines kritisch-historischen Urteilsvermögens durch forschendes Lernen mehr im Vordergrund stehen und durch die Herstellung von Aktualitätsbezügen Handlungsorientierung gegeben werden. Dazu sei es notwendig,

sich mit der Gesamtgesellschaft des NS auseinanderzusetzen und seine Gesellschaftsgeschichte sowie die Bandbreite der Verfolgung exemplarisch und polylokal zu rekonstruieren. In Niedersachsen seien aufgrund des breiten Spektrums exemplarischer Orte die Voraussetzungen dafür gut.

Den Abschluss der Tagung bildeten Kurzberichte niedersächsischer Geschichtsinitiativen über aktuelle Vorhaben. Paul Stern (VVN-BdA Celle) informierte über das Projekt »Todesmarsch Hustedt«, Matthias Baselowski (AK »Ein Mahnmal für das Frauen-KZ in Limmer«) sowie Axel Eichberg (AK »Bürger gestalten ein Mahnmal«, Hannover) stellten Pläne zur Neugestaltung der früheren Standorte der hannoverschen KZ-Außenlager Limmer und Ahlem vor, Thomas Muntschick (Radio Tonkuhle Hildesheim) informierte über das multimediale Projekt »Trug und Schein: Ein Briefwechsel«, und Andreas Spengler (Wunstorf) berichtete über den aktuellen Stand und Perspektiven der Bemühungen um den Erhalt des Gesamtkunstwerks »Zelle Julius Klingebiel« im Festen Haus des Asklepios Fachklinikums Göttingen. Trotz des sehr dichten Programms fand die Tagung bei den Teilnehmenden und Referierenden ein positives Echo. Die Diskussionen im Anschluss an die Referate waren durchweg sehr lebhaft. Durch die gut durchdachte Mischung des Tagungsprogramms, den Wechsel zwischen Mikro- und Makroebene sowie Theorie und Praxis, konnten vielfältige Impulse gesetzt werden.¹

Tagungsübersicht

Norbert Frei (Jena): Kriegsende und Geschichtsbewusstsein – Erinnerung, Wissen und Gedenken siebenzig Jahre danach

Constantin Goshler (Bochum): Konjunktur der »Wiedergutmachung« seit 1945

Christoph Rass (Osnabrück): Aushandlungen. Modi kritischer Auseinandersetzung mit Vergangenheit und Geschichtspolitik

Ernst Würzburger (Höxter): Alliierte Kriegsverbrecherprozesse und Reaktionen der deutschen Nachkriegsgesellschaft am Beispiel des SS-Hauptsturmführer Hans Schmidt

Edith Reim (Augsburg): Die justizielle Ahndung von NS-Verbrechen in Westdeutschland von 1945 bis heute

Bernhard Gelderblom (Hameln): Die zwei Leben des Dr. Otto Müller-Haccius: SS-Oberführer und Regierungspräsident bis 1945 – MdL ab 1949

Jens Binner (Peine): Täterloses Erinnern – die Schizophrenie lokaler Gedenkkultur am Beispiel der Stadt Peine

Detlef Schmiechen-Ackermann (Hannover): NS-Geschichte und Erinnerungsorte: Aktuelle wissenschaftliche Diskurse und Forschungstrends

Beate Meyer (Hamburg): Stolpersteine: Entstehung, Entwicklung, Chancen und Konfliktpotentiale eines Kunstprojektes mit Partizipationscharakter

Exkursion: Almut Breuste (Hannover): Gesamtkunstwerk Rosebusch-Verlassenschaften (Hannover)

Andreas Ehresmann (Sandbostel): Vom Gewerbegebiet zur Gedenkstätte – Entstehung, Gegenwart und Zukunft einer Erinnerungskultur in Sandbostel

Elke Zacharias (Salzgitter): »Zwischen Traditionen und modernen Formen des Gedenkens« – Eine kritische Betrachtung der Gratwanderung zwischen Erwartungen und Unerwartetem

Jens Christian Wagner (Celle): Die Zukunft der historischen Orte und der Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen

Berichte und Informationen aus Niedersachsen

Tagungskonzeption und Organisation: Silke Petry, Arnold Jürgens, Dr. Rolf Keller (Stiftung niedersächsische Gedenkstätten Celle, Abteilung »Gedenkstättenförderung«)

Juliane Hummel M.A. ist wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, Celle

1 Herzlichen Dank an Rolf Keller für die Durchsicht des Manuskripts.

Das Staatskrankenhaus der Polizei im Nationalsozialismus

EINE FORSCHUNGSLÜCKE. WERKSTATTBERICHT

Christoph Gollasch und Yves Müller

Als am späten Abend des 21. Juni 1933 eine Gruppe SA-Männer in der im Berliner Bezirk Köpenick gelegenen Alten Dahlwitzer Straße in das Haus mit der Nummer 2 eindrang, um den sozialdemokratischen Gewerkschafter Johann Schmaus und seine beiden Söhne Hans und Anton festzunehmen, schoss Anton in Notwehr drei SA-Männer nieder und flüchtete. Zwar stellte sich Anton Schmaus wenig später der Polizei, woraufhin ihn zwei Beamte in das Polizeipräsidium am Alexanderplatz einliefern sollten, doch gestaltete sich der Transport schwierig. Dutzende SA-Angehörige versuchten, das Fahrzeug mit dem mutmaßlichen Delinquenten aufzuhalten beziehungsweise dessen Herausgabe zu erwirken. Im Präsidium wurde er wiederum von SA-Männern umringt und schließlich durch einen Schuss niedergestreckt. Im Staatskrankenhaus der Polizei überlebte Anton Schmaus noch einige Monate, bis er dort von SS-Männern wiederum so schwer misshandelt wurde, dass er am 16. Januar 1934 starb.¹

Anton Schmaus ist lediglich eines von mehreren Todesopfern des »frühen« Terrors 1933/34, die in das Staatskrankenhaus der Polizei mitten im Zentrum der Reichshauptstadt eingeliefert wurden und dort verstarben. Ein eintägiger Workshop hat sich nun diesem Forschungsdesiderat gewidmet. Historikerinnen und Historiker – unter ihnen ausgewiesene Expertinnen und Experten für die Geschichte der Medizin, der Polizei und der Verfolgung politischer Gegner und Gegnerinnen im Nationalsozialismus – entwickelten am 2. November 2015 in den Räumen des Dokumentationszentrums Topographie des Terrors erste und keineswegs abschließende Forschungsfragen. Eingeladen hatten das Institut für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin an der Universitätsklinik der RWTH Aachen und das Historische Seminar der Universität Hamburg.

Sowohl die NS- als auch die Polizei-Forschung haben die Einbindung des Polizeikrankenhauses in den NS-Machtapparat und seine Rolle bei der Verfolgung sogenannter Schutzhäftlinge bislang weitgehend unbeachtet gelassen. Folglich bot das erste von Anke Hoffstadt, bis 2015 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Universitätsklinikum Düsseldorf, moderierte Panel Gelegenheit, den bisherigen Forschungsstand zu erörtern. Yves Müller berichtete über die wechselhafte Geschichte des Standortes – 1853 als Königliches Garnisonslazarett begründet, übernahm nach dem Ersten Weltkrieg die preußische Schutzpolizei, ab 1949 die neu gebildete Volkspolizei und schließlich seit 1990 die Bundeswehr den Komplex in der Scharnhorststraße² – und erläuterte anhand ausgewählter Beispiele die medizinische Versorgung meist durch die nationalsozialistische Sturmabteilung (SA) Misshandelter.

Christoph Gollasch klärte über den bis dato nicht systematisch untersuchten, aber überaus wertvollen Bestand der Krankenblätter im Bundesarchiv auf. Nach ersten konservativen Schätzungen lassen sich allein über diese Unterlagen etwa 1000 Namen von zwischen 1933 und 1945 in das Krankenhaus eingelieferten sogenannten Schutzhäftlingen (u.a. Häftlinge aus den Konzentrationslagern Columbiahaus, Sonnenburg und Oranienburg/Sachsenhausen) und Polizei-Gefangenen auflisten.³ Insbesondere im Zeitraum des »frühen« Terrors scheinen Oppositionelle, die von den Nationalsozialisten

Nr. 1600 *Köhler*

Familienname: Schumann

Vorname: Oswald

Dienstgrad: Schutzh. ~~Wachmann~~

Tag: 11. 12. 65

Geburts- Ort: Borzenzine

Kreis: "

Provinz: "

Dienststelle: Eingel. Pol. Präs.

Krankenblattausgabe: _____

Quittung: _____

Vordruck Nr. 30.

Nr. 2408 **Krankenblatt**

Familienname: Schuster

Vorname: Karl

Dienstgrad: Schutzh. ~~Wachmann~~

Tag: 25. 1. 96

Geburts- Ort: Berlin

Kreis: "

Provinz: "

Dienststelle: K.I. Sachsenhausen

Krankenblattausgabe: _____

Quittung: _____

Vordruck Nr. 30. 3000. 9 27.

Karteikarte
sog. Schutzhäftlinge;
BArch R 19,
Staatskrankenhaus der
Polizei, Kasten 19.

misshandelt worden waren, ins Polizeikrankenhaus eingeliefert worden zu sein. Zumindest kurzzeitig bestand eine Kooperation mit den Justizkrankenhäusern der Gefängnis- und Untersuchungshaftanstalt Berlin-Moabit. Im Verlauf des Zweiten Weltkriegs und der deutschen Besatzungspolitik in Osteuropa wurden offenbar auch Gestapo-Häftlinge aus dem Generalgouvernement ins Polizeikrankenhaus eingeliefert. Darüber hinaus finden sich in dem Bestand auch Namen Betroffener, die als »Geistesranke« oder »Vorbeugehäftlinge« eingewiesen wurden sowie Menschen, an denen Sterilisationen durchgeführt wurden – ein Hinweis auf die mögliche Einbindung des Krankenhauses bzw. seiner gynäkologischen und urologischen Abteilungen in die Euthanasieverbrechen der Nationalsozialisten. Auch arbeitete das Polizeikrankenhaus mit dem Gestapa zusammen, wie das Beispiel des Wehrmachtgenerals Fritz Lindemann zeigt, der im Zusammenhang mit dem gescheiterten Attentat auf Adolf Hitler vom 20. Juli 1944 bei seiner Festnahme schwer verletzt wurde.

Thomas Köhler, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Geschichts-ort Villa ten Hompel Münster, referierte einleitend über Fragen des historischen Bewusstseins in der bundesrepublikanischen Polizei hinsichtlich der Rolle der Polizei im Nationalsozialismus. Außerdem wies er auf eine weitere beachtenswerte Gruppe hin, die im Polizeikrankenhaus medizinisch betreut wurde: So ist anzunehmen, dass auch Angehörige von Polizei-Bataillonen, deren zentrale Aufgabe im Rahmen der systematischen Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden inzwischen vielfach Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen war, bspw. infolge »nervösen Erschöpfungszustands« zum Zweck der Rekonvaleszenz Wochen oder gar Monate in Polizeikrankenhäusern verbrachten. Nicht zuletzt weisen vereinzelte Fälle darauf hin, dass Polizeiangehörige auch wegen Geschlechtskrankheiten, die sie sich in den von den Deutschen besetzten Gebieten zugezogen hatten, im Berliner Polizeikrankenhaus medizinisch behandelt wurden. So mögen die Krankenblätter auch Aufschluss über sexuelle Kontakte und sexualisierte Gewalt deutscher Polizisten geben.⁴ Ebenso vernachlässigt wurde bisher die Rolle der polizeilichen Zahnmedizin, wie Enno Schwanke, Universitätsklinik der RWTH Aachen, erläuterte. So ist auch über die Tätigkeit der 1942 durch den Chef der Deutschen Ordnungspolizei Kurt Daluege eröffneten und im Polizeikrankenhaus angesiedelten Zahnärztlichen Klinik fast nichts bekannt. Dabei mag gerade diese Einrichtung im Krieg der Erhaltung der Wehrtauglichkeit der Polizisten und SS-Angehörigen gedient haben.

Das zweite Panel, das Daniel Siemens, Arbeitsbereich Geschichte moderner Gesellschaften an der Universität Bielefeld, moderierte, diente der Diskussion von Forschungsfragen. Die

Krankenblatt.

404

Staatshaus der Polizei
 Staatskrankenhaus der Landespolizei
 neurologisch-psychiatrische Abteilung
 Stationsliste Nr. 391/34

Dienstgrad		Schutzhäftling		Gepaus. <i>Funktionell</i>		Aufgenommen	
Familienname		v. Alvensleben		<i>Basenstörche</i>		am 6. 9. 34	
Vorname (Rufname unter- streichen)		Werner		<i>Pollakisurie!</i>		20. ²⁵ Uhr	
Polizeikörper		eingeliefert		<i>Reaktion negativ</i>		woher? Dienststelle, Krankensube usw. *)	
		Columbiahaus				auf Abteilung für derm.- urol Kranke	
Geburt	Tag und Jahr	4. 7. 74				verlegt am _____	
	Ort	Neugattersleben					
	Kreis Provinz	Sachsen					
Dienst- eintritt	Tag u. Jahr b. d. Armee	/ /				nach Abteilung für	
	b. d. Polizei	/ /				_____ Kranke	
Bürgerlicher Beruf		Major a. D.				Entlassen am <i>22. 9. 34</i>	

Schriftbild nicht beigefügt!

Krankengeschichte am: *7. 9. 34*

A. Vorgeschichte: (insb. Lues, Tbc, Ca., Mc., Psychose; Todesursache)

Vater: *F. (Albert Hoffmann)*

Mutter: *F. (Ulrichs)*

Geschwister: (Zwillingskind?) *1 Bruder lebt, ist erkrankt.*

Verheiratet seit: *1909* *3 Kinder im Falle gefallen.*

Frau: (Muskulatur, Aborte, Fehlgeburten; Lues, Tbc, Unterleibsleiden, Co., W. R.)

Kinder: (leb., tot) *4, erkrankt.*

Kinderkrankheiten: (Krämpfe, Bettnässen) *o*

Verwundungen, Operationen, Unfälle (Kopft trauma) *o*

Sportliche Betätigung, Alkohol, Nikotin:

als*)
 dienstfähig
 unter Empfehlung
 von _____
 Tagen
 hauskrank
 Innendienst
 Mit ambulanter
 Behandlung
 Kurantritt in
 Biefenthal
 am _____
 nicht mehr
 polizeibienstfähig
 Gestorben

Vordruck Nr. 3.

V. Alvensleben *Ro*

Krankenblatt von
 Werner von Alvensleben,
 BArch R 19/2012.

Geschichte des Polizeikrankenhauses bietet als Querschnittsthema Anknüpfungspunkte für verschiedene Teildisziplinen der Geschichtswissenschaft: für die Polizeigeschichte ebenso wie für die Medizingeschichte, für die NS-Täterforschung und Gewaltgeschichte ebenso wie für die Erforschung der Euthanasieverbrechen, für die Wissenschafts- wie die Regional- oder Strukturgeschichte. Der Blick auf dieses eine Krankenhaus und seine verschiedenen Funktionsweisen und Aufgaben eröffnet einen Blick auf bisher vernachlässigte Fragestellungen. Ausgehend von der Einbindung des Krankenhauses in die »totale Institution« (Erving Goffman) oder auch »gierige Organisation« (Lewis A. Coser) der Polizei könnten Rahmenbedingungen, Kommunikationswege und nicht zuletzt die Auswahl des Personals näher untersucht werden.⁵ Siemens wies demgegenüber darauf hin, dass es darum gehen müsse, die »Logik des Ortes« als ein »Ort der Gewalt« zu begreifen. Tatsächlich war das Krankenhaus als kollektiver Akteur nicht nur das Glied einer Kette, sondern selbst handelnd und ergriff Initiative. An dieser Stelle muss wiederum nach dem Personal gefragt werden, nach den Polizei- und SS-Ärzten, aber auch den zivilen Vertragsärzten. Auch in zeitlicher Dimension ist eine Perspektive über die Bruchlinien 1933 und 1945 hinweg ertragreich. Mithilfe einer »gebrochenen Forschungsgeschichte«, wie Siemens erläuterte, könnte das Krankenhaus in Weimarer Republik, Nationalsozialismus und DDR in den Blick genommen werden.

Neben Fragen nach dem Forschungsdesign wurde auch über Herausforderungen angesichts breit verstreuter und mitunter schwer zugänglicher Quellenbestände debattiert. Hauptsächliche Aufgabe des angestrebten Projekts wird die vollständige Sichtung des im Bundesarchiv, Standort Berlin-Lichterfelde, lagernden Teilbestands R 19 Hauptamt Ordnungspolizei/Staatskrankenhaus der Polizei sein. Doch macht die Breite der aufgeworfenen Problemstellungen umfangreiche Recherchearbeiten notwendig.

Der Workshop war lediglich ein erster Schritt hin zur Ausarbeitung einer Projektidee. Das ausgewiesene Fachpublikum, die aufgeworfenen Fragen und die angeregte Diskussion zeigten jedoch bereits: Die Erforschung der Geschichte des Staatskrankenhauses der Polizei in Berlin ist lange überfällig.

Christoph Gollasch, ist Doktorand am Zentrum für Antisemitismusforschung, Technische Universität Berlin.

Yves Müller arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiter am Historischen Seminar, Universität Hamburg.

- 1 Landesarchiv Berlin (folgend: LAB), C Rep 300, Nr. 71; Museum Köpenick, Archiv, Pressearchiv, Nr. 24.1 (Köpenicker Blutwoche, Prozess 1947).
- 2 Zur Geschichte des Standortes: Wolfgang Locher, 150 Jahre Militärkrankenhaus Berlin. Vom preußischen Garnisonslazarett zum Bundeswehrkrankenhaus, in: Wehrmedizinische Monatsschrift. Organ des Sanitätsdienstes der Bundeswehr. Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für Wehrmedizin und Wehrpharmazie 48 (2004), H. 4, S. 74–78.
- 3 Bereits seit 1931 befand sich im Polizeikrankenhaus eine geschlossene Krankenstation für Polizei-Gefangene.
- 4 Vgl. u.a. den Bericht über Pol.-Wachtm. Josef D., enthalten im Krankenblatt D., Josef, geb. 23. 4. 1914, BArch, R 19/2162, unpag.
- 5 Erving Goffman: *Asyle*. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen, 12. Aufl., Frankfurt am Main 1999; Lewis A. Coser, *Gierige Institutionen*. Soziologische Studien über totales Engagement. Mit einem Nachwort von Marianne Egger de Campo, Frankfurt am Main 2015. Die Herangehensweise Cosers hat Stefan Kühl zuletzt aufgegriffen und für Organisationen im NS-Staat, insbesondere die Deutsche Ordnungspolizei aufgegriffen: Stefan Kühl, *Ganz normale Organisationen*. Zur Soziologie des Holocaust, Berlin 2014

62. bundesweites Gedenkstättenseminar

NÜRNBERG, 16.–18. JUNI 2016

Zwischen Aufklärung und Sinnstiftung?

Die Besonderheit von Dokumentationszentren als Lernorte zur NS-Geschichte – das Beispiel Reichsparteitagsgelände Nürnberg

Veranstaltende: Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn,
Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände, Museen der Stadt Nürnberg,
Memorium Nürnberger Prozesse, Museen der Stadt Nürnberg,
Stiftung Topographie des Terrors, Berlin

Tagungsorte

Donnerstag/Freitag **Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände**
Bayernstraße 110 | 90478 Nürnberg

Sonnabend **Memorium Nürnberger Prozesse**
Bärenschanzstraße 72 | 90429 Nürnberg

Donnerstag, 16. Juni 2016

13.30 Uhr *Imbiss*

14 Uhr *Begrüßung:* Dr. Ulrich Maly, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg
Florian Dierl, Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände, Nürnberg

14.30 Uhr *Vortrag:* **Der historische Ort »Reichsparteitagsgelände« – eine Einführung**
Dr. Alexander Schmidt, Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände,
Nürnberg

15.30 Uhr *Rundgang mit Erläuterungen in vier Gruppen*
Ehemaliges Reichsparteitagsgelände und Dokumentationszentrum
Dr. Martina Christmeier, Hanne Leßau, Dr. Alexander Schmidt, Melanie Wager,
Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände

18 Uhr *Abendessen – Imbiss im Restaurant »Gutmann am Dutzendteich«*

19 Uhr *Restaurant »Gutmann am Dutzendteich«*
Öffentliche Abendveranstaltung – Podiumsdiskussion:
Welche historischen Orte brauchen wir? Die Bedeutung historischer Lernorte für die öffentliche Debatte und historische Aufklärung
Prof. Dr. Norbert Frei, Universität Jena, Historisches Institut, Lehrstuhl für neuere und neueste Geschichte
Prof. Dr. Astrid Messerschmidt, Technische Universität Darmstadt, Institut für Allgemeine Pädagogik und Berufspädagogik

Dr. Gabriele Hammermann, KZ-Gedenkstätte Dachau
Prof. Dr. Detlef Schmiechen-Ackermann, Leibniz-Universität Hannover,
Historisches Seminar
Leitung: Prof. Dr. Charlotte Bühl-Gramer, Friedrich-Alexander Universität
Erlangen-Nürnberg, Department Fachdidaktiken, Fachdidaktik Geschichte

21 Uhr *Public Viewing im Vortragsraum:*
Deutschland – Polen, Fußball-Europameisterschaft

Freitag, 17. Juni 2016

8.30 Uhr *Shuttle von den Hotels zum Dokumentationszentrum*

9 Uhr *Vortrag: Die Bedeutung der »Volksgemeinschaft« als ideologische und gesellschaftliche Grundlage für die NS-Verbrechen*
Prof. Dr. Detlef Schmiechen-Ackermann, Leibniz-Universität Hannover,
Historisches Seminar
Leitung: Dr. Thomas Lutz, Stiftung Topographie des Terrors, Berlin

10.30 Uhr **Arbeitsgruppen**

AG 1: Die nationalsozialistische Selbstinszenierung durchbrechen. Der Umgang mit Propagandabildern in der Arbeit von Dokumentationszentren
Dr. Axel Drecol, Institut für Zeitgeschichte, Dokumentation Obersalzberg, München; Kirsten John-Stucke, Kreismuseum Wewelsburg
Dr. Thomas Rink, NS-Dokumentationszentrum München (angefragt)
Leitung: Hanne Leßau, Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände

AG 2: Aneignungen von »Volksgemeinschaft«: Strategien und Praktiken sozialer Inklusion und Exklusion
Dr. Nicole Kramer, Goethe-Universität Frankfurt a.M., Lehrstuhl für Zeitgeschichte Europas nach 1918 (angefragt)
Janosch Steuer, Ruhr-Universität Bochum, Lehrstuhl für Zeitgeschichte
Klaus Hesse, Stiftung Topographie des Terrors, Berlin
Leitung: Florian Dierl, Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände

AG 3: Das Thema »Volksgemeinschaft« in der Bildungsarbeit der Gedenk- und Dokumentationsorte
Sebastian Gerhard, Stiftung Topographie des Terrors, Berlin
Dr. Doris Katheder, Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus, Nürnberg
Wolfgang Schmutz, University of Redlands, Salzburg
Leitung: Melanie Wager, Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände

AG 4: Wie soll man NS-Geschichte ausstellen?
Dr. Pascal Metzger, Geschichte für Alle e.V., Nürnberg
Dr. Ingmar Reither, Kunst- und Kulturpädagogisches Zentrum der Museen in Nürnberg

Barbara Kobler, Holzer Kobler Architekturen, Berlin/Zürich
Julia Schnegg, Matthies & Schnegg Ausstellungs- und Kommunikationsdesign,
Berlin
Leitung: Hanna Huhtasaari, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn,
Dr. Martina Christmeier, Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände

AG 5: Faszination von NS-Überresten und schwarzer Tourismus

Katja Lucke, Dokumentationszentrum Prora (angefragt)
Dr. Sandra Petermann, Johannes-Gutenberg Universität Mainz,
Geographisches Institut (angefragt)
Dr. Jörg Skriebeleit, KZ-Gedenkstätte Flossenbürg
Leitung: Dr. Alexander Schmidt, Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände, Nürnberg

13.30 Uhr *Mittagessen*

14.30 Uhr *Vorträge mit Diskussion*

Profilschärfung – Bedeutung von Dokumentationsorten der national-sozialistischen Geschichte

■ **Gelände des Reichserntedankfests, Bückeberg bei Hameln**

Gerhard Gelderblom, Hameln

■ **Führerschule der deutschen Ärzteschaft Alt Rehse**

Dr. Rainer Stommer, Erinnerungs-, Bildungs- und Begegnungsstätte Alt Rehse

■ **Dokumentation Obersalzberg | Dr. Axel Drecoll, Institut für Zeitgeschichte, Dokumentation Obersalzberg, München**

Kaffeepause

■ **NS-Dokumentation, Forum Vogelsang**

Stefan Wunsch, Vogelsang IP, Schleiden

■ **NS-Forschungs- und Dokumentationsstätte sowie lokale Gedenkstätte in Köln | Dr. Werner Jung, NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln**

■ **Denkort Bunker Valentin, Bremen**

Dr. Thomas Köcher, Landeszentrale für politische Bildung, Bremen

■ **T4-Gedenkort Hadamar | Dr. Jan Erik Schulte, Gedenkstätte Hadamar**

Leitung: Kirsten John-Stucke, Kreismuseum Wewelsburg

18 Uhr *Abendessen – Büffet*

19 Uhr *Exkursion: Hersbruck – größtes Außenlager des KZ-Flossenbürg und Gedenkstätte ohne historische Gebäude*

Ulrich Fritz, Stiftung Bayerische Gedenkstätten, München

Dr. Jörg Skriebeleit, KZ-Gedenkstätte Flossenbürg

ca. 21.30 Uhr *Rückkehr nach Nürnberg*

Sonnabend, 18. Juni 2016

- 9 Uhr *Shuttle von den Hotels zum Memorium Nürnberger Prozesse*
- 9.30 Uhr *Vortrag: Der Schwurgerichtssaal 600 – von den Nürnberger Prozessen bis zum Memorium*
Henrike Claussen, Memorium Nürnberger Prozesse
Leitung: Florian Dierl, Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände Nürnberg
- 10.30 Uhr *Kaffeepause*
- 11 Uhr *Podiumsdiskussion: NS-Verbrechen – Nürnberger Prozesse – und ihre Bedeutung für die Menschenrechtsbildung*
Dr. Wolfgang Form, Phillips-Universität Marburg, Forschungs- und Informationszentrum für Kriegsverbrecherprozesse (ICWC)
Dr. Rainer Huhle, Nürnberger Menschenrechtszentrum
Ralf Oberndörfer, Histox, Berlin
Leitung: Helga Riedl, Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg
- anschließend*
Auswertung der Veranstaltung, weitere Verabredungen
Leitung: Henrike Claussen, Florian Dierl, Hanna Huhtasaari, Dr. Thomas Lutz
- 13.15 Uhr *Mittagsimbiss*
- Möglichkeit eines Rundgangs durch die Ausstellung
»Memorium Nürnberger Prozesse«*
- 14 Uhr *Ende der Tagung – Shuttle zum Hauptbahnhof Nürnberg*

Anmeldeformular zum 62. bundesweiten Gedenkstättenseminar

Zwischen Aufklärung und Sinnstiftung?

Die Besonderheit von Dokumentationszentren als Lernorte zu NS-Geschichte – das Beispiel Reichsparteitagsgelände Nürnberg

16.–18. Juni 2016 im Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände, Bayernstraße 110, 90478 Nürnberg

Verbindliche Anmeldung bis zum 2. Mai 2016:

Fax 0911 40870655 | per E-Mail: gedenkstaettenseminar@stadt.nuernberg.de

Programminformationen:

www.gedenkstaettenforum.de | www.bpb.de/gedenkstaettenseminar

Name, Vorname

Institution

Straße

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Unterbringung und Verpflegung 16.–18. Juni 2016

Ich nehme am Seminar inkl. Verpflegung teil und bezahle den

- normalen Beitrag in Höhe von 60,- €
- ermäßigten Beitrag in Höhe von 30,- € (Studierende)
- Unterbringung im Doppelzimmer zusammen mit

-
- Ich bitte um Unterbringung im Einzelzimmer (zzgl. 30,- € pro Übernachtung)
 - Ich nehme am Seminar inkl. Verpflegung, aber ohne Übernachtung teil und bezahle den ermäßigten Beitrag in Höhe von 30,- €

Wenn Sie schon am Mittwoch, den 15. Juni 2016 anreisen und übernachten wollen, bitte setzen Sie sich mit uns in Verbindung.

- Ich bitte um eine Teilnahmebescheinigung

Optionen zur Verpflegung

- Ich bitte um vegetarisches Essen
 - Ich bitte um veganes Essen
 - Ich esse kein Schweinefleisch
 - Ich habe folgende Lebensmittelunverträglichkeit:
-

Nach Anmeldung wird eine Mitteilung zur Überweisung des Teilnahmebetrags zugesandt. Die Anmeldung ist erst nach Eingang des Tagungsbeitrags verbindlich.

Programmteilnahmen

Arbeitsgruppen Freitag, 17. Juni 2016

Bitte geben Sie an, an welcher Arbeitsgruppe Sie teilnehmen möchten:

1. Wahl: 1 2 3 4 5

2. Wahl: 1 2 3 4 5

Am Freitag, 17. Juni, findet um 19 Uhr eine Exkursion nach Hersbruck statt.

Teilnahme: ja nein

Ort, Datum

Unterschrift

Den Bogen senden Sie bitte an Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände
z.Hd. Silvia Karg | Fax 0911 40870655 | gedenkstaettenseminar@stadt.nuernberg.de
oder postalisch: Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände, Bayernstraße 110,
90478 Nürnberg